

Gesamtabschluss 2010

der Stadt Bergkamen

- Entwurf -

1. Einleitung

Gemäß § 116 GO NRW in Verbindung mit § 49 GemHVO NRW hat die Gemeinde in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31.12. einen Gesamtabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GoB) aufzustellen.

Hierzu hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahrs aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren.

Der Gesamtabschluss besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, Gesamtbilanz und dem Gesamtanhang.

Dem Gesamtabschluss sind der Gesamtlagebericht und Beteiligungsbericht beizufügen. Mit dem vorliegenden Gesamtabchluss legt die Stadt Bergkamen den ersten konsolidierten Abschluss der Kernverwaltung und alle wesentlichen Konzernunternehmen vor. In dem Gesamtabchluss wurden die Kernverwaltung sowie zwei der voll zukonsolidierenden Betriebe aufgenommen.

Während der Einzelabschluss der Stadt Bergkamen dem Nachweis über die Einhaltung des Haushaltsplanes dient, bildet der Gesamtabchluss die Beziehung des Konzerns Stadt Bergkamen zu Dritten (konzernfremden) ab. Hierzu wird die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Bergkamen und ihrer Konzernunternehmen so dargestellt, als ob es sich um eine wirtschaftliche Einheit handeln würde. Zu diesem Zweck sind konzerninterne Beziehungen zwischen der Kernverwaltung und der in den Gesamtabchluss einbezogenen Tochterunternehmen gegeneinander aufzurechnen.

Nähere Informationen zu den einzelnen Beteiligungen der Stadt Bergkamen befinden sich im Beteiligungsbericht.

Da die Aufstellung des Gesamtabchlusses gemäß §§ 2 NKFEG erstmalig zum 31.12.2010 erfolgt, können keine Vorjahreszahlen genannt werden.

Gesamtabschluss der Stadt Bergkamen zum 31.12.2010

Die Verwaltung legt gemäß § 116 in Verbindung mit § 95 GO NRW und §§ 49 und 51 GemHVO NRW dem Rat der Stadt Bergkamen den Gesamtabschluss und Gesamtlagebericht mit folgenden Unterlagen zur Kenntnisnahme und Beratung:

1. Gesamtabschluss
 - 1.1. Gesamtergebnisrechnung
 - 1.2. Gesamtbilanz zum 31.12.2010
 - 1.3. Gesamtanhang
2. Gesamtlagebericht
3. Beteiligungsbericht (nur Kenntnisnahme)

Bergkamen, den 23.06.2014

Aufgestellt:

Bestätigt

gez.: Lachmann
Stadtkämmerer

gez.: Schäfer
Bürgermeister

Bergkamen, den

- nach Gesamtabschlussprüfung

Aufgestellt:

Bestätigt

gez.: Lachmann
Stadtkämmerer

gez.: Schäfer
Bürgermeister

Inhaltsverzeichnis

1. Gesamtbilanz 2010

2. Gesamtergebnisrechnung 2010

3. Gesamtanhang

4. Gesamtlagebericht

5. Beteiligungsbericht

Gesamtabschluss der Stadt Bergkamen zum 31.12.2010 - Entwurf -

Aktiva				31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Anlagevermögen				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwert		11.301.586,64		11.691.296,53
1.1.2 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände		2.832.812,40		3.006.605,20
1.1.3 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände		0,00		0,00
			14.134.399,04	14.697.901,73
1.2 Sachanlagen				
1.2.1 Unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte				
1.2.1.1 Grünflächen	24.518.910,30			24.849.592,98
1.2.1.2 Ackerland	5.051.076,24			5.050.975,21
1.2.1.3 Wald, Forsten	1.793.795,57			1.773.977,60
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	3.381.384,22			3.426.667,92
		34.745.166,33		35.101.213,71
1.2.2 Bebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte				
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	7.214.757,35			7.426.672,88
1.2.2.2 Schulen	77.168.934,13			79.303.052,61
1.2.2.3 Wohnbauten	881.837,14			899.122,36
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- u. Betriebsgebäude	29.288.851,75			29.029.891,39
		114.554.380,37		116.658.739,24
1.2.3 Infrastrukturvermögen				
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	16.071.332,65			16.069.534,24
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	1.253.881,03			1.282.424,03
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung u. Sicherheitsanlagen	0,00			0,00
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	112.614.394,79			112.578.303,76
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	82.280.363,93			84.716.093,12
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00			0,00
		212.219.972,40		214.646.355,15
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden		3.753.651,71		3.128.116,44
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		1.995.058,13		1.280.998,37
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		4.534.955,14		4.473.205,55
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		4.460.947,33		4.502.735,50
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		10.669.276,50		6.563.184,28
			386.933.407,91	386.354.548,24
1.3 Finanzanlagen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		12.750,00		12.750,00
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		17.153.104,86		13.854.120,00
1.3.3 Übrige Beteiligungen		4.815.917,43		4.815.917,43
1.3.4 Sondervermögen		0,00		0,00
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens		0,00		0,00
1.3.6 Ausleihungen				
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00			0,00
1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00			0,00
1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00			0,00
1.3.5.4 von kommunalen Betrieben an Kommunen	0,00			0,00
1.3.5.5 Sonstige Ausleihungen	4.680,00			4.680,00
		4.680,00		4.680,00
			21.986.452,29	18.687.467,43
			423.054.259,24	419.739.917,40
2. Umlaufvermögen				
2.1 Vorräte				
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren		32.271,26		4.079,32
2.1.2 Geleistete Anzahlungen		0,00		0,00
			32.271,26	4.079,32
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.2.1 Forderungen		10.458.647,62		15.090.355,66
2.2.2 Sonstige Vermögensgegenstände		6.017,99		7.033,71
			10.464.665,61	15.097.389,37
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens			0,00	0,00
2.4 Liquide Mittel			9.366.061,93	8.200.305,34
			19.862.998,80	23.301.774,03
3. Aktive Rechnungsabgrenzung			1.018.510,75	1.184.335,27
4. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	0,00
Summe			443.935.768,79	444.226.026,70

Passiva			31.12.2009
	EUR	EUR	EUR
1. Eigenkapital			
1.1 Allgemeine Rücklage	81.311.985,58		81.197.493,14
1.2 Sonderrücklagen	0,00		0,00
1.3 Ausgleichsrücklage	0,00		0,00
1.4 Ergebnisvorträge	0,00		0,00
1.5 Gesamtbilanzergebnis	-13.838.261,84		0,00
1.6 Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	0,00		0,00
		67.473.723,74	81.197.493,14
2. Sonderposten			
2.1 für Zuwendungen	121.882.396,91		121.448.012,04
2.2 für Beiträge	25.653.638,13		26.417.814,91
2.3 für den Gebührenaussgleich	462.279,86		517.306,64
2.4 Sonstige Sonderposten	0,00		0,00
		147.998.314,90	148.383.133,59
3. Rückstellungen			
3.1 Pensionsrückstellungen	33.872.887,00		32.569.417,00
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00		0,00
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	2.345.700,36		1.755.529,60
3.4 Steuerrückstellungen	0,00		0,00
3.5 Sonstige Rückstellungen	8.611.429,72		10.663.586,15
		44.830.017,08	44.988.532,75
4. Verbindlichkeiten			
4.1 Anleihen	0,00		0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	102.376.544,47		105.838.020,78
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	63.000.000,00		45.000.000,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftl. gleichkommen	4.206.985,35		4.106.629,22
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.573.847,71		3.165.927,64
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00		0,00
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	9.000.106,11		8.172.703,79
		180.157.483,64	166.283.281,43
5. Passive Rechnungsabgrenzung		3.476.229,43	3.373.585,79
Summe		443.935.768,79	444.226.026,70

Stadt Bergkamen
Gesamtergebnisrechnung 2010

		Gesamtabschluss 2010
1	Steuern und ähnliche Abgaben	31.415.226,98 €
2 +	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.778.782,00 €
3 +	Sonstige Transfererträge	964.147,82 €
4 +	Öffentlich- rechtliche Leistungsentgelte	20.064.224,30 €
5 +	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.324.415,80 €
6 +	Kostenerstattungen und Umlagen	1.494.881,55 €
7 +	Sonstige ordentliche Erträge	8.663.149,59 €
8 +	Aktiviert Eigenleistung	872.336,06 €
9 +/-	Bestandsveränderungen	- €
10 =	Ordentliche Gesamterträge	97.577.164,10 €
11 -	Personalaufwendungen	25.169.011,95 €
12 -	Versorgungsaufwendungen	1.429.389,59 €
13 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.190.405,87 €
14 -	Bilanzielle Abschreibungen	11.842.346,10 €
15 -	Transferaufwendungen	45.015.771,79 €
16 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.985.348,30 €
17 =	Ordentliche Gesamtaufwendungen	109.632.273,60 €
18 =	Ordentliches Gesamtergebnis (= Zeilen 10 und 17)	- 12.055.109,50 €
19 +	Finanzerträge	5.263.462,18 €
20 -	Finanzaufwendungen	- 7.046.614,52 €
21 =	Gesamtfinanzergebnis (= Zeilen 19 und 20)	- 1.783.152,34 €
22 =	Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (= Zeilen 18 und 21)	- 13.838.261,84 €
23 +	Außerordentliche Erträge	- €
24 -	Außerordentliche Aufwendungen	- €
25 =	Außerordentliches Gesamtergebnis (= Zeilen 23 und 24)	- €
26 =	Gesamtjahresergebnis (= Zeilen 22 und 25)	- 13.838.261,84 €
27 -	Anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis	- €

Gesamtabschluss Stadt Bergkamen

Gesamtanhang 2010

1. Allgemeine Hinweise

Der vorliegende Gesamtabschluss wurde gemäß den gesetzlichen Vorschriften der Gemeindeordnung (GO NRW) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) aufgestellt.

Ebenso wurden ergänzende Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), sofern diese anzuwenden waren, berücksichtigt.

Geschäftsjahr für den Gesamtabschluss ist das Kalenderjahr 2010 für die Stadt Bergkamen und die vollzukonsolidierenden Betriebe. Das assoziierte Unternehmen wurde mit dem letzten Jahresabschluss gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO i. V. m. § 312 Abs. 6 HGB einbezogen.

2. Angaben zum Konsolidierungskreis

Gemäß § 116 Abs. 2 GO hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Form zu konsolidieren. Als Konsolidierung wird die Einbeziehung eines Unternehmens in den Gesamtabschluss bezeichnet.

Verselbstständigte Aufgabenbereiche, die für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Gesamtabchlusses von untergeordneter Bedeutung sind, müssen nach § 116 Abs. 3 GO nicht einbezogen werden.

Die untergeordnete Bedeutung wurde für die Stadt Bergkamen auf folgende Weise ermittelt:

Die Bilanzen und Ergebnisrechnungen der Stadt Bergkamen sowie der verbundenen sowie assoziierten Unternehmen werden ins Verhältnis zu der Gesamtsumme der Bilanzen und Ergebnisrechnungen der Stadt Bergkamen sowie der assoziierten und verbundenen Unternehmen gesetzt.

Als Maßstab ist ein Schwellenwert von 3 % festgesetzt worden. Wurde dieser Prozentsatz überschritten, sind die Unternehmen in den Konsolidierungskreis einbezogen worden.

Die Art der Einbeziehung hängt daraufhin von den nachstehenden Voraussetzungen ab:

- Vollkonsolidierung

Gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. §§ 300 – 309 HGB sind Unternehmen in öffentlich-rechtlichen Organisationsformen voll zu konsolidieren. Das gilt auch für Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts unter einheitlicher Leitung oder beherrschendem Einfluss der Gemeinde.

Ein beherrschender Einfluss liegt vor, wenn nachfolgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- die Gemeinde hat die Mehrheit der Stimmrechte
- der Gemeinde steht das Recht zu, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leistungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen oder abzurufen und sie ist gleichzeitig Gesellschafterin oder
- der Gemeinde steht das Recht zu, einen beherrschenden Einfluss aufgrund eines mit dem Unternehmen geschlossenen Beherrschungsvertrags oder aufgrund einer Satzungsbestimmung dieses Unternehmens auszuüben.

Bei der Vollkonsolidierung werden die Gesellschaften mit ihren gesamten Jahresabschlüssen einbezogen.

- **Equity-Methode**

Gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB sind Unternehmen unter maßgeblichem Einfluss (assoziierte Unternehmen) der Gemeinde „At-Equity“ zu konsolidieren. Bei der Equity-Methode werden die Beteiligungen über die Fortführung des bereits vorhandenen Beteiligungsbuchwertes der Stadt hinaus anhand des der Gemeinde zuzuordnenden anteiligen Eigenkapitals des Unternehmens einbezogen.

Aus den zuvor genannten gesetzlichen Voraussetzungen ist nachstehender Konsolidierungskreis entstanden.

Neben der Stadt als sog. Mutterunternehmen wurden folgende 2 Unternehmen vollkonsolidiert:

Name des Unternehmens	Sitz des Unternehmens	Effektive Beteiligungsquote
Stadtbetrieb Entwässerung (Sondervermögen) (SEB)	Bergkamen	100 %
EntsorgungsbetriebBergkamen (Sondervermögen) (EBB)	Bergkamen	100 %

Des Weiteren wurde nachfolgendes Unternehmen nach der Equity-Methode in den Gesamtabchluss einbezogen:

Name des Unternehmens	Sitz des Unternehmens	Effektive Beteiligungsquote
Gemeinschaftsstadtwerke GmbH (GSW)	Kamen	42 %

Folgende Organisationen wurden nach der „At-cost-Methode“ in den Gesamtabchluss einbezogen:

Name des Unternehmens	Sitz des Unternehmens	Effektive Beteiligungsquote
Projektgesellschaft Haus Aden	Bergkamen	51,00 %
Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	Unna	14,00 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna bmH	Unna	7,37 %
Technopark Kamen GmbH	Kamen	11,13 %
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	Kamen	7,68 %
Antenne Unna Betriebsgesellschaft GmbH & Co	Dortmund	2,47 %

3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Bei der Vollkonsolidierung werden die Einzelabschlüsse der Mutter (Stadt Bergkamen) und der Töchter zu einer Summenbilanz und –ergebnisrechnung summiert. Hierbei werden ebenso Vermögensgegenstände und Schulden, die zwischen den Unternehmen entstanden sind, in den Konzern einbezogen. Der Gesamtabchluss bildet jedoch die Sichtweise einer wirtschaftlichen Einheit ab, innerhalb derer es keine konzerninternen Leistungsbeziehungen gibt. Deshalb werden folgende Konsolidierungsmaßnahmen durchgeführt.

Die **Kapitalkonsolidierung** wurde auf Grundlage der Neubewertungsmethode gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 301 HGB durchgeführt.

Bei der Kapitalkonsolidierung erfolgt die Verrechnung des Beteiligungsbuchwertes der konsolidierten Töchter mit dem Neubewerteten Eigenkapital der Töchter zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. In dem vorliegenden Gesamtabchluss erfolgte die Verrechnung auf Grundlage der Wertansätze zum Erstkonsolidierungszeitpunkt.

Hierbei wurde auf die Werte zurückgegriffen, die in der Eröffnungsbilanz der Stadt Bergkamen ausgewiesen sind.

Für den SEB hat zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz der Stadt Bergkamen eine Substanzwertermittlung stattgefunden, die die stillen Reserven und Lasten offengelegt hat. Laut Planung des SEB wird in 2014 eine neue Substanzwertermittlung durchgeführt. Erkenntnisse über weitere stille Reserven liegen daher noch nicht vor.

Der EBB hat in der Regel nur Anlagevermögen mit einer Nutzungsdauer von weniger als 10 Jahren, so dass stille Reserven nicht zu erwarten sind.

In dem Gesamtabchluss wurde somit das Eigenkapital zum 01.01.2010 übernommen. Der aktivische Unterschiedsbetrag wird in voller Höhe als Geschäfts- und Firmenwert ausgewiesen.

Die **Schuldenkonsolidierung** erfolgte nach § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO i. V. m. § 303 HGB durch Verrechnung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten, die zwischen den voll konsolidierten Unternehmen innerhalb des Geschäftsjahres entstanden sind.

Die **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** wurde auf Grundlage des § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 305 HGB durchgeführt und beinhaltet die Eliminierung der zwischen den voll konsolidierten Unternehmen entstandenen Erträge und Aufwendungen bzw. die Umgliederung in „aktivierte Eigenleistung“.

Eine **Zwischenergebniseliminierung** gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 304 HGB war nicht erforderlich, da Vermögensgegenstände zwischen den voll konsolidierten Unternehmen nicht verkauft wurden.

Das **assoziierte Unternehmen (GSW)** wurde gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO i. V. m. § 312 Abs. 1 Nr. 2 HGB in der Konzernbilanz mit dem Betrag angesetzt, der dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens entspricht. Der Jahresabschluss des assoziierten Unternehmens wurde nicht an die konzerneinheitlichen Methoden angepasst, sondern es wurden dessen Bewertungsmethoden gem. § 312 Abs. 5 HGB beibehalten.

Zum 01.01.2010 betrug der sich aus der Equity-Methode ergebende passive Unterschiedsbetrag 2.276.411,53 €.

Dieser passive Unterschiedsbetrag ist durch realisierte Gewinne (bei den GSW) entstanden und wurde in 2010 entsprechend des § 309 Abs. 2 Nr. 2 HGB ergebniswirksam aufgelöst.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entsprechend des Grundsatzes des einheitlichen Ausweises wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Stadt Bergkamen auf die Einzelabschlüsse der voll zu konsolidierenden Unternehmen angewandt.

Da die voll konsolidierten Unternehmen ebenfalls nach den Bestimmungen des NKF Rechnung legen, sind bei den Bewertungsmethoden keine Abweichungen aufgetreten. Bei der Anwendung der AfA-Tabellen gemäß NKF sind in den Betrieben geringe Abweichungen festzustellen. Die entsprechenden Werte der Vermögensgegenstände wurden nicht angepasst, sofern die Unterschiede unwesentlich sind. Für das assoziierte Unternehmen wurden die Bewertungsmethoden gemäß § 312 Abs. 5 HGB beibehalten.

Nachfolgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden waren für die Aufstellung des Gesamtabchlusses maßgebend.

- 4.1. Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu ihren Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige lineare Abschreibungen gemindert.
- 4.2. Die aus der Kapitalkonsolidierung entstandenen Geschäfts- oder Firmenwerte werden über die durchschnittliche Restnutzungsdauer der Anlagen erfolgswirksam aufgelöst.
- 4.3. Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und wird, sofern es der Abnutzung unterliegt, um planmäßige lineare Abschreibungen vermindert.

Festwerte werden für bewegliche Gegenstände des Anlagevermögens im Bereich der Schulen, Sportstätten, Volkshochschule, Kindergärten, Jugendheime, Musikschule und Bücherei gebildet. Zugänge werden als Aufwand verbucht. Eine körperliche Inventur sowie die damit verbundene Anpassung der Festwerte erfolgt alle 3 Jahre, sofern nicht innerhalb des 3-Jahreszeitraumes Veränderungen von mehr als 10 % erkennbar sind. In allen anderen Fällen erfolgt eine Einzelbewertung.

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Nettowert von 410,00 € wurden im Jahr des Zuganges voll abgeschrieben, ihr sofortiger Abgang wird unterstellt.

Abschreibungen auf Zugänge und Abgänge im Geschäftsjahr werden gemäß § 35 Abs. 2 GemHVO NRW zeitanteilig berechnet.

- 4.4. Im Rahmen der Finanzanlagen werden die Anteile der nicht voll konsolidierten Unternehmen sowie die sonstigen Beteiligungen zu Anschaffungskosten angesetzt.

Veränderungen bei den Beteiligungen aus assoziierten Unternehmen enthalten saldiert dargestellt neben erworbenen Anteilen auch Einlagen und anteilige Jahresüberschüsse.

- 4.5. Vorräte werden zu Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert. Es erfolgt eine jährliche Inventur.
- 4.6. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Individuelle Ausfallrisiken werden durch entsprechende Einzelwertberichtigungen berücksichtigt.
- 4.7. Ausgaben vor dem Bilanzstichtag werden als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.
- 4.8. Die Sonderposten beinhalten zweckgebundene Zuwendungen für Vermögensgegenstände und Beiträge sowie Sonderposten für den Gebührenausschlag. Die Sonderposten für zweckgebundene Zuwendungen und Beiträge werden entsprechend der Nutzungsdauer der zuwendungs- bzw. beitragsfinanzierten Vermögensgegenstände ertragswirksam aufgelöst. Sonderposten für den Gebührenausschlag werden aufgelöst, wenn die

Kostenüberdeckung der kostenrechnenden Einrichtung gebühren mindernd in der Kalkulation berücksichtigt werden.

- 4.9. Pensionsrückstellungen werden nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik nach dem Teilwertverfahren auf Basis der Richttafeln 2005 G nach Heubeck ermittelt. Für die Abzinsung wird gemäß § 36 GemHVO NRW ein Zinssatz von 5 % angewendet.
- 4.10. Weitere Rückstellungen gemäß § 36 GemHVO NRW werden für sämtliche erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen, die bis zum Zeitpunkt der Gesamtbilanz bekannt werden, gebildet. Diese Rückstellungen werden grundsätzlich mit den Beträgen passiviert, die nach vernünftiger Beurteilung notwendig sind.
- 4.11. Der Ansatz der Verbindlichkeiten entspricht ihrem jeweiligen Rückzahlungsbetrag. Verbindlichkeiten in fremder Währung sind zum Stichtag der Erstellung der Gesamtbilanz nicht vorhanden. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, beinhalten Verpflichtungen aus Treuhandverträgen mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna, sowie Verpflichtungen aus einem Leasingvertrag.
- 4.12. Als passive Rechnungsabgrenzungsposten werden vor dem Bilanzstichtag erhaltende Zahlungen ausgewiesen soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.
- 4.13. Bei der Ermittlung des Cash-Flows wird die indirekte Methode angewandt.

5. Darstellung einzelner Positionen der Bilanz sowie der Ergebnisrechnung

Im Folgenden werden nur wenige wichtige Positionen dargestellt, die eine gesonderte Erläuterungspflicht im Gesamtanhang auslösen.

5.1. Aktiva

Bilanzposition 1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

1.1.1. Geschäfts- oder Firmenwert	11.301.586,64 €
1.1.2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	<u>2.832.812,40 €</u>
	14.134.399,04 €

Der Geschäfts- oder Firmenwert ist der aktivische Unterschiedsbetrag zwischen dem in der Bilanz der Stadt Bergkamen ausgewiesenen Beteiligungswert an den voll zu konsolidierenden Unternehmen (SEB und EBB) und dem Eigenkapital der Unternehmen zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Gesamtabschluss am 01.01.2010.

Der Unterschiedsbetrag am Jahresbeginn betrug 11.691.296,53 € und wird über die Restnutzungsdauer der Abwasseranlagen über 30 Jahre aufgelöst. Der Auflösungsbetrag beläuft sich auf 389.709,89 € jährlich.

Bilanzposition 1.2. Sachanlagen

1.2.1. unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	34.745.166,33 €
1.2.2. bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	114.554.380,37 €
1.2.3. Infrastrukturvermögen	212.219.972,40 €
1.2.4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	3.753.651,71 €
1.2.5. Kunstgegenstände / Kulturdenkmäler	1.995.058,13 €
1.2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.534.955,14 €
1.2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.460.947,33 €
1.2.8. geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	<u>10.669.276,50 €</u> 386.933.407,91 €

Das dargestellte Sachanlagevermögen dient zur Aufrechterhaltung der Aufgabenerfüllung des Konzerns Stadt.

Dazu ist es notwendig, den Substanzverlust durch Abnutzung durch neue Investitionen annähernd auszugleichen.

Im Geschäftsjahr 2010 wurde dieses Ziel erreicht.

Bilanzposition 1.3. Finanzanlagen

1.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen	12.740,00 €
---	-------------

Die Projektgesellschaft Haus Aden wurde bei einer Beteiligungsquote von 51 % wegen untergeordneter Bedeutung nicht in den Vollkonsolidierungskreis einbezogen.

1.3.2. Anteile an assoziierten Unternehmen	17.153.104,86 €
--	-----------------

Im Geschäftsjahr 2010 wurde der Beteiligungswert der GSW an den Anteil der Stadt Bergkamen am Eigenkapital zum 31.12.2010 angepasst.

1.3.3. Übrige Beteiligungen	4.815.917,43 €
-----------------------------	----------------

Die Beteiligungswerte für:

VKU	357.504,00 €
UKBS	4.222.400,00 €
WFG	223.532,10 €
Technopark Kamen	6.300,00 €
Antenne Unna	6.181,33 €

sind im Abschlussjahr unverändert geblieben.

1.3.4. Sondervermögen 0,00 €

Die Sondervermögen SEB und EBB wurden im Rahmen der Vollkonsolidierung in den Gesamtabschluss einbezogen.

1.3.5. Wertpapiere des Anlagevermögens 0,00 €

Der Konzern Stadt Bergkamen hält keine Wertpapiere.

1.3.6. Ausleihungen 4.680,00 €

Die Anteile an dem Bauverein und der Siedlungsgenossenschaft Hamm haben sich in 2010 nicht verändert.

Bilanzposition 2.2. Forderungen sonstige Vermögensgegenstände

2.2.1. Forderungen 10.458.647,62 €

2.2.2. Sonstige Vermögensgegenstände 6.017,99 €

Im Wesentlichen fallen hierunter Forderungen aus Gebühren, Steuern, Mieten und Pachten sowie Kindergartenbeiträge.

Bilanzposition 2.4. Liquide Mittel 9.366.061,98 €

Die liquiden Mittel setzen sich zusammen aus den Salden der Girokonten, den Tages(Fest)geldkonten sowie der Bestände der Wechselgeld- und Portokassen.

Bilanzposition 3 Aktive Rechnungsabgrenzung 1.018.510,75 €

Hauptbestandteile der Aktiven Rechnungsabgrenzung sind Gehälter, Schülerbeförderung, Unterhaltsvorschüsse sowie Abwasserentsorgungsleistungen.

5.2. Passiva

Bilanzposition 1. Eigenkapital 67.473.723,74 €

Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem Eigenkapital am Anfang des Jahres (81.312 T€) und dem negativen Ergebnis des Jahres 2010 (-13.838 T€).

Bilanzposition 2. Sonderposten 147.998.314,90 €

Langfristige Sonderposten sind die Sonderposten für Zuwendungen (121.882 T€) und für Beiträge (25.653 T€). Kurzfristige Sonderposten stellt der Sonderposten für den Gebührenaussgleich dar (463 T€).

Bilanzposition 3. Rückstellungen

44.830.017,08 €

Während die Pensions- und Instandhaltungsrückstellungen (hier insbesondere für Frostschäden) einer leichten Steigerung unterlegen haben, sind die Sonstigen Rückstellungen überwiegend durch die Auflösung von Rückstellungsbeträgen (Einmaleffekt) gesunken.

Bilanzposition 4.7. Sonstige Verbindlichkeiten

9.000.106,11 €

Die Sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten erhaltene Anzahlungen, durchlaufende Gelder sowie eine Vielzahl unterschiedlicher Sachverhalte, die nicht den zu vorgenannten Verbindlichkeiten zugeordnet werden können.

Bilanzposition 5. Passive Rechnungsabgrenzung

3.476.229,43 €

Wesentlicher Bestandteil bildet der passive Rechnungsabgrenzungsposten für das Bestattungswesen.

5.3. Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse**5.3.1. Bürgschaftsverpflichtungen und Leasingverträge**

Zum Bilanzstichtag bestehen Bürgschaftsverpflichtungen (Ausfallbürgschaften) in Höhe von 17.138.250,96 € (Restwert zum 31.12.2010) sowie finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen (Umkleidegebäude Schacht III) in Höhe von 2.561,14 €.

5.3.2. Zinsswaps

Mit dem Ziel, den Zinsaufwand des Schuldenbestandes im Vertragszeitraum abzusenken sowie die Portfoliostruktur zu optimieren, wurde mit der WestLB AG Düsseldorf ein Schuldenportfoliomanagementvertrag geschlossen. Der Vertrag hat eine Laufzeit vom 1. April 2004 bis zum 31. März 2009. Das Schuldenportfolio umfasst die Darlehen des SEB sowie Darlehen der Stadt Bergkamen.

Aufgrund geänderter Rahmenbedingungen erfolgte mit Wirkung vom 4. Juni 2007 eine Abänderung der vertraglichen Vereinbarung. Der bisher zugrunde gelegte SPM-Vertrag mit der WestLB AG wurde durch Änderungsvereinbarung vorübergehend ausgesetzt.

Anstelle dessen erfolgt ab dem o. g. Zeitpunkt eine begleitende Beratung der WestLB AG zu den abzuschließenden bzw. bereits laufenden Derivatgeschäften. Vergütungen (Grundvergütung sowie variable Vergütung) an die WestLB AG sind nicht zu zahlen.

Im Wege der Neustrukturierung sind die einzelnen Derivatgeschäfte der Stadt Bergkamen bzw. dem SEB direkt zugeordnet worden.

Zum Bilanzstichtag beträgt der Zeitwert der Derivate –18.253 T€. Der Zeitwert gibt den Preis an, den die Stadt im Falle einer vorzeitigen Auflösung zum 31.12.2010 hätte zahlen müssen. Es handelt sich um einen rein stichtagsbezogenen Wert. Der Wert ist vergleichbar mit

Vorfälligkeitsentschädigungen bei der vorzeitigen Rückzahlung von Darlehen. Es ist nicht beabsichtigt, die Derivate vorzeitig aufzulösen. Positive Marktwerte stehen für potenzielle Gewinne am Bilanzstichtag, negative Marktwerte für potenzielle Verluste am Bilanzstichtag.

Im Einzelnen bestanden folgende Geschäfte zum 31. Dezember 2010:

- § Ein Flexiswap (Ref.Nr. 1900010 D), bei dem die Stadt 4,76 % zahlen muss, wenn der Sechs-Monats-Euribor am Ende einer Sechs-Monats-Periode unterhalb oder gleich 6 % festgestellt wird, ansonsten Sechs-Monats-Euribor, und einen Zinssatz in Höhe des Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 5.552 T€ und läuft vom 15. Januar 2010 bis zum 15. Januar 2020. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt - 852 T€.
- § Ein Flexiswap (Ref.Nr. 1900011 D), bei dem die Stadt 4,83 % zahlen muss, wenn der Sechs-Monats-Euribor am Ende einer Sechs-Monats-Periode unterhalb oder gleich 6 % festgestellt wird, ansonsten Sechs-Monats-Euribor, und einen Zinssatz in Höhe des Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 3.320 T€ und läuft vom 9. Februar 2011 bis zum 9. Februar 2021. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt - 522 T€.
- § Ein kündbarer Zahlerswap (Ref.Nr.1903356 D), bei dem die Stadt Bergkamen einen Festzinssatz von 4,87 % zahlen muss und einen Zinssatz in Höhe des Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 2.725 T€ und läuft vom 6. November 2007 bis zum 6. November 2017. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt -340 T€. Die WestLB hat am 30. Oktober 2012 ein einmaliges Kündigungsrecht zum 6. November 2012.
- § Ein Schweizer Franken/CHF-Plusswap (Ref.Nr. 1903521 D / 2278987 D), bei dem die Stadt Bergkamen einen Zinssatz von 4 % + ggf. Wechselkursaufschlag zahlen muss und einen Zinssatz in Höhe von 5 % erhält, soweit die vereinbarten Schwellenwerte erreicht werden. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 5.000 T€ und läuft vom 30. Juni 2007 bis zum 30. Juni 2015. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt -8.746 T€.
- § Ein Doppel-Digitalswap (Ref.Nr. 2105099 D), bei dem die Stadt Bergkamen einen Zinssatz von 3 %, falls die Digitalbedingung erfüllt ist, zahlen muss, und einen Zinssatz in Höhe von 4 % erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 3.000 T€ und läuft vom 15. November 2007 bis zum 15. November 2013. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt -32 T€.
- Ein kündbarer Invers-CMS-Stufenswap (Ref.Nr. 2279014 D), bei dem die Stadt Bergkamen im ersten Jahr einen Zinssatz von 4,5 % zahlen muss und einen Zinssatz von 5 % erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 4.000 T€ und läuft vom 27. Januar 2009 bis zum 27. Januar 2016. Die West LB hat ein Kündigungsrecht zum 27. Januar 2010 und alle drei Monate danach. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt -718 T€.
- Ein Zinsswap, bei dem der SEB einen Festzinssatz von 4,93 % zahlen muss und einen Zinssatz in Höhe des Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 2.756 T€ und läuft vom 30. Juni 2008 bis zum 30. Juni 2018. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt - 377 T€. Die

WestLB hat am 20.06.2013 einmalig das Recht, den Swap zum 28.06.2013 vorzeitig zu kündigen.

- Ein Spreadswap, bei dem der SEB einen Zinssatz von mindestens 3,95 % und höchstens 6,45 % zahlen muss sowie einen Zinssatz in Höhe des Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 7.499 T€ und läuft vom 1. Februar 2013 bis zum 1. Februar 2023. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt - 978 T€. Die WestLB hat erstmalig zum 01.02.2014 das Recht, den Spreadswap zu kündigen. Danach kann eine halbjährliche Kündigung erfolgen.
- Ein Schweizer Franken-/CHF-Digitalswap, bei dem der SEB einen Zinssatz in Höhe von 3,95 %, falls die Digitalbedingung erfüllt ist, und 6,95 % bei Nichterfüllung zahlen muss sowie einen Zinssatz in Höhe des Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 8.953 T€ und läuft vom 3. Februar 2014 bis zum 3. Februar 2024. Der Swap wurde zum 01.10.2010 ohne gegenseitige Zahlungsverpflichtung aufgelöst.
- Ein USD-Quanto-Swap mit Schutzkorridor, bei dem der SEB einen Zinssatz von mindestens 4 % und höchstens 23 % zahlen muss sowie einen Zinssatz in Höhe von 4,60 % erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 5.000 T€ und läuft vom 15. November 2007 bis zum 15. November 2014. Der Marktwert zum 31. Dezember 2010 beträgt - 8 T€.
- Ein digitaler Zinsdifferenzswap, bei dem der SEB 2 %, falls die Digitalbedingung erfüllt ist, und 7,90 % bei Nichterfüllung zahlen muss sowie einen Zinssatz von 3 % erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 3.000 T€ und läuft vom 30. Mai 2008 bis zum 30. Mai 2016. Für den Zeitraum vom 30.05.2009 bis 30.05.2010 erfolgt keine Berechnung. Die Auflösung erfolgte zum 31.05.2010 ohne gegenseitige Zahlungsverpflichtung.
- Ein Zinsswap, bei dem der SEB einen Festzinssatz von 3,79 % zahlen muss und einen Zinssatz in Höhe des Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 1.109 T€ mit einer Laufzeit vom 01.11.2010 bis zum 30.12.2020. Die WestLB hat am 23.12.2015 einmalig das Recht, den Swap zum 30.12.2015 zu kündigen. Der Marktwert zum 31.12.2010 beträgt - 78 T€.
- Ein Zinsswap, bei dem der SEB einen Festzinssatz von 3,53 % zahlen muss und einen Zinssatz in Höhe des Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 1.186 T€ mit einer Laufzeit vom 01.02.2010 bis zum 30.12.2022. Die WestLB hat am 23.12.2015 einmalig das Recht, den Swap zum 30.12.2015 zu kündigen. Der Marktwert zum 31.12.2010 beträgt - 63 T€.
- Ein CHF-Digitalswap, bei dem der SEB einen Zinssatz von 2,491 %, falls die Digitalbedingung erfüllt ist, und 7,991 % bei Nichterfüllung zahlen muss, sowie einen Zinssatz von 3,491 % erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 4.000 T€ und läuft vom 03.02.2009 bis zum 03.02.2014. Die Auflösung erfolgte zum 04.06.2010 ohne gegenseitige Zahlungsverpflichtung.
- Ein Doppelswap, bei dem der SEB 4,45 % zahlen muss und für die Zeit vom 30.05.2010 bis 30.06.2012 4,95 % erhält. Danach zahlt die WestLB einen Zinssatz in Höhe des Drei-Monats-Euribor. Das Geschäft umfasst ein

Volumen von 5.000 T€ mit einer Laufzeit vom 30.05.2010 bis zum 30.05.2030. Der Marktwert zum 31.12.2010 beträgt - 349 T€.

- Ein Zahlerswap, bei dem der SEB 3,491 % zahlen muss und einen Sechs-Monats-Euribor erhält. Das Geschäftsvolumen umfasst 8.953 T€ mit einer Laufzeit vom 03.02.2014 bis zum 03.02.2048. Der Marktwert zum 31.12.2010 beträgt 614 T€. In 2011 wurde der Zahlerzinssatz auf 3,93 % zur Finanzierung von zwei Zahlungsaussetzungen des CHF-Plus-Swap zum 30.03. und 30.06.2011 angehoben.
- Ein CHF-Plus-Swap, bei dem der SEB 2,991 % zuzüglich eines Basissatzes in Abhängigkeit zum CH-Franken zahlen muss und einen Zinssatz von 3,491 % erhält. Das Geschäft umfasst ein Volumen von 9.339 T€ bei einer Laufzeit vom 30.06.2010 bis zum 03.08.2018. Der Marktwert zum 31.12.2010 beträgt -5.804 T€.

Am 29.06.2012 wurde die Sache Stadt Bergkamen ./ West LB vor dem Landgericht Dortmund öffentlich verhandelt. Mit Schriftsatz vom 16.11.2012 hat die Gegenseite dem Gericht eine Stellungnahme zu den Schriftsätzen sowie eine Klageerweiterung zugeleitet. Für den Fall der Feststellung der Nichtigkeit sämtlicher noch bestehender Derivatgeschäfte wird auch die Aufrechnung der Geschäfte beantragt, die im Zeitraum ab April 2007 abgeschlossen und vor Klageerhebung durch einseitige Kündigung bzw. einvernehmlich aufgelöst wurden.

Durch das erstinstanzliche Urteil vom 05.07.2013 wurde die Einschätzung der Stadt Bergkamen, wonach mit einem insgesamt positiven Verfahrensausgang gerechnet wird, deutlich unterstützt.

Die Erste Abwicklungsgesellschaft (EAA) hat als Rechtsnachfolgerin der West LB im August 2013 fristgemäß Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Hamm eingelegt. Der Verhandlungstermin ist für den 13.08.2014 festgesetzt. Das weitere Verfahren bleibt abzuwarten.

Aufgrund der positiven Entwicklung des Klageverfahrens wurde im Gesamtabschluss für die negativen Marktwerte in Höhe von – 18.253 T€ keine Drohverlustrückstellung gebildet.

Die Rückstellung für Prozesskosten beläuft sich im Gesamtabschluss auf 563 T€, für die evtl. Rückabwicklung der Zinserträge auf 717 T€.

5.4. Gesamtergebnisrechnung

Position 1. Steuern und ähnliche Abgaben 31.415.226,98 €

Die höchsten Erträge resultieren aus dem Anteil an der Einkommensteuer (11,5 Mio. €) und der Gewerbesteuer (9,7 Mio. €)

Position 2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen 32.778.782,00 €

Die Schlüsselzuweisungen stellen den größten Anteil (22,6 Mio.€) dar.

Position 3. Sonstige Transfererträge 964.147,82 €

Position 4. Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte 20.064,224,30 €

Dominierende Erträge sind hier die Benutzungsgebühren für die öffentlichen Einrichtungen der Abfall- und Abwasserentsorgung sowie der Straßenreinigung (17,0 Mio. €).

Position 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte 1.324.415,80 €

Mieten und Pachten sowie Erträge aus dem Bereich des Dualen Systems stellen die größten Positionen in diesem Bereich dar.

Position 6. Kostenerstattungen und Umlagen 1.494.881,55 €

Position 7. Sonstige ordentliche Erträge 8.663.149,59 €

Konzessionsabgaben (2,6 Mio. €) sowie die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (4,0 Mio. €) haben die ordentlichen Erträge maßgeblich beeinflusst.

Position 8. Aktivierte Eigenleistungen 872.336,02 €

Wesentliche Eigenleistungen der Stadt erfolgen im Bereich des Schulbaus (OGGS) sowie im Bereich der Abwasserbeseitigung.

Position 11. Personalaufwendungen 25.169.011,95 €

Position 12. Versorgungsaufwendungen 1.429,389,59 €

Alle ehemaligen Beamten (auch evtl. im Sondervermögen eingesetzte Personen) erhalten ihre Bezüge über die Westfälisch-Lippische Versorgungskasse.

Position 13. Aufwendungen für die Sach- und Dienstleistungen 20.190.405,87 €

Die größten Positionen in diesem Bereich wurden für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke (6,1 Mio. €), für die Lippeverbandsumlage (5,1 Mio. €) und für die Beseitigung von Abfällen (3,6 Mio. €) aufgewendet.

Position 14. Bilanzielle Abschreibungen 11.842.346,10 €

Wesentliche Abschreibungen beziehen sich auf die Abschreibungen für Gebäude (3,6 Mio. €), Straßen, Wege und Plätze (3,3 Mio. €) sowie Abwasserbeseitigungsanlagen (3,3 Mio. €).

Position 15. Transferaufwendungen 45.015.771,79 €

Wesentliche Bestandteile der Transferaufwendungen sind die Kreisumlage (26,1 Mio. €), Zuwendungen und Zuschüsse (7,4 Mio. €) sowie Sozialleistungen (9,1 Mio. €).

Position 16. Sonstige Ordentliche Aufwendungen 5.985.348,30 €

Mieten und Pachten (0,9 Mio. €), Geschäftsaufwendungen (2,2 Mio. €), Steuern (0,7 Mio. €), Säumniszuschläge (insbesondere Vollverzinsung) und übrige Aufwendungen bestimmen die Zusammensetzung dieser Position.

Rückstellungen aus diesem Bereich belaufen sich auf rd. 1,5 Mio. €.

Position 19. Finanzerträge 5.263.462,18 €

Die Finanzerträge werden dominiert durch die Anpassung des Ertragswertes an den Buchwert der GSW im Gesamtabchluss (3,8 Mio. €).

Weitere wesentliche Finanzerträge sind die Zinserträge aus Zinsderivaten (1,4 Mio. €).

Position 20. Finanzaufwendungen 7.046.614,52 €

Zinsen für Investitionskredite erreichen eine Höhe von 4,3 Mio. €, Zinsen für Liquiditätskredite von 1,3 Mio. €. Die Zinsaufwendungen aus Zinsderivaten belaufen sich auf 1,3 Mio. €.

5.5. Gesamtkapitalflussrechnung

Dem Gesamtanhang ist eine Kapitalflussrechnung unter Beachtung des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 2 (DRS 2) in der vom Bundesministerium der Justiz nach § 342 Abs. 2 HGB bekannt gemachten Form beigelegt (s. Nr. 7). Der Finanzmittelfonds entspricht den in der Gesamtbilanz ausgewiesenen liquiden Mitteln. Diese umfassen die Kassenbestände sowie die Bestände der Giro- sowie Festgeldkonten.

6. Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeitspiegel zum Gesamtabschluss 2010 der Stadt Bergkamen

Art der Verbindlichkeit	Gesamtbetrag am 31.12.2010 EUR	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag am 31.12.2010 EUR
		bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	1	2	3	4	5
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	102.376.544,47	3.710.042,16	14.132.992,26	84.533.510,05	105.838.020,78
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	63.000.000,00	33.000.000,00	30.000.000,00	0,00	45.000.000,00
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	4.206.985,35	0,00	4.206.985,35	0,00	4.106.629,22
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.573.847,71	1.573.847,71	0,00	0,00	3.165.927,64
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7. Sonstige Verbindlichkeiten	9.000.106,11	9.000.106,11	0,00	0,00	8.172.703,79
8. Summe der Verbindlichkeiten	180.157.483,64	47.283.995,98	48.339.977,61	84.533.510,05	166.283.281,43

7. Kapitalflussrechnung nach DRS 2

Stadt Bergkamen

Gesamtkapitalflussrechnung 2010

Gesamtabschluss 2010

1.	Ordentliches Ergebnis	-	13.838.261,84 €
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen		11.832.333,50 €
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-	158.515,67 €
4.	+/- Zunahme/Abnahme von Sonderposten und sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-	807.270,88 €
5.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-	94.549,98 €
6.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-	7.795.273,23 €
7.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-	720.193,51 €
8.	= Cash Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit (Zeilen 1 - 7)	-	11.581.731,61 €
19.	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen		- €
20.	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen		804.701,30 €
21.	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen		25.228,32 €
22.	+ Sonstige Investitionseinzahlungen		8.053.124,77 €
23.	- Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen		- €
24.	- Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen		10.691.236,97 €
25.	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen		- €
26.	- Sonstige Investitionsausgaben		- €
27.	= Netto-Zahlungsströme aus Investitionstätigkeit (= Zeilen 19 - 26)	-	1.808.182,58 €
28.	+ Einzahlungen aus Kapitalerhöhungen		- €
29.	+ Einzahlungen aus Anleihen und Krediten		28.350.000,00 €
30.	- Auszahlungen von Dividenden		- €
31.	- Auszahlungen für die Tilgung von Verbindlichkeiten		13.794.425,68 €
32.	= Netto-Zahlungsströme aus Finanzierungstätigkeit (= Zeilen 28 - 32)		14.555.574,32 €
33.	= Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe aus den Zeilen 8, 27 und 32)		1.165.660,13 €
34.	+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds		- €
35.	+ Anfangsbestand des Finanzmittelfonds (zu Beginn der Periode)		8.200.401,80 €
36.	= Finanzmittelfonds (am Ende der Periode)		9.366.061,93 €

Aufgestellt am 23.06.2014

gez. Lachmann

Lachmann
Beigeordneter und Stadtkämmerer

Gesamtabschluss Stadt Bergkamen

Gesamtlagebericht 2010

1. Einleitung

Gemäß § 116 Abs. 1 und 2 GO NRW hat die Gemeinde in jedem Haushaltsjahr zum 31.12. einen Gesamtabschluss aufzustellen. Zu dem Gesamtabschluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privat-rechtlicher Form zu konsolidieren.

Mit dieser Vorgehensweise erfolgt die Rechenschaftslegung und ein gesamtheitlicher Überblick über das gesamte Aufgabenspektrum in Verantwortung des „Konzerns Stadt Bergkamen“.

2. Der „Konzern Stadt Bergkamen“

Nach Art 28 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes und Art 78 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen kann eine Kommune alle Angelegenheiten betreffend seiner Bürgerinnen und Bürger in eigener Verantwortung regeln.

Der „Konzern Stadt Bergkamen“ erfüllt Aufgaben aus den verschiedensten Bereichen wie:

- Sicherheit und Ordnung
- Schulträgeraufgaben
- Kultur und Wissenschaft
- Soziale Leistungen
- Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
- Gesundheitsdienste
- Sportförderung
- Räumliche Planung und Entwicklung
- Bauen und Wohnen
- Ver- und Entsorgung
- Verkehrsflächen und Anlagen, ÖPNV
- Natur- und Landschaftspflege
- Umweltschutz
- Wirtschaft und Tourismus

Diese Aufgaben sind:

- Aufgaben, zu denen die Kommune durch Gesetze von Bund und Land verpflichtet wird, z. B. Schule und Kindergärten, Abwasser- und Abfallbeseitigung,
- Aufgaben, die die Kommune durch Weisung zu erfüllen hat (z. B. Meldewesen oder Bauordnung),
- Aufgaben, die die Kommune freiwillig ausführt.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient sich die Stadt Bergkamen nicht nur ihrer Kernverwaltung, sondern auch ausgelagerter Organisationseinheiten.

3. Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

3.1. Vermögens- und Schuldenlage

Die Gesamtbilanzsumme der Stadt Bergkamen beträgt
zum 31.12.2010 443.936 T€.

Aktiva	31.12.2010 T€	31.12.2010 %
<u>Anlagevermögen</u>	423.054	95,3
- immaterielle Vermögensgegenstände	14.134	3,1
- Sachanlagen	386.933	87,2
- Finanzanlagen	21.987	5,0
<u>Umlaufvermögen</u>	19.863	4,5
- Vorräte	32	0,0
- Forderungen	10.465	2,4
- Liquide Mittel	9.366	2,1
<u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	1.019	0,2
<u>Summe Aktiva</u>	443.936	100,0

Der Wert der immateriellen Vermögensgegenstände wird dominiert durch den Geschäfts- bzw. Firmenwert (11.302 T€), der den stillen Reserven des SEB entspricht. Dieser Geschäfts- bzw. Firmenwert wird über die durchschnittliche Restnutzungsdauer des Anlagevermögens des SEB ertragswirksam im Gesamtabschluss aufgelöst.

Wesentliche Bestandteile des Sachanlagevermögens stellen die bebauten Grundstücke (114.554 T€), sowie das Infrastrukturvermögen (212.220 T€) dar. Im Bereich der bebauten Grundstücke sind die Schulgebäude (77.169 T€) sowie die sonstigen Dienst- und Betriebsgebäude (29.289 T€) hervorzuheben, beim Infrastrukturvermögen die Abwasserbeseitigungsanlagen (112.614 T€) sowie das Straßennetz (82.280 T€).

Die Finanzanlagen setzen sich u. a. zusammen aus den Anteilen an assoziierten Unternehmen (17.153 T€ GSW) sowie den übrigen Beteiligungen (4.816 T€). Der Wert des assoziierten Unternehmens wurde im Gesamtabchluss 2010 an den anteiligen Buchwert angepasst.

Vorräte sind von untergeordneter Bedeutung, da den Vorräten keine zum Verkauf bestimmten Grundstücke zugeordnet sind.

Forderungen sind überwiegend öffentlich-rechtliche Forderungen (7.276 T€).

Von den liquiden Mittel sind 8.100 T€ in Form von Tagesgeld angelegt.

Passiva	31.12.2010 T€	31.12.2010 %
<u>Eigenkapital</u>	67.474	15,2
- allgemeine Rücklage	81.312	18,3
- Gesamtergebnis	- 13.838	- 3,1
<u>Sonderposten</u>	147.998	33,3
<u>Rückstellungen</u>	44.830	10,1
<u>Verbindlichkeiten</u>	180.158	40,6
<u>Passive</u>		
Rechnungsabgrenzung	3.476	0,8
<u>Summe Passiva</u>	443.936	100,0

Das Gesamteigenkapital des Konzerns Stadt Bergkamen weist einen Betrag von 67.474 T€ aus und setzt sich zusammen aus der Allgemeinen Rücklage (81.312 T€) und dem negativen Gesamtergebnis (-13.838 T€).

Die Eigenkapitalquote, welche den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital zeigt, beläuft sich auf 15,2 %.

Bei den Sonderposten überwiegen die Sonderposten für Zuwendungen (121.882 T€).

Die Rückstellungen belaufen sich auf 44.830 T€ und haben einen Anteil von 10,1 % an der Bilanzsumme, wobei die Pensionsrückstellungen mit 33.873 T€ den größten Anteil darstellen.

Die Gesamtverbindlichkeiten betragen 180.158 T€. Die größten Positionen stellen die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (102.377 T€), Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung (63.000 T€) und sonstige Verbindlichkeiten (9.000 T€) dar.

Den größten Anteil bei den sonstigen Verbindlichkeiten stellen die erhaltenen Anzahlungen (5.318 T€), hauptsächlich aus Zuwendungen, dar.

Die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen gleichkommen (4.207 T€), bestehen gegenüber der WFG (Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Unna) für Investitionen überwiegend im Bereich des Logistikparks.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten besteht zum überwiegenden Teil aus den in der Vergangenheit eingezahlten Friedhofsgebühren.

3.2. Ertragslage

Das Gesamtjahresergebnis zum 31.12.2010 beträgt -13.838 T€ und setzt sich zusammen aus den Gesamterträgen in Höhe von 102.841 T€ sowie Gesamtaufwendungen in Höhe von 116.679 T€.

Die Gesamterträge bestehen aus folgenden einzelnen Positionen:

Erträge	31.12.2010 T€	31.12.2010 %
<u>ordentl. Gesamterträge</u>	97.577	94,9
- Steuern und ähnliche Abgaben	31.415	30,6
- Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.779	31,9
- sonstige Transfererträge	964	0,9
- öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	20.064	19,5
- privat-rechtl. Leistungsentgelte	1.325	1,3
- Kostenerstattungen und Kostenumlage	1.495	1,5
- Sonstige ordentl. Erträge	8.663	8,4
- Aktivierte Eigenleistungen		
- Bestandsveränderungen	872	0,8
	0	0,0
<u>Finanzerträge</u>	5.264	5,1
<u>Außerordentliche Erträge</u>	0	0,0
<u>Gesamterträge</u>	102.841	100,0

Die Gesamterträge werden insbesondere durch Steuern und ähnliche Abgaben (30,6 %) und Zuwendungen und allgemeine Umlagen (31,9%) beeinflusst.

Wesentliche Positionen im Rahmen der Steuern stellen die Gewerbesteuer (9.740 T€) und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (11.480 T€) dar.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen bestehen im Wesentlichen aus den Schlüsselzuweisungen (22.615 T€).

Die sonstigen Transfererträge stellen mit 0,9 % der Gesamterträge eine unwesentliche Position dar.

Unter der Position „öffentl.-rechtliche Leistungsentgelte“ sind Benutzungs- und Verwaltungsgebühren, die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge sowie die Veränderungen der Sonderposten für den Gebührenaussgleich erfasst. Mit 20.064 T€ betragen sie 19,5 % der Gesamterträge.

Privatrechtliche Entgelte bestehen zum größten Teil aus Mieten und Pachten (560 T€), sowie Erlöse aus dem Papierverkauf (525 T€).

Bei den „sonstigen ordentlichen Erträgen“ (8.663 T€) sind die Konzessionsabgaben (2.858 T€) und die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (4.045 T€) hervorzuheben.

Die aktivierten Eigenleistungen und die Bestandsveränderungen sind von untergeordneter Bedeutung.

Die Finanzerträge bestehen im Wesentlichen aus Zinserträgen bzw. Rückabwicklungserträgen aus den Zinsswaps (1.362 T€), sowie der Anpassung des Beteiligungswertes der GSW (3.798 T€).

Die Gesamtaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Gesamtaufwendungen	31.12.2010 T€	31.12.2010 %
<u>Ordentliche Aufwendungen</u>	109.632	94,0
- Personalaufwendungen	25.169	21,6
- Versorgungsaufwendungen	1.429	1,2
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.190	17,3
- Bilanzielle Abschreibungen	11.842	10,2
- Transferaufwendungen	45.016	38,6
- Sonstige ordentl. Aufwendungen	5.985	5,1
<u>Finanzaufwendungen</u>	7.047	6,0
<u>Außerordentliche Aufwendungen</u>	0	0,0
<u>Gesamtaufwendungen</u>	116.679	100,0

Die Personalaufwendungen beinhalten die Aufwendungen für Beamte und tariflich Beschäftigte bzw. sonstiger Beschäftigter einschließlich der Nebenbezüge sowie den Zuführungen zu Pensions-, Urlaubs- und Überstundenrückstellungen.

Die Versorgungsaufwendungen stellen die Bezüge einschließlich sonstiger Aufwendungen für die sich im Ruhestand befindlichen Beamten bzw. deren Hinterbliebenen dar.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden bestimmt durch Aufwendungen für die Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude (5.419 T€), die Leistungen an den Lippeverband (5.395 T€), sowie Entsorgungskosten für Abfälle (3.161 T€).

Die bilanziellen Abschreibungen erreichen eine Höhe von 11.842 T€, was einem Anteil von 10,2 % der Gesamtaufwendungen entspricht.

Die Transferaufwendungen mit einem Gesamtbetrag von 45.016 T€ haben einen Anteil von 38,6 %. Der größte Teilbetrag entfällt auf die Kreisumlage (26.134 T€).

Sonstige ordentliche Aufwendungen (5.985 T€) stellen eine Sammelposition für alle Positionen dar, die nicht anderen Aufwandspositionen zugeordnet werden können, wie z. B. Mieten und Pachten, Leasing, Geschäftsaufwendungen, aber auch Säumniszuschläge in Form von Vollverzinsungszinsen nach § 233a AO.

Die Finanzaufwendungen (7.047 T€) setzen sich zusammen aus 5.632 T€ für Zinsen für Investitions- und Liquiditätskredite sowie Aufwendungen für Derivatgeschäfte in Höhe von 1.415 T€.

3.3. Finanzlage

Der Finanzmittelfonds zum 31.12.2010 (Bestand an liquiden Mitteln) beträgt 9.366 T€.

Kapitalflussrechnung nach DRS 2	31.12.2010 T€
1. <u>Cash-Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit</u>	- 11.582
2. <u>Cash-Flow aus Investitionstätigkeit</u>	- 1.808
- Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	8.883
- Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 10.691
3. <u>Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit</u>	14.556
Zahlungswirksame Veränderungen der liquiden Mittel (Summe 1 – 3)	1.166
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	8.200
Finanzmittelfonds zum 31.12.2010	9.366

1. Der Cash-Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit Höhe von – 11.582 T€ setzt sich zusammen aus dem Gesamtjahresergebnis 2010 (- 13.838 T€) korrigiert um alle kurzfristig nicht auszahlungswirksamen Aufwendungen und alle nicht einzahlungswirksamen Erträge zusammen. Hierbei handelt es sich u. a. um Vorgänge von Abschreibungen (-11.832 T€), Rückstellungen (- 159 T€), Sonderposten und sonstigen zahlungsunwirksamen Erträge / Aufwendungen (- 807 T€), Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen (- 95) sowie die Veränderung der Forderungen und Verbindlichkeiten.
2. Der negative Cash-Flow aus Investitionstätigkeit (- 1.808) setzt sich zusammen aus Einzahlungen in Höhe von 8.883 T€ und Auszahlungen in Höhe von 10.691 T€. Einzahlungen aus Zuwendungen bestehen

hauptsächlich aus Zuweisungen des Landes sowie des Bergbaus für beschädigte Kanäle, Auszahlungen erfolgten für Baumaßnahmen (Hochbau 3.249 T€, Tiefbau 5.658 T€) und den Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens.

3. Der Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit fällt mit 14.556 T€ positiv aus. Ursächlich hierfür ist die Aufnahme von Liquiditäts- und Investitionskrediten in Höhe von 28.350 T€, dem entgegen stehen Rückzahlungen / Tilgungen von o. g. Krediten in Höhe von 13.794 T€.

Die Addition der 3 Positionen ergibt die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds. Sie beläuft sich auf 1.166 T€. Mit dem Anfangsbestand (8.200 T€) ergibt sich ein Finanzmittelfonds am Ende des Wirtschaftsjahres 2010 in Höhe von 9.366 T€.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass der Konzern Stadt Bergkamen jederzeit in der Lage war, seine finanziellen Verpflichtungen zu erfüllen. Dies war jedoch nur möglich durch die Aufnahme von Liquiditätskrediten.

Die Notwendigkeit von Liquiditätskrediten wird insbesondere durch den negativen Cash-Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit beeinflusst.

4. **Ausblick auf die künftige Entwicklung**

4.1. **Ergebnisorientierte Betrachtung**

Die zukünftige Entwicklung des Konzerns Stadt Bergkamen ist geprägt durch die Ertragsentwicklung des Kernhaushaltes.

Die voll zukonsolidierenden Unternehmen erwirtschaften ihr Ergebnis auf Basis von i. d. R. kostendeckenden Gebührenkalkulationen. Es ist daher weiterhin davon auszugehen, dass die voll zukonsolidierenden Betriebe einen positiven Einfluss auf den Konzern Stadt Bergkamen ausüben.

Der Kernhaushalt der Stadt Bergkamen muss daher darauf ausgerichtet werden, einen Haushaltsausgleich herzustellen.

Dazu wurde bereits im Jahr 2010 ein Haushaltssicherungskonzept aufgestellt, dass vom Rat der Stadt Bergkamen am 18.03.2010 beschlossen wurde. Die Genehmigung durch den Kreis Unna erfolgte am 06.04.2010. Mit Beschluss des Doppelhaushaltes 2012/2013 am 15.12.2011 wurde das Haushaltssicherungskonzept fortgeschrieben und vom Kreis am 13.02.2012 genehmigt.

Die aktuelle Fortschreibung für den Doppelhaushalt 2014/2015 erfolgte mit Ratsbeschluss vom 12.12.2013 (Genehmigung durch den Kreis 29.01.2014) und endet mit dem Ziel, den Haushaltsausgleich 2016 erstmals wiederherzustellen.

Die Realisierung des Konzeptes setzt jedoch neben einer disziplinierten Umsetzung der geplanten Maßnahmen voraus, dass sich externe Rahmenbedingungen nicht deutlich verändern.

4.2. **Liquiditätsorientierte Betrachtung**

Nach der ergebnisorientierten Betrachtung bedarf es folgender Anmerkungen zur Situation und Entwicklung des Konzerns Stadt Bergkamen unter Liquiditätsgesichtspunkten:

Für den Gesamtabschluss ist die Kapitalflussrechnung nach der Methode des Deutschen Rechnungslegungsstandards 2 (kurz: DRS2) vorgeschrieben.

Bei einem negativen Ergebnis des Cash-Flows aus laufender Verwaltungstätigkeit reichen die Einzahlungen nicht aus, die laufenden Auszahlungen zu decken, mit der Folge, dass weitere Liquiditätskredite aufzunehmen sind.

Da die Liquiditätskredite lediglich dazu gedacht sind, einen kurzfristigen finanziellen Engpass zu überbrücken, sind sie mit einer kurzfristigen Laufzeit versehen, die bei Fälligkeit prolongiert werden.

Mit dem Problem zukünftig negativer Gesamtjahresergebnisse erhöht sich der Neubedarf für Liquiditätskredite. Die konsequente Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes und eine damit verbundene kontinuierliche Reduzierung der Gesamtjahresverluste führen gleichzeitig zu einem positiven Effekt in der Kapitalflussrechnung. Eine Reduzierung der Neuaufnahmen notwendiger Liquiditätskredite ist die Folge.

4.3. **Prognose, Risiken und Chancen**

Die finanzielle Lage der Städte und Gemeinden insbesondere in NRW ist weiterhin mehr als angespannt. Kommunen ohne Haushaltssicherungskonzept stellen die Ausnahme dar.

Im Kreis Unna verfügen zz. insgesamt 7 Städte und Gemeinden über ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept, zu denen auch die Stadt Bergkamen gehört.

Während die voll konsolidierten Betriebe ein positives Ergebnis ausweisen und auch vermutlich zukünftig ausweisen werden (kostenrechnende Einrichtungen), ist der Kernhaushalt, unter der Voraussetzung der Umsetzung sämtlicher Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes sowie der angenommenen Steuerentwicklung, erst ab dem Jahr 2016 wieder ausgeglichen.

Durch städtebauliche Maßnahmen und Ausbau von Gewerbeflächen soll die Attraktivität der Stadt Bergkamen sowohl für die Bürger als auch für Gewerbetreibende gesteigert werden.

Kleine und mittelständische Betriebe sind notwendig, um die Abhängigkeit von wenigen Steuerzahlern zu mildern.

Hierzu sind folgende Punkte geplant bzw. die Ausführung hat bereits begonnen:

- Zukunftsprojekt „Wasserstadt Aden“
Zur Entwicklung der Brachfläche Haus Aden hat die Stadt gemeinsam

mit der RAG Montan Immobilien GmbH die Projektgesellschaft Haus Aden gegründet. Diese hat die Machbarkeit untersucht und die Förderung der Maßnahmen vorbereitet.

Die Durchführung eines derartigen Projektes birgt Chancen und Risiken, insbesondere in Form der Erschließung und Schaffung der Grundinfrastruktur zur Gewinnung privater Investoren sowie der erfolgreichen Vermarktung der Flächen.

Diese wurden eingehend in den politischen Gremien diskutiert.

Zwischenzeitlich wurden für die Gesamtmaßnahme Zuwendungen in Höhe von 10.887 T€ bewilligt.

Die Realisierung des Gesamtprojektes „Wasserstadt Aden“ ist ab dem Jahr 2014 vorgesehen. Die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft DSK koordiniert als treuhänderische Entwicklungsträgerin das gesamte Projekt in enger Zusammenarbeit mit dem SEB, der für die gesamte abwassertechnische Planung und Ausführung Verantwortung zeigt.

- Logistikpark A 2
Zur Ansiedlung von Logistikunternehmen (wegen der günstigen verkehrstechnischen Anbindung an die BAB 2) entwickelt die Stadt Bergkamen in Kooperation mit der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna und dem SEB eine gewerbliche Fläche in einer Größe von ca. 20 ha.

Die Erschließung des 1. Bauabschnittes wurde im Sommer 2012 abgeschlossen und Ende 2013 erfolgreich vermarktet. Der Ausbau des Restflächen erfolgt im 2. Halbjahr 2014.

Negative Einflüsse auf den Kernhaushalt, aber auch teilweise für die voll konsolidierten Betriebe können von folgenden Punkten ausgehen:

- Entwicklung der Personalkosten
Unvorhersehbare Tarifierhöhungen, die über den aktuellen Orientierungsdaten des Landes NRW liegen, können zu erhöhten Personalkosten führen.
- Ein Großteil des derzeitigen Gewerbesteueraufkommens wird durch die Zahlung weniger Betriebe getragen. Insofern werden sich die wirtschaftlichen Entwicklungen dieser Betriebe auf die Ertrags- und Finanzlage direkt auswirken.
- Zinsrisiko bei Investitions- und Liquiditätskrediten
Durch die in der Vergangenheit herrschende Niedrigzinsphase kann bei Umschuldungen von Investitionskrediten von einer höheren Zinsbelastung ausgegangen werden, wenn das allgemeine Zinsniveau wieder ansteigt.
- Abhängigkeiten von Umlagehaushalten
Zusätzliche Belastungen können aus den Umlagehaushalten des Kreises Unna und des Lippeverbandes erwachsen.
- Derivatgeschäfte
Zum 31.12.2010 bestanden folgende Swapverträge:

1. Ein Flexi-Swap mit einer Laufzeit bis zum 15.01.2020 und einem Nominalvolumen von 5.552 T€.
2. Ein weiterer Flexi-Swap mit einer Laufzeit bis zum 09.02.2021 und einem Nominalvolumen in Höhe von 3.320 T€.
3. Ein kündbarer Zahler-Swap mit einer Laufzeit bis zum 06.11.2029 und einem Nominalvolumen in Höhe von 2.725 T€.
4. Ein CHF-Plus-Swap mit einer Laufzeit bis zum 30.03.2018 und einem Nominalvolumen in Höhe von 5.000 T€.
5. Ein Doppel-Digitalswap mit einer Laufzeit bis zum 15.11.2013 und einem Nominalvolumen von 3.000 T€.
6. Ein kündbarer Invers-CMS-Stufenswap mit einer Laufzeit bis zum 27.01.2016 und einem Nominalvolumen von 4.000 T€.
7. Ein Zinsswap mit einer Laufzeit bis zum 30.06.2018 und einem Nominalvolumen von 2.756 T€.
8. Ein Spreadswap mit einer Laufzeit bis zum 01.02.2023 und einem Nominalvolumen von 7.499 T€.
9. Ein USD-Quanto Swap mit einer Laufzeit bis zum 15.11.2014 und einem Nominalvolumen von 5.000 T€.
10. Ein Zinsswap mit einer Laufzeit bis zum 30.12.2020 und einem Nominalvolumen von 1.109 T€.
11. Ein Zinsswap mit einer Laufzeit bis zum 30.12.2022 und einem Nominalvolumen von 1.186 T€.
12. Ein Doppelswap mit einer Laufzeit bis zum 30.05.2030 und einem Nominalvolumen von 5.000 T€.
13. Ein Zahlerswap mit einer Laufzeit bis zum 03.02.2048 und einem Nominalwert von 8.953 T€.
14. Ein CHF-Plus-Swap mit einer Laufzeit bis zum 03.08.2018 und einem Nominalwert von 9.339 T€.

Die Marktwerte der Swapgeschäfte am 31.12.2010 waren negativ und betrugen kumulativ – 18.253 T€.

Die Marktwerte stellen keine Zahllast dar.

Am 29.06.2012 wurde die Sache Stadt Bergkamen ./ West LB vor dem Landgericht Dortmund öffentlich verhandelt. Mit Schriftsatz vom 16.11.2012 hat die Gegenseite dem Gericht eine Stellungnahme zu den Schriftsätzen sowie eine Klageerweiterung zugeleitet. Für den Fall der Feststellung der Nichtigkeit sämtlicher noch bestehender Derivatgeschäfte wird auch die Aufrechnung der Geschäfte beantragt, die im Zeitraum ab April 2007 abgeschlossen und vor Klageerhebung durch einseitige Kündigung bzw. einvernehmlich aufgelöst wurden.

Durch das erstinstanzliche Urteil vom 05.07.2013 wurde die Einschätzung der Stadt Bergkamen, wonach mit einem insgesamt positiven Verfahrensausgang gerechnet wird, deutlich unterstützt.

Die Erste Abwicklungsgesellschaft (EAA) hat als Rechtsnachfolgerin der West LB im August 2013 fristgemäß Berufung gegen das erstinstanzliche Urteil beim zuständigen Oberlandesgericht (OLG) Hamm eingelegt. Der Verhandlungstermin ist für den 13.08.2014 festgesetzt. Das weitere Verfahren bleibt abzuwarten.

Aufgrund der positiven Entwicklung des Klageverfahrens wurde im Gesamtabschluss für die negativen Marktwerte in Höhe von – 18.253 T€ keine Drohverlustrückstellung gebildet.

Die Rückstellung für Prozesskosten beläuft sich im Gesamtabschluss auf 563 T€, für die evtl. Rückabwicklung der Zinserträge auf 717 T€.

- Aufgaben der Abfall- bzw. Abwasserbeseitigung obliegen dem EBB bzw. SEB, aus denen weitere Risiken erwachsen können.

Beide Betriebe sind darauf bedacht, die Anforderungen, die aufgrund von sich ändernden Gesetzen und Bestimmungen zum Wohle der Bevölkerung umzusetzen sind, schnellstmöglich zu erfüllen.

Hierbei spielen aber auch Einflüsse, die sich aus sinkenden Einwohnerzahlen ergeben eine gewichtige Rolle.

So werden z. B. in den Abwasserkanälen wegen zurückgehender Abwassermengen vermehrte Spülungen und Instandhaltungsarbeiten notwendig. Abfallmengen unterliegen trotz sinkender Einwohnerzahlen kaum Schwankungen, während die Anforderungen an die Trennung und den Transport von Abfällen weiter steigen.

5. **Nachtragsbericht**

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Gesamtabchlusses lagen keine Vorgänge von besonderer Bedeutung vor, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und Bedeutung für die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlagen haben.

6. **Kennzahlen**

Im Rahmen des Projektes zur Einführung des NKF in NRW ist in Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden, den Kommunen und der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung sowie Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) ein Kennzahlenset zur Analyse des Haushaltes entwickelt. Dieses Kennzahlenset ermöglicht die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Haushaltes einer Kommune.

In diesem Fall wird das Kennzahlenset auf die Daten des aufgestellten Gesamtabchlusses angewendet und liefert aussagekräftige Informationen (Anlage 1).

7. **Angaben zum Verwaltungsvorstand und den Ratsmitgliedern nach § 116 Abs. 4 GO NRW.**

Nach § 116 Abs. 4 GO NRW sind am Schluss des Lageberichtes für die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes und des Rates neben dem Vor- und Familiennamen anzugeben:

1. der ausgeübte Beruf
2. die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes
3. die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde im öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form
4. die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.

Diese Angaben sind als Anlage 2 beigefügt.

Bergkamen, den 23.06.2014

gez.: Lachmann
Beigeordneter und Stadtkämmerer

Kennzahlenet NRW - Gesamtabchluss der Stadt Bergkamen zum 31.12.2010

3.1 Aufwandsdeckungsgrad

$$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{97.577.164,10}{109.632.273,60} = 0,890 \rightarrow 89,0\%$$

Die Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

3.2 Eigenkapitalquote 1

$$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{67.473.723,74}{443.935.768,79} = 0,152 \rightarrow 15,2\%$$

Die Kennzahl "Eigenkapitalquote 1" misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto unabhängiger ist der Konzern von externen Fremdkapitalgebern und desto größer ist die Ausgleichsmöglichkeit bei eintretenden Verlusten.
Die Kennzahl kann bei einer Gemeinde ein wichtiger Bonitätsfaktor sein.

3.3 Eigenkapitalquote 2

$$\frac{(\text{Eigenkapital} + \text{Sonderposten Zuwendungen/Beiträge}) \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{215.009.758,78}{443.935.768,79} = 0,484 \rightarrow 48,4\%$$

Die Kennzahl "Eigenkapitalquote 2" misst den Anteil des "wirtschaftlichen Eigenkapitals" am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz. Weil bei den Gemeinden die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße "Eigenkapital" um die "langfristigen" Sonderposten erweitert.
Sonderposten dienen der Finanzierung von Anlagevermögen und stärken den Konzern in seiner Kapitalstruktur.

3.4 Fehlbetragsquote

$$\frac{\text{Negatives Jahresergebnis} \times (-100)}{\text{Ausgleichsrücklage} + \text{Allg. Rücklage}} = \frac{13.838.261,84}{81.311.985,58} = 0,170 \rightarrow 17,0\%$$

Die Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen hier jedoch unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die allgemeine Rücklage ein. Zur Ermittlung der Quote wird das negative Jahresergebnis ins Verhältnis zu diesen beiden Bilanzposten gesetzt.
Je höher die Fehlbetragsquote ist, umso stärker wird das Eigenkapital gemindert.

3.5 Infrastrukturquote

$$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{212.219.972,40}{443.935.768,79} = 0,478 \rightarrow 47,8\%$$

Diese Kennzahl stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden

3.6 Abschreibungsintensität

$$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{11.842.346,10}{109.632.273,60} = 0,108 \rightarrow 10,8\%$$

Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird. Da es sich bei den Abschreibungen um weitestgehend fixe Kosten handelt, kann die Kommune sie kaum abbauen.

3.7 Drittfinanzierungsquote

$$\frac{\text{Erträge aus der Auflösung von Sonderposten}}{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf Anlagevermögen}} = \frac{4.604.732,31}{11.842.346,10} = 0,389 \rightarrow 38,9\%$$

Die Kennzahl zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich. Eine hohe Drittfinanzierungsquote ist als positiv zu beurteilen.

3.8 Investitionsquote

$$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{Abgänge des AV} + \text{Abschreibungen AV}} = \frac{15.761.857,16}{12.997.361,50} = 1,213 \rightarrow 121,3\%$$

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen. Eine Investitionsquote von unter 100 % deutet auf ein alterndes Vermögen hin.

3.9 Anlagendeckungsgrad 2

$$\frac{(\text{EK} + \text{Sonderposten Zuw. / Beiträge} + \text{Langfr. Fremdkapital}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}} = \frac{299.543.268,83}{423.054.259,24} = 0,708 \rightarrow 70,8\%$$

Die Kennzahl "Anlagendeckungsgrad 2" gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

3.10 Dynamischer Verschuldungsgrad

$$\frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (FR)}} = \frac{205.785.018,43}{-11.581.731,61} = -17,77 \quad \text{Jahre}$$

Mit Hilfe der Kennzahl "Dynamischer Verschuldungsgrad" lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit der Gemeinde beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung die zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei jeder Gemeinde an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der Dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer). Da der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit negativ ist, ist ein Entschuldung unter gleich bleibenden Bedingungen nicht möglich.

3.11 Liquidität 2. Grades

$$\frac{\text{Liquide Mittel} + \text{Kurzfristige Forderungen} \times 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}} = \frac{19.664.762,15}{47.283.995,98} = 0,416 \rightarrow 41,6\%$$

Die Kennzahl gibt stichtagsbezogen Auskunft über die "kurzfristige Liquidität" der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Die Kennzahl sollte bei mindestens 100 % liegen, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Ein niedriger Wert zeigt einen Liquiditätsengpass auf, der nur durch neue Liquiditätskredite zu schließen ist.

3.12 Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

$$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}} = \frac{47.283.995,98}{443.935.768,79} = 0,107 \rightarrow 10,7\%$$

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl "Kurzfristige Verbindlichkeitsquote" beurteilt werden. Insofern sollte der Wert möglichst gering sein.

3.13 Zinslastquote

$$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}} = \frac{7.046.614,62}{109.632.273,60} = 0,064 \rightarrow 6,4\%$$

Die Kennzahl "Zinslastquote" zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

3.14 Netto-Steuerquote

$$\frac{\text{Steuererträge - GewSt-Umlage - Finanzierungsbet.Fonds Dt. Einheit}}{\text{Ordentliche Erträge - GewSt-Umlage - Finanzierungsbet.Fonds Dt. Einheit}} \times 100$$

= $\frac{29.551.082,63}{95.712.948,10}$ = 0,309 -> 30,9%

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde "selbst" finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Für eine realistische Ermittlung der Steuerkraft der Gemeinde ist es erforderlich, den Gemeindeanteil an der Gewerbesteuer und den Aufwand für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit in Abzug zu bringen.

3.15 Zuwendungsquote

$$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen x 100}}{\text{Ordentliche Erträge}}$$

= $\frac{32.778.782,00}{97.577.164,10}$ = 0,336 -> 33,6%

Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

3.16 Personalintensität

$$\frac{\text{Personalaufwendungen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

= $\frac{25.169.011,95}{109.632.273,60}$ = 0,230 -> 23,0%

Die "Personalintensität" gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Im Hinblick auf den interkommunalen Vergleich dient diese Kennzahl dazu, die Frage zu beantworten, welcher Teil der Aufwendungen üblicherweise für Personal aufgewendet wird. Eine niedrige Quote ist nicht unbedingt ein positives Signal. Stellenabbau und damit Reduktion der Personalaufwandsquote kann zu Qualitätsminderungen führen.

3.17 Sach- u. Dienstleistungsintensität

$$\frac{\text{Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

= $\frac{20.190.405,87}{109.632.273,60}$ = 0,184 -> 18,4%

Die Kennzahl "Sach- und Dienstleistungsintensität" lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

3.18 Transferaufwandsquote

$$\frac{\text{Transferaufwendungen x 100}}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$$

= $\frac{45.015.771,79}{109.632.273,60}$ = 0,411 -> 41,1%

Die Kennzahl "Transferaufwandsquote" stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

Aufstellung über die Mitgliedschaften des Verwaltungsvorstandes und der Ratsmitglieder in Aufsichtsräten/Gremien/Organen
--

Verwaltungsvorstand

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien gem. dem Aktiengesetz	Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Schäfer, Roland	Bürgermeister der Stadt Bergkamen	-	Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH: - Aufsichtsrat	-
Mecklenbrauck, Horst	Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer	-	Betriebsleiter SEB Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat Lippeverband: - Verbandsversammlung Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH: - Aufsichtsrat	-

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien gem. dem Aktiengesetz	Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Dr.-Ing. Peters, Hans-Joachim	Techn. Beigeordneter	-	Betriebsleiter EBB Gemeinschaftsstadtwerte Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat (stellv.) Projektgesellschaft Haus Aden: - Gesellschafterversammlung Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH: - Aufsichtsrat (stellv.) Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH: - Aufsichtsrat (stellv.) - Gesellschafterversammlung (stellv.)	-
Wenske, Bernd	Beigeordneter	-	Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung (stellv.) TECHNOPARK KAMEN GmbH: - Aufsichtsrat (stellv.)	-

Ratsmitglieder

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Bieder, Steffen	Student	-	-	-
Blom, Martin	Rentner	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen	-
Degenhardt, Rosemarie	Fraktionsgeschäftsführerin CDU	-	Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen	-
Deuse, Julian	Angestellter	-	Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung (stellv.)	-
Eder, Thomas	Polizeibeamter	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung (stellv.)	-
Eick, Vanessa	Studentin	-	-	-
Eickhoff, Martina	Dipl.-Ingenieurin	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung	Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft (Kreis Unna mbH) VBU - Aufsichtsrat
Engelhardt, Werner	Lehrer i. A.	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen	-
Grziwotz, Thomas	Lehrer	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Lippeverband - Verbandsversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen - Verbandsversammlung (stellv.)	-

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Hagen, Sandra	Hausfrau	-	-	-
Haverkamp, Dirk	Lehrer	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat (stellv.)	-
Heinzel, Thomas	Dipl.-Ingenieur	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen Gemeinschaftsstadtwerte Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Gesellschafterversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat (stellv.)	-
Herdring, Franz	Fraktionsgeschäftsführer SPD	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH: - Aufsichtsrat	-
Jürgens, Michael	Betriebsschlosser	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH: - Aufsichtsrat (stellv.) Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung (stellv.)	-
Jung, Günter	Reintner	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH: - Gesellschafterversammlung (stellv.)	-

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Jung, Günter (Forts.)			Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH: - Gesellschafterversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung (stellv.)	
Kampmeyer, Gerhard	Pensionär	-	Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat Projektgesellschaft Haus Aden: - Gesellschafterversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung - Verwaltungsrat (Vorsitz)	-
Kerak, Wolfgang	Steinmetzmeister	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat (stellv.) Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat	Müllverbrennungsanlage Hamm: - Fachbeirat Gesellschaft für Wertstoff- und Abfallwirtschaft Kreis Unna mbH (GWA): - Aufsichtsrat
Kerner, Wolfgang	Geschäftsführer	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen Lippeverband: - Verbandsversammlung	-

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Lohmann-Begander, Angelika	Kaufm. Angestellte	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.)	-
Mathwig, Heinz	Rentner	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat	-
Matiak, Brigitte	Steuerfach-angestellte	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen	
Middendorf, Elke	Hausfrau	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat (stellv.) Projektgesellschaft Haus Aden - Gesellschafterversammlung -	-
Miller, Gerd	Abteilungsleiter	-		-
Mittmann, Dieter	Augenoptiker	-	Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat (stellv.)	-
Neumann, Anita	Rentnerin	-	Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung (stellv.) - Verwaltungsrat (stellv.)	-

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Pufke, Marco Morten	Selbständiger Personalberater	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv. Vors.) Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat	-
Radtke, Uwe	beschäftigt im Bergbau	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) TECHNOPARK KAMEN GmbH: - Gesellschafterversammlung Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG: - Mitgliederversammlung (stellv.) Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH: - Aufsichtsrat Lippeverband - Verbandsversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH: - Gesellschafterversammlung (stellv.)	-

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Ramin, Hartmut	Anpassung im Bergbau	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG: - Mitgliederversammlung Lippeverband: - Verbandsversammlung	-
Reichelt, Uwe	Beschäftigt im Bergbau	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen	-
Rocholl, André (ab 01.01.2010)	Sparkassenbetriebswirt		Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen	
Saatkamp, Andree	Architekt	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen	
Schäfer, Bernd	Sparkassenbetriebswirt	-	Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat	-
Scheunemann, Ute	Pensionärin	-	-	-
Schmülling, Jens	Angestellter	-		-
Schulte, Kay	Dipl.-Ingenieur	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Gesellschafterversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH: - Gesellschafterversammlung	-

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Schwarzer, Gerd Paul	Rentner	-	-	-
Semmelmann, Thomas	Dipl.-Verwaltungswirt	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.) Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat (stellv.) Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat (stellv.) Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen	-
Sparringa, Harald	Oberstudienrat	-	Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat Projektgesellschaft Haus Aden: - Gesellschafterversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verwaltungsrat	-
Stienen, Johannes-Hermann	Pensionär	-	-	-
Veit, Manuela	Hausfrau	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Gesellschafterversammlung	-

Name, Vorname	Ausgeübter Beruf	Mitgliedschaft in Aufsichtsräten u. a. Kontrollgremien	Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabebereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Wehmann; Hans-Joachim	M. A. Supervisor/ Dipl.-Sozialarbeiter	-	Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat (stellv.) - Gesellschafterversammlung Sparkasse Bergkamen-Bönen: - Verbandsversammlung - Verwaltungsrat (stellv.)	-
Weirich, Volker	Vorstandssekretär	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (Vors.) Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat TECHNOPARK KAMEN GmbH: - Gesellschafterversammlung (stellv.)	-
Weiselowski, Jens	Kaufm. Angestellter	-	Betriebsausschuss des Rates der Stadt Bergkamen (stellv.)	-
Weiß, Rüdiger	Schulleiter/MdL	-	Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH: - Aufsichtsrat (stellv.)	-

Beteiligungsbericht

der Stadt Bergkamen

- Geschäftsjahr 2010 -



Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen



Bauverein Hamm



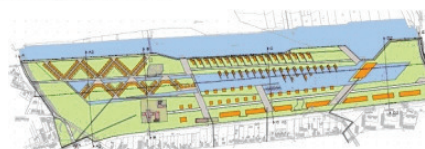
TECHNOPARK
KAMEN GMBH



Gemeinschaftsstadtwerke
Kamen · Bönen · Bergkamen



Wirtschaftsförderung Kreis Unna



Projektgesellschaft Haus Aden mbH



...natürlich
BERGKAMEN

Impressum

Herausgeber:	Stadt Bergkamen Der Bürgermeister Rathausplatz 1 59192 Bergkamen
Redaktion:	Kämmerei/Beteiligungsverwaltung Tel. 02307/965-299
E-Mail:	info@bergkamen.de
Internet:	www.bergkamen.de
Druck:	Druckerei der Stadt Bergkamen

Oktober 2011

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite:</u>
1. Vorwort	5
2. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung	9
3. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt	15
3.1 Unmittelbare Beteiligungen	17
3.2 Mittelbare Beteiligungen	21
4. Darstellung der einzelnen Unternehmen	25
4.1 GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH	27
4.2 Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)	39
4.3 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)	51
4.4 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)	61
4.5 TECHNOPARK KAMEN GmbH	75
4.6 Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	85
4.7 Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG	97
5. Darstellung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen	109
5.1 Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB)	111
5.2 Entsorgungsbetrieb Bergkamen (EBB)	117
6. Darstellung der Kreditinstitute und Verbände	121
6.1 Sparkasse Bergkamen-Bönen	123
6.2 Lippeverband	135
7. Sonstiges	141
7.1 Projektgesellschaft Haus Aden mbH Bergkamen	143

1. Vorwort

Vorwort

Die Verpflichtung der Stadt Bergkamen zur Aufstellung eines Beteiligungsberichtes ergibt sich aus den Vorschriften des § 117 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) i. V. m. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

Mit dem vorliegenden Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2010 werden die wesentlichen Aussagen und Daten aus dem Berichts- und Rechnungswesen der Gesellschaften zusammengetragen, an denen die Stadt Bergkamen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist.

Er basiert auf den geprüften Jahresabschlüssen und Lageberichten der Unternehmen für das abgeschlossene Geschäfts- bzw. Wirtschaftsjahr 2010.

Zur Darstellung der Entwicklung der jeweiligen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind die Zahlen der Bilanzen, der Gewinn- und Verlustrechnungen in Tabellen zusammengefasst und in einem Dreijahresvergleich gegenübergestellt.

Mit Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements“ und der Verpflichtung zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses hat auch der Beteiligungsbericht einen anderen Aussagegehalt erhalten.

Während in dem Gesamtabschluss die Jahresabschlüsse der wesentlichen verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Bergkamen einbezogen (konsolidiert) werden und dabei Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der einbezogenen Einheiten und der Stadt insgesamt dargestellt werden, als ob es sich um ein einziges Unternehmen handeln würde, gibt der Beteiligungsbericht eine breite Auskunft über **alle** verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Bergkamen.

Neben der gesetzlichen Verpflichtung dient dieser Bericht den politisch verantwortlichen Mandatsträgern und der interessierten Öffentlichkeit dazu, sich einen schnellen Überblick über die Beteiligungsverhältnisse der Stadt Bergkamen sowie über die Aufgabenerfüllung und finanzielle Situation in den Beteiligungsunternehmen zu verschaffen.

Aus diesem Grunde wird der Beteiligungsbericht für jeden Interessierten zur Einsichtnahme in der Kämmererei bereitgehalten und zusätzlich im Internet unter **www.bergkamen.de** veröffentlicht.

Bergkamen, im Oktober 2011

Roland Schäfer
Bürgermeister

Horst Mecklenbrauck
Stadtkämmerer und Erster Beigeordneter

2. Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

I. Rechtsgrundlagen

Die Selbstverwaltungsgarantie ist festgelegt in Art. 28 des Grundgesetzes und Art. 78 der Landesverfassung NRW. Hiermit ist gemeint, dass die Kommunen grundsätzlich berechtigt sind, ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu regeln.

Dazu zählt auch das Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben.

(1) Die Gemeinde darf sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn

1. ein dringender öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Stadt Bergkamen steht und
3. bei einem Tätigwerden außerhalb der Energieversorgung, der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der dringende öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen. Als wirtschaftliche Betätigung ist der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

(2) Als wirtschaftliche Betätigung im Sinne dieses Abschnitts gilt nicht der Betrieb von

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentlichen Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten
 - Erziehung, Bildung oder Kultur (Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Ausstellungen, Opern, Theater, Kinos, Bühnen, Orchester, Stadthallen, Begegnungsstätten),
 - Sport oder Erholung (Sportanlagen, zoologische und botanische Gärten, Wald-, Park- und Gartenanlagen, Herbergen, Erholungsheime, Bäder, Einrichtungen zur Veranstaltung von Volksfesten),

- Gesundheits- oder Sozialwesen (Krankenhäuser, Bestattungseinrichtungen, Sanatorien, Kurparks, Senioren- und Behindertenheime, Frauenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen),
- 3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- 4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
- 5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden. Das Innenministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Einrichtungen, die nach Art und Umfang eine selbstständige Betriebsführung erfordern, ganz oder teilweise nach den für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften zu führen sind; hierbei können auch Regelungen getroffen werden, die von einzelnen der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften abweichen.

- (3) Die wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung:
- (4) Die nichtwirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 vorliegen und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Diese Voraussetzungen gelten bei in den Krankenhausplan des Landes aufgenommenen Krankenhäusern als erfüllt. Die Aufnahme einer nichtwirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.
- (5) Vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 ist der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Marktanalysen zu geben.
- (6) Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben.
- (7) Für das öffentliche Sparkassenwesen gelten die dafür erlassenen besonderen Vorschriften.

Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz -

Art. 11 GO-RefG (Gesetz) - Landesrecht Nordrhein-Westfalen

XI. Bestandsschutz- und Übergangsregelungen

§ 1 - Bestandsschutz zu Artikel 1

Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigungen, die vor dem 19. März 2007 auf der Grundlage der seinerzeit geltenden Gemeindeordnung aufgenommen wurden, dürfen unbeschadet der in diesem Gesetz erfolgten Änderungen des **§ 107 GO NRW** fortgesetzt werden.

Darüber hinaus gelten gemäß § 108 GO spezielle Voraussetzungen für Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts.

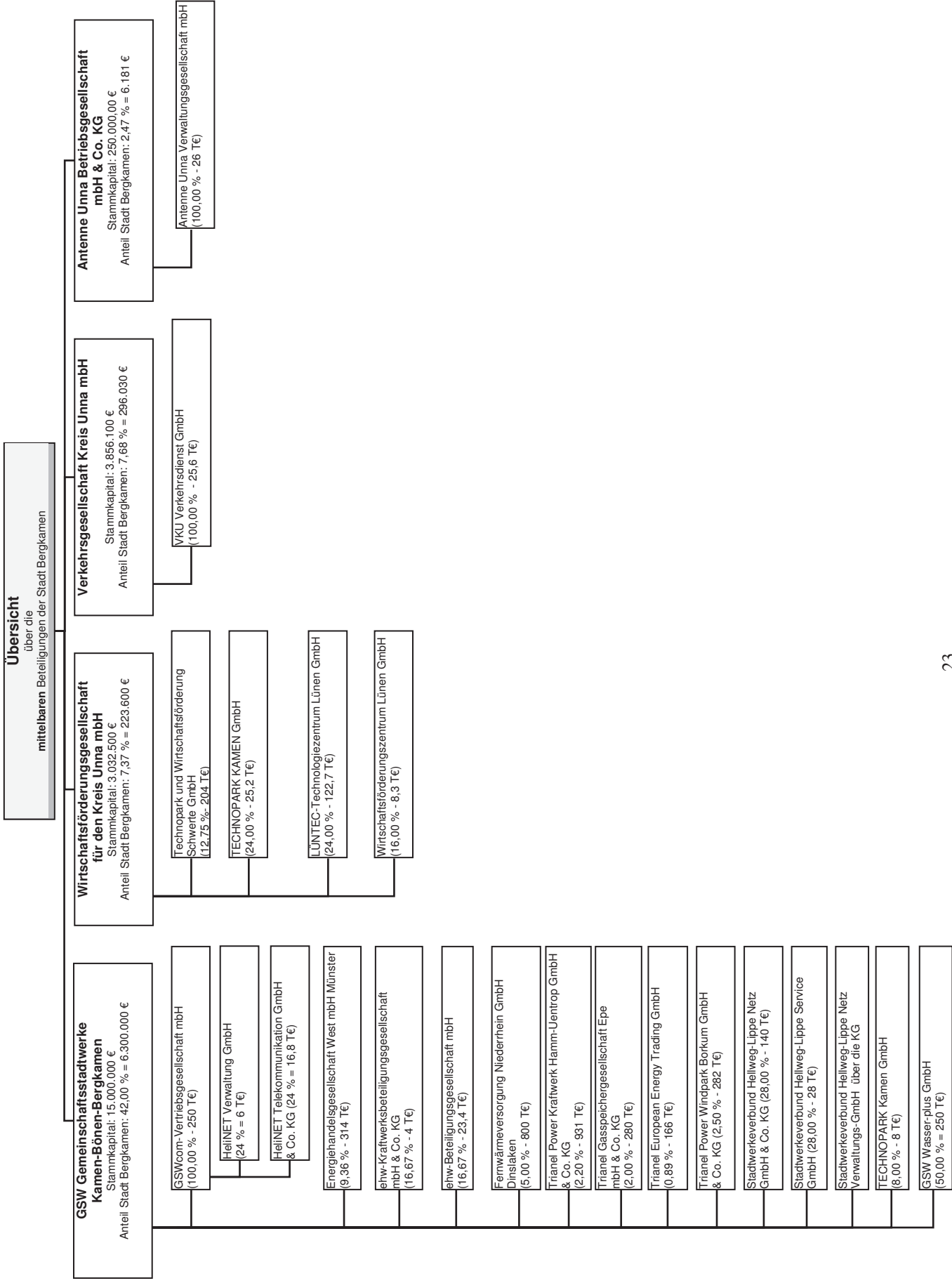
3. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt

3.1 Unmittelbare Beteiligungen

Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen der Stadt Bergkamen im Geschäftsjahr 2010

Stadt Bergkamen	
42,00 % 6.300.00,00 €	GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen - Bönen - Bergkamen GmbH
7,68 % 296.030,00 €	Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH
2,47 % 6.181,33 €	Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
6,00 % 6.300,00 €	TECHNOPARK KAMEN GmbH
7,37 % 223.600,00 €	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH
14,00 % 364.000,00 €	Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH
51,00 % 12.750,00 €	Projektgesellschaft Haus Aden mbH Bergkamen
18 Anteile zu je 260,00 €	Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG

3.2 Mittelbare Beteiligungen



4. Darstellung der einzelnen Unternehmen

4.1 GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

Poststr. 4
59174 Kamen
Telefon: 02307/978-0
Telefax : 02307/978-333
E-Mail: service@gsw-kamen.de
Internet: www.gsw-kamen.de

Mit Datum vom 01.01.1995 führt die Firma den Namen „GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen“ (vormals Stadtwerke Kamen GmbH).

Die Gesellschaft wurde am 11.04.1995 im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abteilung B, Nr. 0518, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag (GV) ist gültig in der Fassung vom 07.03.2001.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 Abs. 1 GV die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie der Betrieb von Freizeiteinrichtungen. Der Gesellschaft können weitere Aufgaben übertragen werden.

Nach Abs. 2 ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Bergkamen ist gemäß § 107 Abs. 1 Nr. 3 der Gemeindeordnung NRW - Energie- und Wasserversorgung - zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 15,0 Mio. € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Stadt Kamen	6.300.000,00	42
Stadt Bergkamen	6.300.000,00	42
Gemeinde Bönen	2.400.000,00	16

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Jochen Baudrexl (ab 01.07.2010)
Robert Stams
Hermann-Josef Görres (bis 30.06.2010)

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Roland Schäfer, Bürgermeister **Stadt Bergkamen**
Für die **Stadt Bergkamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Gerhard Kampmeyer, Stadtverordneter
(Vertreter: Christian Pollack, Stadtverordneter)
Horst Mecklenbrauck, Erster Beigeordneter
(Vertreter: Rüdiger Weiß, Stadtverordneter)
Bernd Schäfer, Stadtverordneter
(Vertreter: Wolfgang Kerak, Stadtverordneter)
Volker Weirich, Stadtverordneter
(Vertreter: Thomas Semmelmann, Stadtverordneter)
Marco Morten Pufke, Stadtverordneter
(Vertreterin: Elke Middendorf, Stadtverordnete)
Harald Sparringa, Stadtverordneter
(Vertreter: Hans-Joachim Wehmann, Stadtverordneter)
Roland Schäfer, Bürgermeister
(Vertreter: Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters, Techn. Beigeordneter)

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** sind in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Kay Schulte, Stadtverordneter
Manuela Veit, Stadtverordnete
Thomas Heinzl, Stadtverordneter
Hans-Joachim Wehmann, Stadtverordneter
Manfred Turk, Fachdezernent Innere Verwaltung

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter: 175 (+ 4 Auszubildende)

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Lagebericht

Der konjunkturelle Verlauf des Jahres 2010 hat sich nach der globalen Finanzkrise stabilisiert. Das Bruttoinlandsprodukt ist real um 3,6 % gestiegen. Der Wachstumsschub im 1. Halbjahr konnte im 2. Halbjahr nicht in gleicher Höhe fortgesetzt werden.

Der konjunkturelle Aufschwung hat sich bei der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen (GSW) nur in begrenztem Maße auf die Geschäftsentwicklung ausgewirkt. Das Versorgungsgebiet der GSW ist stark vom Handels- und Dienstleistungssektor sowie von den Privatkunden geprägt. Die konjunkturelle Entwicklung wirkt sich daher grundsätzlich nur in begrenztem Umfang auf die Geschäftsentwicklung aus. Lediglich der Absatz an die Industriekunden zeigt eine stärkere Abhängigkeit von der deutschen Konjunkturentwicklung.

Regulierung und Netze

Seit dem 01.01.2010 werden die Aufgaben des Strom- und Erdgasnetzbetreibers, die zuvor von der Stadtwerkeverbund Hellweg-Lippe Netz GmbH & Co. KG (SHL-Netz) wahrgenommen wurden, wieder von der GSW durchgeführt.

Der Netzbereich ist nach wie vor stark von der Anreizregulierung betroffen. Die Regulierungsbehörden haben die Erlösobergrenzen festgelegt. Im November 2009 ist der Bescheid zur so genannten Mehrerlösabschöpfung für Stromnetzentgelte von der Bundesnetzagentur ergangen. Aufgrund des Bescheides erfolgte eine Reduktion der bereits genehmigten Erlösobergrenze für die Stromnetzentgelte in 2010. Hintergrund ist die Entscheidung der Bundesnetzagentur, die von allen Netzbetreibern zwischen der Antragstellung und der ersten Genehmigungserteilung erhobenen Netzentgelte, soweit sie die dann genehmigten Netzentgelte übersteigen, nachträglich von den ab 2010 geltenden Erlösobergrenzen zu kürzen. Ein BGH-Urteil bestätigte die Haltung der Bundesnetzagentur.

Beteiligungen und Konzessionen

Mit Auslaufen der Konzessionsverträge in 2008/2010 wurden die Konzessionen der Wasserversorgung für die Kamener Ortsteile sowie für die Stadt Bergkamen und die Gemeinde Bönen mit Wirkung zum 01.01.2009/01.01.2011 auf die GSW übertragen. Neben der Netzübernahme wurde auch die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit der Gelsenwasser AG geprüft. Nach langen und intensiven Verhandlungen wurde ein gemeinsames Konzept der Zusammenarbeit erarbeitet. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft der GSW und der Gelsenwasser AG.

Mit der Aufnahme des operativen Geschäftes der GSW Wasser-plus GmbH zum 01.10.2010 ist nunmehr die GSW für das gesamte Endkundengeschäft der Wasserlieferung im Versorgungsgebiet Kamen, Bergkamen und Bönen zuständig.

GSW beteiligt sich mit 33 weiteren Energieversorgungsunternehmen an einem von der Trianel GmbH betreuten Offshore-Windpark in der Nordsee nördlich von Borkum. In einer ersten Ausbaustufe sollen zunächst 40 Windenergieanlagen mit einer Leistung von jeweils 5 MW errichtet werden. Mit dem Projekt wird eine umweltschonende Energieversorgung realisiert. Der für das Projekt notwendige Baubeschluss und die Finanzierungsvereinbarung wurden im Dezember 2010 unterzeichnet. Die Inbetriebnahme des Windparks ist zum Jahreswechsel 2012/2013 vorgesehen.

Gemeinderecht

Am 16.12.2010 hat der Landtag NRW mit dem „Gesetz zur Revitalisierung des Gemeinderechts“ eine Reform der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen beschlossen. Ziel des Gesetzes ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunalwirtschaft zu stärken und kommunalen Unternehmen zu erleichtern, außerhalb der eigenen Stadtgrenzen aktiv zu werden. Mit § 107 a der Gemeindeordnung NRW ist eine Rechtsgrundlage speziell für die energiewirtschaftliche Bestätigung von Gemeinden geschaffen worden. Das Gesetz soll die Chancengleichheit zwischen privaten und kommunalen Energieversorgungsunternehmen herstellen.

Im Zusammenhang mit dem Wunsch der Landesregierung, die Wettbewerbsfähigkeit der kommunalen Energieversorger zu sichern, werden bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) Investitionen von Stadtwerken und Versorgungsunternehmen in RW als wichtiger Beitrag gesehen, um das von der Bundesregierung geplante 25 %-KWK-Stromziel bis 2020 zu erreichen.

Strom- und Erdgasbeschaffung

Die Preise für die Energiebeschaffung stiegen im 2. Halbjahr 2010 infolge der wirtschaftlichen Erholung. Die Auswirkungen auf die Stromhandelspreise waren zunächst gering und stiegen erst zum Ende des Jahres aufgrund der Entwicklung der Kohlepreise. Die Preisentwicklungen auf dem Erdgasmarkt unterlagen einigen Schwankungen. Nach einem Tiefpunkt am Ende des I. Quartals stiegen die Notierungen im Jahresverlauf, zuletzt im Oktober wegen der langen Kälteperiode, deutlich an.

Ertragslage

Der Wettbewerb auf dem Energiemarkt wächst ständig. Verbraucher haben heute die Möglichkeit, ihren Energielieferanten unter vielen Anbietern zu wählen.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen konnte GSW die Marktposition erfolgreich behaupten und darüber hinaus Kunden im externen Kundengebiet hinzugewinnen.

Die Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern) sanken im Vergleich zum Vorjahr um 2,7 % auf 129,3 Mio. €. Nach Abzug des Materialaufwandes, der übrigen Geschäfts- und Finanzaufwendungen sowie der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 1,5 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €). Von dem Jahresüberschuss sind 0,1 Mio. € in die Gewinnrücklagen eingestellt worden; 1,4 Mio. € sind für eine Ausschüttung an die Gesellschafter vorgesehen.

Der wesentliche Teil der Unternehmenstätigkeit entfällt auf den Energiebereich.

In der Stromversorgung ist ein Absatzanstieg von 7,8 % zu verzeichnen. Dieser resultiert vor allem aus den gestiegenen Mengen aus dem Stromhandel mit Produktionseinheiten aus der GuD-Anlage in Hamm-Uentrop. Die Umsatzerlöse sind mit 36,9 % hingegen deutlich stärker gestiegen als die Abgabemenge. Dies resultiert vor allem aus der erstmaligen Berücksichtigung der Erträge aus der EEG-Vergütung sowie der Netznutzungsentgelte von Netzkunden, die von anderen Stromhändlern beliefert werden. In den Vorjahren erfolgte der Ausweis bei der SHL Netz. Die Tarifpreise blieben im Geschäftsjahr 2010 unverändert.

In der Erdgasversorgung ist die Abgabemenge witterungsbedingt um 14,1 % gestiegen. Wegen der erstmals ganzjährig wirksamen Preissenkungen sind die Umsatzerlöse um 1,9 % zurückgegangen. Die Gradtagszahlen erhöhten sich um 17,6 %. Eine Anpassung der Tarifpreise wurde im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Durch die erstmalige Trinkwasserversorgung im gesamten Versorgungsgebiet ab dem 01.10.2010 ist die an Endkunden abgegebene Trinkwassermenge um 83,3 % gestiegen. Gleichzeitig ist ein Anstieg der Umsatzerlöse um 90,6 % zu verzeichnen. Der Wasserpreis blieb unverändert.

Die gegenüber dem Vorjahr um 12,1 % witterungsbedingt gestiegene Absatzmenge in der Wärmeversorgung führte wegen der Preissenkungen im Geschäftsjahr zu 9,2 % höheren Umsatzerlösen.

Die Besucherzahl in den Einrichtungen der GSW verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 12,5 % auf rd. 437.500 Besucher. Die Erlöse decken 30 % des Aufwands dieser Geschäftssparte. Der Betriebsverlust belastet das Unternehmensergebnis.

Die Verschlechterung des Finanzergebnisses 2010 resultiert insbesondere aus der Verlustübernahme der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH (GSWcom) sowie aus den Zinsaufwendungen. Die GSWcom ist Gesellschafterin der HeLi NET Telekommunikation GmbH (HeLi NET).

Die HeLi NET weist für das Geschäftsjahr 2010 ein negatives Ergebnis von 2,6 Mio. € aus. Dieses Ergebnis ist maßgeblich unter Restrukturierungsgesichtspunkten zu würdigen. Die Geschäftsführung der HeLi NET hat im 1. Halbjahr 2011 Restrukturierungsmaßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung des Unternehmens eingeleitet.

Vermögens- und Finanzlage

Die Investitionen in 2010 betreffen im Wesentlichen die Fertigstellung des Hallenbades in Bönen, den Ausbau eines weiteren Clusters in Bergkamen-Rünthe für die HeLi NET sowie die Verdichtung und Erneuerung der Versorgungsnetze. Des Weiteren wurde zum 31.12.2010 das Heizwerk Bergkamen nebst Grundstück und die Transportleitung von der Fernwärmeversorgung Niederrhein GmbH erworben.

Die in 2009 erworbene Beteiligungsoption an der Trianel Kohlekraftwerk Krefeld Projektgesellschaft GmbH & Co. KG wurde wertberichtigt. Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklung hat sich das Genehmigungsverfahren zur Errichtung eines Steinkohlekraftwerks weiterhin verzögert. Zurzeit wird alternativ die Projektierung eines Gas- und Dampfturbinenkraftwerkes am Standort Krefeld-Uerdingen geprüft.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bilanzsumme auf 156,1 Mio. € (+ 2,7 %) gestiegen. Den Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen von 9,7 Mio. € stehen Investitionen von insgesamt 18,9 Mio. € gegenüber.

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 26,2 % (Vorjahr: 25,3 %) der Bilanzsumme; sie deckt das Anlagevermögen unverändert zu 35,3 %. Das Anlagevermögen ist in voller Höhe durch das Eigenkapital und langfristiges Kapital finanziert. Der Cash-flow als wichtige Finanzierungsquelle des Unternehmens beträgt 9,7 Mio. € (Vorjahr: 9,5 Mio. €).

Personalbestand

Der durchschnittliche Personalbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 5 auf 175 MitarbeiterInnen erhöht. Zum 01.01.2010 erfolgte eine tarifvertragliche Anpassung der Löhne und Gehälter um 2,10 %.

Die betriebliche Ausbildung hat bei der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen einen hohen Stellenwert. Im Jahr 2010 wurden weitere vier Auszubildende eingestellt. Dabei handelt es sich um einen Industriekaufmann, einen Anlagenmechaniker, einen Elektroniker für Betriebstechnik und einen Fachangestellten für Bäderbetriebe.

Chancen- und Risikobericht

Aufgrund der unterschiedlichen Geschäftsfelder und Beteiligungen der GSW gehören die Risiken, wie Vertriebs-, Beschaffungs-, Finanz-, Betriebs-, Regulierungs- und Vertragsrisiken, zum Tagesgeschäft.

Mit Zunahme der Wettbewerbsintensität ergeben sich potenzielle Absatzrisiken im Strom- und Gasgeschäft. Ein weiteres Risiko stellt der Beschaffungsmarkt mit seinen Preisschwankungen dar. Bedingt durch den stärkeren Wettbewerb sind die Marktrisiken und die strategischen Risiken für das Unternehmen nicht unbedeutend. Durch das Risikomanagement-System wird ein frühzeitiges Erkennen, Analysieren und rechtzeitiges Gegensteuern durch ein gezieltes Berichtswesen erreicht.

Durch den Ausbau des Produktportfolios im Vertriebsbereich wird das Risiko von Kundenverlusten an Wettbewerber minimiert. Zur Begrenzung des Beschaffungsrisikos sind Energietranchen bis 2012 fest vereinbart. Mit der Beteiligung an dem Gas- und Dampfkraftwerk der Trianel in Hamm-Uentrop, dem Windpark Borkum und dem Erdgasspeicher Epe wurden zusätzliche Ausgleichspotenziale zur künftigen Energiebeschaffung gewonnen.

Aufgrund der schwankenden Wirtschaftsentwicklung und des geänderten Konsumverhaltens hat sich das Risiko einer geringeren Energienachfrage der Kunden verstärkt. Die Entwicklung unterliegt ständiger Marktbeobachtung.

Das Finanzmanagement stellt die Zahlungsfähigkeit der GSW sicher. Durch die tägliche Liquiditätsanalyse mit gleichzeitiger Finanzplanung werden Finanzrisiken eingegrenzt und dokumentiert. Das monatliche Berichtswesen beinhaltet neben den Ergebnissen der Finanzwirtschaft das Forderungsmanagement sowie den Investitionsbericht.

Im Berichtsjahr bestanden keine Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährdet hätten. Aus heutiger Sicht sind auch für die absehbare Zukunft Risiken dieser Art nicht erkennbar.

Ausblick

Die im Rahmen der Anreizregulierung festgelegten Erlösobergrenzen wirken sich mittelbar auf die Budgetierung von Investitionen im Netzbereich aus. Investitionen im Strom- und Gasnetzbereich werden in langlebige Vermögensgegenstände getätigt, deren Kostendeckung u. a. zukünftigen Anstrengungen im Umgang mit dem Regulierer obliegt. Die Strategie der zukünftigen Netzinvestitionen wird in Übereinstimmung mit dem EnWG vorrangig von der GSW verfolgt, damit die Ziele einer möglichst sicheren und effizienten Verteilung erreicht werden. Diese hohen Ansprüche sind auch im Bereich der Fernwärmenetze anzulegen.

Bis zum 31.03.2010 war SHL Service GmbH im Wesentlichen Dienstleister für SHL Netz. Nach der Rückübertragung der Netzbetreibereigenschaft an die vier beteiligten Stadtwerke wurde zum 15.03.2010 die Gesellschaft in „Stadtwerke Energie Verbund SEV GmbH“ umfirmiert. Aufgabe dieser Gesellschaft ist es, einen externen, ausschließlich internetbasierten Vertrieb von Strom und Gas in dem Projekt „Kleiner Racker“ mit weiteren Stadtwerke-Partnern durchzuführen. Ziel ist es, den Kundenverlusten im eigenen Stammgebiet entgegenzuwirken und weitere Wachstumspotenziale durch eine überregionale Vertriebsausweitung zu erschließen.

Nach der Inbetriebnahme des Pilot-Clusters in Kamen-Mitte im II. Quartal 2009 ist in 2010 mit dem Bau eines weiteren Clusters im Versorgungsgebiet begonnen worden. Durch den weiteren Ausbau des Glasfaserbreitbandnetzes sollen zusätzlich rd. 660 Hauseinheiten mit Lichtwellenleitern versorgt werden. Neben dem Telefondienst wird das Internet sowie Fernsehen mit einer Bandbreite bis zu 100 MBits/s angeboten.

Die GSW wird auch weiterhin in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren. GSW beabsichtigt eine Beteiligung an dem geplanten 2. Bauabschnitt des Trianel Offshore Windparks vor Borkum. Weiterhin begleitet GSW einen Projektentwicklungsauftrag der Trianel für ein Pumpspeicherkraftwerk und strebt eine Investition in Onshore Windparks an.

Im Energiebereich lassen insbesondere die Absatzzahlen im 1. Halbjahr 2011 das Erreichen des geplanten Ergebnisses für 2011 erwarten.

Für das Wirtschaftsjahr 2011 und das Wirtschaftsjahr 2012 werden weiterhin stabile Ergebnisse erwartet.

Eine weiterhin konsequente Umsetzung von Maßnahmen aus Optimierungsprojekten und die für eine Kundenbindung notwendige Schaffung neuer konkurrenzfähiger Produkte werden in den kommenden Jahren fortgeführt.

Bilanz zum 31. Dezember 2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2010	2009	2008
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.354	1.394	1.527
II. Sachanlagen	88.241	91.818	88.608
III. Finanzanlagen	26.256	15.459	16.513
B) Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.243	1.391	1.863
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	19.544	15.723	21.539
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	19.232	26.037	17.298
C) Rechnungsabgrenzungsposten	274	191	139
Summe Aktivseite	156.144	153.013	147.487

Passivseite	2010	2009	2008
A) Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	15.000	15.000	15.000
II. Kapitalrücklagen	17.202	15.583	15.583
III. Gewinnrücklagen	7.209	6.636	5.448
IV. Bilanzgewinn	1.430	1.188	1.023
B) Sonderposten mit Rücklageanteil	0	953	953
C) Baukosten- und Ertragszuschüsse	16.323	17.791	18.254
D) Rückstellungen	16.478	12.923	11.401
E) Verbindlichkeiten	82.502	81.917	79.146
F) Rechnungsabgrenzungsposten	0	24	22
Summe Passivseite	156.144	153.013	147.487

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

		2010	2009	2008
1.	Umsatzerlöse	129.313	132.975	136.574
2.	Andere Aktivierte Eigenleistungen	329	413	419
3.	Sonstige betriebliche Erträge	7.410	1.256	1.253
4.	Materialaufwand	88.461	97.712	99.334
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren			
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen			
5.	Personalaufwand			
	a) Löhne und Gehälter	8.272	7.833	7.721
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.063	2.258	2.038
	- davon Aufwendungen für Altersvorsorge	0	0	0
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.656	8.640	9.236
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	14.214	9.820	12.740
8.	Erträge aus Beteiligungen	629	373	647
9.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	611	510	1.325
10.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	4.323	3.728	3.572
11.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.676	2.873	2.958
12.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.690	524	929
13.	Sonstige Steuern	99	26	1
14.	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	1.539	2.374	2.045
15.	Einstellungen in die Gewinnrücklagen	109	1.188	1.022
16.	Bilanzgewinn	1.430	1.188	1.022

Kennzahlen	2010	2009	2008
1. Ertragslage - Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100 : Eigenkapital)	5,8	5,3	6,8
2. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Bilanzsumme)	74,2	71,0	69,4
3. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	35,3	35,3	34,7
4. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	26,1	25,3	25,1

Auswirkungen der Gesellschaftsbeteiligung auf den städtischen Haushalt

Konzessionsabgaben

Für das Wirtschaftsjahr 2010 wurden folgende Konzessionsabgaben geleistet:

Strom	1.580 T€
Erdgas	522 T€
Wasser	126 T€

Gewinnausschüttung

Für die **Stadt Bergkamen** wird aus dem Jahresüberschuss 2010 ein Betrag in Höhe von 601 T€ brutto (= 506 T€ netto) ausgeschüttet.

Bürgerschaftsprovision

Zwischen der **Stadt Bergkamen** und der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen ist am 12.06.2006 eine Vereinbarung über eine Provisionsvergütung für die kommunalverbürgten Darlehen geschlossen worden. Die Vereinbarung war bis zum 31.12.2009 gültig. Für die Zeit ab 01.01.2010 wurde ein Folgevertrag beschlossen. Er endet mit Ablauf der verbürgten Darlehen.

Basis der jährlichen Vergütung von 0,15 % ist der Bestand der kommunalverbürgten Darlehen am 31.12.2009.

Der Provisionsbetrag ist jeweils bis zum 31.03. des Folgejahres fällig.

Der Auszahlungsbetrag für das Wirtschaftsjahr 2010 in Höhe von 18.790,44 € (2009 = 33.556,23 €) wurde überwiesen.

4.2 Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)

Unnaer Kreis Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)

Friedrich-Ebert-Str. 32
59425 Unna
Telefon: 02303/2827-0,
Telefax : 02303/2827-99
E-Mail: info@ukbs.de
Internet: www.ukbs.de

Die Gesellschaft wurde am 19. August 1939 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 3046, eingetragen.

Gesellschaftszweck

Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbetreibende, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen bereitstellen. Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften. Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Die UKBS erfüllt einen der ganz zentralen kommunalen Versorgungsaufträge - die Sicherung des Grundbedürfnisses „Wohnen“ - und somit einen öffentlichen Zweck.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 2.600.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

Kreis Unna	1.061.850 €	= 40,8 %
Stadt Unna	381.150 €	= 14,7 %
Stadt Bergkamen	364.000 €	= 14,0 %
Stadt Kamen	286.000 €	= 11,0 %
Stadt Hamm	171.600 €	= 6,6 %
Stadt Fröndenberg	127.400 €	= 4,9 %
Gemeinde Bönen	78.000 €	= 3,0 %
Stadt Selm	78.000 €	= 3,0 %
Gemeinde Holzwickede	52.000 €	= 2,0 %

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Matthias Fischer	Geschäftsführer
Karl-Friedrich Meister	Prokurist

Aufsichtsrat

Theodor Rieke	Vorsitzender
Michael Hoffmann	Stellv. Vorsitzender

Für die **Stadt Bergkamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Horst Mecklenbrauck, Erster Beigeordneter
(Vertreter: Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters, Techn. Beigeordneter)

Radtke, Uwe, Stadtverordneter
(Vertreter: Michael Jürgens, Stadtverordneter)

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Kay Schulte, Stadtverordneter
(Vertreter: Günter Jung, Stadtverordneter)

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter:	29
Anzahl der Auszubildenden:	4

Die Wohnungsverwaltung umfasst sowohl die kaufmännische wie auch die technische Betreuung des Wohnungsbestandes.

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Eineinhalb Jahre nach der internationalen Finanzkrise haben sich die wirtschaftlichen Rahmendaten weltweit und in Deutschland verbessert. Die Wirtschaftsinstitute mahnen derzeit noch zur Vorsicht und prognostizieren auf mittlere Sicht eher verhaltene Konjunkturaussichten.

Die Wohnungswirtschaft ist bislang nur indirekt von der Finanzkrise betroffen. Der deutsche Immobilienmarkt hat eher stabilisierende Einflüsse auf die deutsche Wirtschaft. Hier ist insbesondere der Mietwohnungsmarkt zu nennen, wo private und öffentliche Eigentümer qualitativ gute Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten bereitstellen.

Experten rechnen damit, dass die Erwerbstätigkeit in 2010 ansteigt und spiegelbildlich dazu die Zahl der Arbeitslosen abnimmt. Durch den wirtschaftlichen Einbruch hat jedoch die Zahl der hilfebedürftigen Personen zugenommen.

Insgesamt könnte das dazu führen, dass die Leerstandsquote sich stabilisiert. Jedoch die Zahl der Mietrückstände könnte weiter steigen.

Die Vermietungssituation der UKBS hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2010

2.761 Wohnungen und
14 Büro- und sonstige Einheiten
in insgesamt 373 Häusern
464 Garagen

mit einer Gesamtwohn-/nutzfläche von 188.227,20 m² umfasst.

Für die Mieter bestand auch 2010 ein überaus günstiges Preis-/Leistungsverhältnis. Die Mieten sämtlicher Wohnungen lagen auch in 2010 ausschließlich, überwiegend sogar deutlich unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 394,2 T€ (2009: 339,6 T€). Von den Kosten entfallen 28,4 T€ (2009: 15,5 T€) auf modernisierungsbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 136,4 T€ (2009: 117,8 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2010 81,0 T€ Mietverzicht gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betrugen in 2010 unter Berücksichtigung von Eingängen auf abgeschriebene Mietforderungen 3,2 % (= 479,0 T€), gegenüber 2009 (3,1 % = 457,3 T€) des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 93,2 T€ (2009: 117,7 T€) enthalten. Diese Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass die Gesellschaft überwiegend sozial schwächere Bevölkerungsschichten mit Wohnraum versorgt. Diese Haushalte sind oft überschuldet, von Arbeitslosigkeit betroffen oder erhalten finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter.

Die Verbesserung des Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für die Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.357,8 T€ (2009: 3.227,1 T€) ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2010 in Relation zur Sollmiete rd. 33,9 % (Vorjahr: 33,3 %) verausgabt. Dies sind 18,07 € pro durchschnittliche m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 17,44 € pro durchschnittliche m²).

Neubautätigkeit

Bönen

Auf dem im August 2009 erworbenen 4.116 m² großen Grundstück in Bönen wird mit dem Neubau von 41 Wohnungen als „Betreutes Wohnen“ im III. Quartal 2011 begonnen. Geplant sind barrierefreie Wohnungen mit einer Größe von 53 bis 75 m² sowie Gemeinschafts- und Betreuungsräume.

Kamen

Auf dem 4.536 m² großen Grundstück am Kamener Hellmig-Krankenhaus entsteht ein Gesundheitszentrum mit einer Nutzfläche von ca. 3.300 m² auf drei Etagen sowie ein angrenzendes Parkhaus für die Besucher der Arztpraxen. Geplant sind neben den Arztpraxen im Erdgeschoss u. a. eine Apotheke, ein Sanitätshaus, eine Bäckerei mit Café und ein Wundversorger.

Das Gebäude erhält einen baulichen Übergang zum Krankenhaus. Mit der Herrichtung des Grundstücks wurde bereits im Oktober 2009 begonnen. Die Grundsteinlegung erfolgte im April 2010, die Fertigstellung des Rohbaus im November 2010.

Der Bezug des Gesundheitszentrums ist für Juni 2011 geplant.

Unna

- Der im Juni 2009 begonnene Bau in Unna, Dahlienstraße, mit 34 betreuten, barrierefreien Wohnungen, einem Gemeinschaftsraum sowie den Räumlichkeiten für einen Pflegedienst wurde im November 2010 fertiggestellt und übergeben.
- Die im Oktober 2009 begonnene Erweiterung des Verwaltungsgebäudes in Unna, Friedrich-Ebert-Straße, wurde im Mai 2010 fertiggestellt und an die derzeitigen Mieter übergeben.
- Mit der Bebauung des zur Arrondierung im August 2008 erworbenen 543 m² großen Grundstücks in Unna, Effertzstraße, wird im II. Quartal 2011 begonnen. Geplant ist ein Anbau an das in 2009 bezogene Mehrgenerationenwohnhaus. Es entstehen 6 weitere Wohnungen mit einer Größe von 54 bis 70 m². Bezugsfertig sollen die Wohnungen voraussichtlich Anfang 2012 sein.

Für die begonnenen und geplanten Neubaumaßnahmen werden in 2011 Fremdkosten in Höhe von rd. 6.495 T€ entstehen. Die Finanzierung erfolgt durch 6.003 T€ öffentliche Mittel und Hypothekendarlehen sowie rd. 492 T€ Eigenmittel der Gesellschaft.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr wird ein Bilanzgewinn von 967,0 T€ (2009: 875,5 T€) ausgewiesen. Dieser Bilanzgewinn wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt am 31.12.2010 96,5 Mio. € (2009: 91,9 Mio. €).

Den Vermögenswerten des Anlagevermögens in Höhe von 90,3 Mio. € (2009: 86,2 Mio. €) standen langfristige Deckungsmittel aus Eigen- und Fremdkapital in gleicher Höhe (2009: 86,1 Mio. €) gegenüber.

Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen beträgt 93,6 % (2009: 93,8 %).

Die Eigenkapitalquote beträgt 23,3 % gegenüber 23,9 % im Vorjahr.

Die Vermögenswerte des Anlagevermögens sind fristenkongruent finanziert. Bei der zz. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31.12.2010 nicht eingetreten.

Zweckerreichung

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung, die „Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“, auch im Jahr 2010 voll entsprochen.

Risikobericht

Risikomanagement

Wesentliche Elemente des von der Geschäftsführung entwickelten Risikomanagementsystems sind:

- Risikohandbuch
- Risikokennzahlen mit Festlegung kritischer Werte
- Mehrjährige Finanz- und Ertragsplanung
- Regelmäßige Berichterstattung an den Aufsichtsrat

Die Geschäftsführung ist der Auffassung, dass durch das bestehende System Risiken frühzeitig erkannt und entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Große Koalition hatte zur Stützung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zwei Konjunkturpakete für die Jahre 2009 und 2010 auf den Weg gebracht. Insbesondere öffentliche Investitionen und Investitionen in die energetische Gebäudesanierung wurden getätigt. Mit dem Auslaufen der Programme werden die konjunkturellen Impulse der Finanzpolitik spürbar nachlassen.

Die Wirtschaftsinstitute in Deutschland mahnen derzeit noch zur Vorsicht und prognostizieren auf mittlere Sicht verhaltene Konjunkturaussichten.

Die Experten rechnen damit, dass die Erwerbstätigkeit leicht ansteigt. Im Jahresdurchschnitt 2011 könnte die Zahl der Arbeitslosen erstmals unter der Drei-Millionen-Grenze liegen.

Das bestehende Risikomanagement definiert die wichtigsten Risiken, die das Geschäft der UKBS prägen. Die Beobachtung dieser Risiken wird durch Meldungen aus den Fachabteilungen ergänzt. Das bildet die Grundlage für mögliche adäquate Gegenmaßnahmen. Entwicklungsbeeinträchtigende Risiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinträchtigen können, sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar.

Finanzierungsmaßnahmen

Das Modernisierungs- und Instandhaltungsprogramm konnte mit eigenen Mitteln durchgeführt werden.

Derivate Finanzinstrumente werden von der Gesellschaft nicht in Anspruch genommen.

Ein Ausfallrisiko besteht nur bei einem Teil von Mietforderungen. Diesem Risiko wird durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Fällig gewordene Darlehen wurden zu marktüblichen Konditionen und einem Zinsfestschreibungszeitraum von 10 Jahren prolongiert.

Prognosebericht

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2011 stellt sich die wirtschaftliche Lage des Unternehmens weiterhin positiv dar.

Die Modernisierung und Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den nächsten Jahren gerade bei einem Mietermarkt von großer Bedeutung. Bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen werden die Ergebnisse des Portfoliomanagements und die Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an neuen Wohnformen (z. B. Mehrgenerationenwohnen, betreutes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften) ist weiterhin vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich die UKBS an den Bedürfnissen des Marktes sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes unter besonderer Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung einzustellen und um die Herausforderungen des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

Bilanz zum 31. Dezember 2010

(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2010	2009	2008
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	94	124	0
II. Sachanlagen	90.200	86.082	83.846
III. Finanzanlagen	4	4	4
Summe A)	90.298	86.210	83.850
B) Umlaufvermögen			
I. Grundstücke	5.266	5.208	4.912
II. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	226	154	142
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	664	356	3.541
Summe B)	6.156	5.718	8.595
C) Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	1
Summe Aktivseite	96.454	91.929	92.446

Passivseite	2010	2009	2008
A) Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600	2.600	2.600
II. Gewinnrücklagen	18.861	18.506	18.023
III. Bilanzgewinn	967	876	898
Summe A)	22.428	21.982	21.521
B) Rückstellungen	836	960	735
C) Verbindlichkeiten	73.190	68.987	70.188
Summe Passivseite	96.454	91.929	92.446

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

	2010	2009	2008
1. Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	14.540	14.230	14.036
2. Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	56	313	78
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	201	272	92
4. Sonstige betriebliche Erträge	314	372	319
5. Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	7.670	7.737	7.263
6. Rohergebnis	7.441	7.450	7.107
7. Personalaufwand	1.366	1.286	1.201
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.880	2.801	2.729
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	690	1.080	1.011
10. Erträge aus sonstigen Ausleihungen	0	0	0
11. Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	4	51	169
12. Zinsen u. ä. Aufwendungen	1.100	1.069	1.069
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.382	1.265	1.265
14. Steuern vom Einkommen und Ertrag	16	31	15
15. Sonstige Steuern	399	358	351
16. Entnahmen aus Gewinnrücklage	0	0	1.067
17. Jahresüberschuss (Bilanzgewinn)	967	876	890

Kennzahlen	2010	2009	2008
1. Ertragslage - Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100 : Eigenkapital)	4,3	3,9	4,17
2. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	93,6	93,8	90,7
3. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	24,8	25,4	25,7
4. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	23,3	23,9	23,3

Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung am 25.05.2011 eine Gewinnausschüttung für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 24 % beschlossen.

Bezogen auf die Stammeinlage in Höhe von 364.000,00 € ergibt sich eine Bruttodividende in Höhe von 87.360,00 €. Abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätszuschlag verbleibt eine Nettodividende für die Stadt Bergkamen in Höhe von **73.535,28 €**.

Erträge des städt. Haushaltes: Nettodividende

Haushaltsjahr:	2010	2009	2008
	73.535,28 €	61.279,40 €	49.023,52 €

4.3 Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Lünener Str. 13
59174 Kamen
Telefon: 02307/209-10
Internet: www.vku-online.de

Die Gesellschaft wurde am 27. Juli 1908 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abteilung B, Nr. 0004, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 22.08.2001.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen, ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern. Der öffentliche Zweck ist somit gegeben.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gemäß § 107 Abs. 1 Nr. 3 der Gemeindeordnung NRW - Förderung des öffentlichen Verkehrs - zulässig.

Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU) beträgt 3.856.100,00 € und gliedert sich wie folgt auf:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Kreis Unna	968.180,00	25,11
Westf. Verkehrsgesellschaft mbH, Münster	966.990,00	25,08
Stadt Lünen	632.050,00	16,39
Stadt Unna	353.910,00	9,18
Stadt Kamen	311.320,00	8,07
Stadt Bergkamen	296.030,00	7,68
Stadt Werne	197.970,00	5,13
Gemeinde Bönen	53.220,00	1,38
Gemeinde Holzwickede	42.280,00	1,10
Stadt Selm	34.150,00	0,89

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Geschäfts- und Betriebsführungsaufgaben für die Gesellschaft werden von der Westfälischen Verkehrsgesellschaft wahrgenommen.

Geschäftsführer der VKU sind:

Dr.-Ing. Eberhard Christ
Dipl.-Kfm. Dieter Eichner (Stellvertreter)

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Michael Makiolla Landrat Kreis Unna

1. stellv. Vorsitzender

Dr. Fritz Baur 1. Landesrat LWL Münster

2. stellv. Vorsitzender

Rainer Schmeltzer Gewerkschaftssekretär

Für die **Stadt Bergkamen** ist im Aufsichtsrat vertreten:

Franz Herdring, Stadtverordneter

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Günter Jung, Stadtverordneter
(Vertreter: Uwe Radtke, Stadtverordneter)

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter (Vollzeitstellen):	216
Anzahl der Auszubildenden:	5

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Durch die kommunal besetzten Aufsichtsgremien und die enge Abstimmung mit Kreis und Kommunen ist die VKU von Politik und Verwaltung flexibel steuerbar. Seit dem 01.01.2011 hat die VKU vom Kreis Unna auf der Grundlage der EU-Verordnung 1370/2007 eine Direktvergabe in Gestalt eines so genannten öffentlichen Dienstleistungsauftrags erhalten. Die erforderliche Neuordnung der Gesellschafteranteile in der WVG-Gruppe war vorab erfolgreich durchgeführt worden. Die bewährte Beauftragung von über 20 mittelständischen Bus- und Taxiunternehmen mit etwa 46 % der gesamten VKU-Leistung kann fortgesetzt werden.

Im Zuge der Umstrukturierung nach dem EU-Recht hat die VKU Anteile an der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) erworben. Damit ist auch weiterhin die bewährte Zusammenarbeit im Unternehmensverbund der WVG-Gruppe gewährleistet. Dies bringt für die VKU erhebliche Vorteile, z. B. beim Einkauf von Bussen und Material. Sinnvoll zentralisierbare Aufgaben werden gebündelt und es können effiziente EDV-Lösungen eingesetzt werden. Kosten sparende Organisationslösungen sorgen für eine erhebliche Entlastung der öffentlichen Haushalte.

Unternehmensentwicklung

Im Umfeld der sich erholenden Konjunktur bei gleichzeitigen Kostensteigerungstendenzen und zurückgehenden staatlichen Zuschüssen konnte das operative Ergebnis des Vorjahres nicht gehalten werden.

Nur leicht gestiegene Fahrgeldeinnahmen konnten steigende Energiepreise, erhöhte Aufwendungen für Subunternehmer im Rahmen der Notvergabe bei plötzlicher Krankenstandserhöhung sowie weiterhin sinkende Zahlungen nach § 45 a PBefG und SGB nicht kompensieren

Die Arbeit im Geschäftsjahr war neben dem verkehrlichen Tagesgeschäft geprägt von der Kapitalneuordnung der WVG-Gruppe und den Vorbereitungen für den erfolgreich zum 01.01.2011 vergebenen Öffentlichen Dienstleistungsauftrag (ÖDLA) nach EU-VO 1370/2007 durch den Kreis Unna. Die Vertragswerke zum Ausscheiden des LWL aus der WVG, zur Übernahme eines WVG-Anteils durch die VKU, zur Übernahme von VKU-Geschäftsanteilen durch den Kreis Unna sowie für den ÖDLA erforderten für die beteiligten Fachabteilungen, die Kreisverwaltung und die Unternehmensgremien erhebliche zahlreiche Entscheidungen und banden nennenswert Ressourcen im Management. Die WVG als Garant für kaufmännische Synergien ist nun als Dienstleister für die VKU, RVM, RLG und WLE eine Tochtergesellschaft dieser Verkehrsunternehmen. Die VKU hat nun mit dem ÖDLA eine beihilferechtskonforme Finanzierung ihres Verkehrsangebotes im Kreis bis Ende 2020.

Nachfrageentwicklung

Die VKU beförderte im Berichtsjahr 14,5 Mio. Fahrgäste, das waren 3,5 % weniger als im Vorjahr.

Insbesondere im so genannten Jedermannverkehr gingen die Verkaufszahlen um 2,3 % zurück. Ursache hierfür war auch die Neuordnung des vom Kreis Unna mitfinanzierten Großkunden-Abo ab April 2010. Im Berichtsjahr fuhren mit diesem Großkunden-Abo ca. 1,25 Mio. Fahrgäste. Das entspricht einem Rückgang von rd. 8 %.

Im für das Unternehmen besonders wichtigen Ausbildungsverkehr betrug der Rückgang bei den Schulträgerkarten 1,7 %. Der Freiverkauf von Schülerkarten ging sogar um 2,0 % zurück. Hier zeigen sich die Auswirkungen des demografischen Wandels. An einem Schultag benutzten im Mittel rd. 34.000 Schüler die Busse der VKU.

Erträge

Die Erträge im Linienverkehr sind lediglich um 0,6 % gestiegen. Die Ausgleichsleistungen für den Schülerlinienverkehr gemäß § 45 a PBefG sowie die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten gemäß SGB verringerten sich systembedingt um weitere 232.000,00 €. Begünstigt war das Ergebnis des Berichtsjahres durch nachträgliche Einnahmezuscheidungen, Ausgleichsleistungen gemäß § 45 a PBefG und SGB für Vorjahre sowie Landeszuschüsse für die ÖPNV-Infrastrukturmaßnahmen der Vorjahre.

Die Gesamterträge lagen um rd. 400 T€ über denen des Vorjahres.

Kosten

Im Berichtsjahr leistete die VKU für ihre Fahrgäste 7.836.000 km. Davon wurden 47 % durch die etwa 25 mittelständischen Partnerunternehmen der VKU erbracht.

Bei den Kosten der Produktion wirkten sich insbesondere die mit rd. 14 % stark gestiegenen Dieselpreise negativ aus. Darüber hinaus führten insbesondere Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte, die Notvergabe aufgrund hoher Krankenquote der eigenen Belegschaft sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen zu höheren Kosten von rd. 4,0 % gegenüber dem Vorjahr.

Bilanzergebnis

Die Zuschussleistung des Kreises Unna aufgrund der seit 2007 gültigen Betrauungsregelung beträgt für das Berichtsjahr rd. 6,5 Mio. €.

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Im Frühjahr 2007 haben VKU und Kreis Unna vor dem Hintergrund eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes neue Regelungen zur Betrauung der VKU mit Aufgaben des ÖPNV und zu entsprechenden Ausgleichszahlungen getroffen. Gleichzeitig wurde eine Refinanzierungsvereinbarung zwischen Kreis Unna und den beteiligten Städ-

ten/Gemeinden geschlossen, die die Finanzverteilung zwischen Kreis und Kommunen regelt.

Die neue Betrauungsregelung und die Refinanzierungsvereinbarung sind seit dem 01.01.2007 wirksam.

Der Aufwendungsersatz der Kommunen gegenüber dem Kreis Unna beträgt gemäß § 2 Abs. 5 der Vereinbarung 50 % des laut Betrauungsvereinbarung vom Kreis Unna an die VKU zu leistenden Betrages entsprechend dem jeweiligen Betriebsleistungsanteil gemäß Abrechnung durch die VKU.

Der Kreis Unna hat mit Schreiben vom 14.07.2011 den Kommunen die Aufwendungsersatzleistungen der Refinanzierungsvereinbarung in Rechnung gestellt.

Der Anteil der **Stadt Bergkamen** für das Geschäftsjahr 2010 beträgt **545.889,00 €**.

Aufwendungen des städt. Haushaltes

Haushaltsjahr:	2010	2009	2008
	545.889,00 €	495.948,00 €	516.540,00 €

Bilanz zum 31. Dezember 2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2010	2009	2008
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	25	28	44
II. Sachanlagen	7.660	8.551	8.413
III. Finanzanlagen	241	87	98
Summe A	7.926	8.667	8.556
B) Umlaufvermögen			
I. Vorräte	227	221	217
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.530	5.941	7.163
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	91	66	61
Summe B	6.848	6.228	7.442
C) Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	1
Bilanzsumme	14.775	14.896	15.999

Passivseite	2010	2009	2008
A) Eigenkapital	4.341	4.494	4.656
B) Rückstellungen	3.038	2.643	2.699
C) Verbindlichkeiten	7.101	7.759	8.643
D) Rechnungsabgrenzungsposten	295	0	0
Bilanzsumme	14.775	14.896	15.999

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

	2010	2009	2008
1. Umsatzerlöse	17.880	17.708	16.059
2. Sonstige betriebliche Erträge	7.388	6.576	7.666
Erträge	25.268	24.284	23.724
3. Materialaufwand	12.779	11.826	11.647
4. Personalaufwand	8.565	8.631	8.502
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.527	1.501	1.448
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.118	2.045	1.803
7. Erträge und Beteiligungen	1	1	0
8. Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	2	2	2
9. Zinsen u. ä. Aufwendungen	254	286	313
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 124	13	13
11. Sonstige Steuern	29	13	13
12. Erträge aus Verlustübernahme	0	0	0
13. Jahresüberschuss	0	0	0

Kennzahlen	2010	2009	2008
1. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	53,6	58,2	53,4
2. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	54,7	51,9	54,4
3. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	29,3	30,1	29,1

4.4 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

**Friedrich-Ebert-Str. 19
59425 Unna
Telefon: 02303/27-1040
Telefax : 02303/27-1490
E-Mail: post@wfg-kreis-unna.de
Internet: www.wfg-kreis-unna.de**

Die WFG wurde am 21.07.1961 gegründet.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Unna, Abteilung B, Nr. 0049, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 02.07.2002.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.

Zur Erreichung dieses Zwecks werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:

- Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten
- Standortmarketing für den Kreis Unna
- Informationsbeschaffung und Verteilung an die kreisangehörigen Gemeinden und Unternehmen
- Förderung von Unternehmensgründungen und -entwicklungen
- Wissens- und Technologietransfer im Bereich der Kompetenzfelder im Kreis Unna
- Förderung der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung

Die wirtschaftliche Betätigung ist gemäß § 107 Abs. 2 Nr. 3 der Gemeindeordnung NRW - Wirtschaftsförderung - zulässig.

Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 3.032.500,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Kreis Unna	1.213.000,00	40,00
Stadt Bergkamen	223.600,00	7,37
Gemeinde Bönen	92.500,00	3,05
Stadt Fröndenberg	100.300,00	3,31
Gemeinde Holzwickede	115.100,00	3,80
Stadt Kamen	168.500,00	5,56
Stadt Lünen	418.000,00	13,78
Stadt Schwerte	219.300,00	7,23
Stadt Selm	110.800,00	3,65
Stadt Unna	245.800,00	8,11
Stadt Werne	125.600,00	4,14
	3.032.500,00	100,00

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dr. Michael Dannebom
Dipl.-Ing. Christoph Gutzeit

Geschäftsführer
Prokurist

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Michael Makiolla

Landrat, Kreis Unna

1. stellv. Vorsitzender

Roland Schäfer

Bürgermeister, **Stadt Bergkamen**

2. stellv. Vorsitzender

Wilhelm Jasperneite

Kreis Unna

Gesellschafterversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** ist in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Manfred Turk, Fachdezernent Innere Verwaltung
(Vertreter: Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters, Techn. Beigeordneter)

Personalbestand

Ende des Jahres 2010 waren bei der WFG 32 Mitarbeiter beschäftigt (inkl. Stiftung Weiterbildung).

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Lagebericht

Das Geschäftsjahr 2010 stand weiterhin im Zeichen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Insbesondere die Frage "Wie stabil und nachhaltig entwickelt sich der wirtschaftliche Aufschwung?" konnte bis zum Jahresende nicht abschließend beantwortet werden. Die Arbeitslosenquote im Kreis Unna stieg im Jahresverlauf auf 10,4 % (Februar/August) und sank sogar unter den Vorjahresstand auf 9,4 % im Dezember 2010. Zwar waren damit die positiven Effekte der Vorjahre weitgehend aufgezehrt (Dezember 2008: 8,9 %), aber grundsätzlich hat die Krise doch nicht so tiefgreifende Einschnitte auf dem Arbeitsmarkt hervorgerufen wie ursprünglich befürchtet. Der erkennbare Aufschwung erfolgte auch früher und stärker, als in den kühnsten Hoffnungen erwartet werden konnte.

Für das operative Geschäft der WFG hat dies im Jahr 2010 auf die drei Schwerpunktaktivitäten folgende Auswirkungen gehabt:

Immobilien- und Flächenmanagement

Der Paradigmenwechsel von Treuhand- auf WFG-Projekte wird in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter voranschreiten. Dennoch übersteigen die Treuhandprojekte in Zahl und Umfang derzeit noch die WFG-Projekte erheblich. Der Grunderwerb im „IN-LOGPARC“ hat trotz der schwierigen und umfangreichen Rahmenbedingungen gute Fortschritte gemacht. Damit konnte die Basis für weitere Erschließungsmaßnahmen im Jahr 2011 gesetzt werden.

Die mittel- bis langfristig ins Visier genommenen Gewerbegebietsstandorte müssen jedoch differenziert bewertet werden. Das interkommunale Gewerbegebiet Unna/Kamen muss unbedingt durch weitere Grunderwerbsinvestitionen gefestigt werden. Parallel dazu gilt es, den Bebauungsplan so weit voranzutreiben, dass Baurecht besteht. Das Gewerbegebiet an der A 1 in Werne ist durch die Verlagerung der staatlichen Regionalplanung von Arnsberg nach Essen in weitere Ferne gerückt. Stattdessen fokussierte sich der Blick zunächst einmal auf die Erweiterung des Gewerbebestandes Wahrbrink-West, um für weitere Ansiedlungen vorbereitet zu sein. Positiv ist sicher anzumerken,

dass die regionale Planungsbehörde das Planungsvorhaben relativ unkompliziert handhaben will und damit die Handlungsfähigkeit, Gewerbeflächen in Werne anbieten zu können, bald wieder hergestellt sein wird.

Das Gewerbegebiet an der HansasträÙe hat im Jahr 2010 durch das neu geschaffene Planungsrecht und den getätigten Grunderwerb deutlich an Fahrt aufgenommen. Das Schürenfeld in Fröndenberg wurde in Abstimmung mit der Stadt Fröndenberg in der Prioritätsreihenfolge nach hinten verschoben und ruht derzeit.

Insgesamt wurden 17 (Vorjahr 24) Grundstücksverträge mit einem Gesamtvolumen von 167.254 m² (Vorjahr: 759.056 m²) geschlossen. Davon entfielen zwei (12.787 m²) Verträge auf Grundstückskäufe (Vorjahr: neun = 550.858 m²). Vier Verträge wurden im Rahmen der Bereinigung des Flächenportfolios beurkundet und umfassten 49.742 m² (Vorjahr: null = 0 m²), während keine (Vorjahr: zwei) Verträge im Rahmen von Tauschgeschäften beurkundet wurden. Elf Verträge (104.725 m²) behandelten Grundstücksverkäufe (Vorjahr: 13 = 193.819 m²). Im Jahr 2010 wurden keine Ausgleichs- und Ersatzflächen erworben bzw. veräußert (Vorjahr: 14.379 m²). Angesichts der Tatsache, dass sich die Grundstücke z. T. im kommunalen Eigentum befanden, sind diese Werte nicht aus der WFG-Bilanz ableitbar.

Die Anzahl der Ansiedlungskontakte betrug mit 67 deutlich weniger als noch im Jahr (82). Es wurden insgesamt ca. 137 Arbeitsplätze vor Ort gesichert und ca. 91 Arbeitsplätze geschaffen. Der Internetversandhändler Amazon schuf allein in den letzten fünf Monaten 770 neue Arbeitsplätze.

Unternehmensbetreuung

Neben der Ansiedlungspolitik und der damit verbundenen Gewerbeflächenbevorratung besteht ein wichtiges Handlungsfeld in der Bestandspflege bzw. Bestandsentwicklung. Dazu gehört ebenso branchenorientierte Bestandspflege durch die Ausgestaltung der Kompetenzfelder Logistik, Energie, Maschinenbau/Fabrikautomation, Lebenswissenschaften mit den Segmenten Gesundheitswesen, Medizintechnik, Bio-Security und Biotechnologien sowie das Wirtschaftsförderungszentrum für Entsorgungs- und Verwertungstechnik in Lünen als auch lokal ausgerichtete Bestandspflege. Hierbei sind die Projekte in Bönen, Fröndenberg, Holzwickede, Unna und Selm hervorzuheben.

Insgesamt konnten 2010 in diesem Bereich 397 Unternehmenskontakte bearbeitet werden (Vorjahr: 453).

Ein weiterer fester Bestandteil der WFG-Aktivitäten ist die Förderung von Existenzgründungen. Nach dem Aufbau des STARTERCENTERS in den Jahren 2008/2009 war das Hauptinteresse am Geschäftsjahr 2010, die Beratungsqualität weiter zu steigern. Schließlich entsteht aus jeder Gründung nach den Erfahrungen der letzten Jahre ein statistischer Beschäftigungseffekt von rund 1,8 neu geschaffenen Arbeitsplätzen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 578 Beratungsgespräche im STARTERCENTER der WFG durchgeführt (Vorjahr: 624).

Arbeitsmarkt und Qualifizierung

Schließlich verfügt die WFG im Bereich der Arbeitsmarktpolitik über wichtige Instrumente, um das Qualifikations- und Bildungsniveau der Menschen im Kreis Unna positiv zu beeinflussen. Die Stiftung Weiterbildung, die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet und die Koordinierungsstelle Frau und Beruf mit ihren Projekten wirken sich nicht nur kurzfristig auf die Qualifikationen aus, sondern sie beeinflussen auch langfristig die Rahmenbedingungen auf dem Arbeitsmarkt positiv.

Aktuelle Projekte fördern einen bruchlosen Übergang von der Schule in den Beruf und eine verbesserte Berufsorientierung, mit der vor allem der Nachwuchs für technikorientierte Branchen gesichert werden soll. Hier spielten die Qualifizierung der Studien- und Berufswahlkoordinator/innen in Schulen, das Qualitätssiegel „Schule $\pm$ Beruf“ oder die Messe „Perspektive Technik“ eine wichtige Rolle. Weitere Schwerpunkte im Jahr 2010 waren die Verbesserung der Informationsbasis für Frauen und Unternehmen im Zusammenhang mit Eltern- und Pflegezeiten, die Weiterbildungsberatung sowie die Entwicklung von Projekten und Koordinierung von Aktivitäten zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und zur Integration benachteiligter Zielgruppen in den Arbeitsmarkt.

Ende des Jahres 2010 waren bei der WFG inkl. Stiftung Weiterbildung 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (Vorjahr: 31). Davon war je ein Mitarbeiter im Rahmen von Vereinbarungen zur Personalabordnung vom Kreis Unna, von den Wirtschaftsbetrieben der Kreisstadt Unna sowie von der Gemeinde Holzwickede bei der WFG tätig. Alle anderen waren direkt angestellt. Einen Mitarbeiter der Regionalagentur hatte die WFG an die Wirtschaftsförderung Dortmund weitergeleitet.

In der Personalentwicklung setzt die WFG weiterhin auf eine gute Mischung zwischen jungen und erfahrenen Personen. Der Altersdurchschnitt betrug Ende 2010 42 Jahre. Im Geschäftsjahr 2010 wurde keine neue Ausbildungsstelle besetzt.

Ertragslage

Die WFG erzielte im Geschäftsjahr 2010 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von - 706 T€ (Vorjahr: - 644 T€).

Die wesentlichen Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG 2010 gründet, bestehen aus den Umsatzerlösen = 950 T€ (Vorjahr 263 T€), den sonstigen betrieblichen Erträgen = 599 T€ (Vorjahr: 759 T€), wie z. B. den Zuschüssen, den Bestandsveränderungen = 271 T€ (Vorjahr: 5.502 T€) und den Zinserträgen = 163 T€ (Vorjahr: 218 T€).

Im Geschäftsjahr 2010 konnte die WFG Einkünfte (ohne Bestandsveränderungen) in Höhe von 1.712 T€ erzielen (Vorjahr: 1.240 T€). Der Umsatz vom Vorjahr wurde im Geschäftsjahr insbesondere durch einen Grundstücksverkauf um mehr als das Dreifache erhöht.

Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von 839 T€ (Vorjahr: 5.487 T€) stellen die Investitionen in Grundstücke und Erschließungsanlagen in die langfristigen WFG-eigenen Projekte dar. Die Bestandsveränderungen weisen 271 T€ (Vorjahr: 5.502 T€) auf und haben in diesem Geschäftsjahr durch die getätigten Verkäufe einen wesentlichen Beitrag zu den Erträgen geleistet. Daher ist der Saldo

zwischen den Bestandsveränderungen und dem Materialaufwand, verglichen mit dem Vorjahr, mit -568 T€ relativ hoch.

Das mit dem Wirtschaftsplan 2010 gesetzte Ziel, mit einem Jahresverlust von 685 € abzuschließen, wurde aufgrund der beschriebenen Rahmenbedingungen und trotz der Bemühungen der Geschäftsführung um niedrige Kosten und hohe Erlöse nicht ganz erreicht.

Aufgrund der gesellschaftsrechtlichen Konstruktion wird der Verlustausgleich vom Gesellschafter Kreis Unna geleistet. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, dass die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteil werden, über die Kreisumlage allen Kommunen entsprechend Ihrem Umlageanteil angelastet werden. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft Wirtschaftsregion Kreis Unna zu stärken.

Im Hinblick auf die Ziele der WFG muss festgestellt werden, dass sicher Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten insbesondere an der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG.

Wirtschaftsförderung ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna.

Finanzlage

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital und besteht aus dem gezeichneten Kapital, der Gewinnrücklage und der Kapitalrücklage. Die Gewinnrücklage in Höhe von 2.200 T€ wurde durch die BilMoG-bedingte Auflösung der Aufwandsrückstellung gebildet. Damit erhöhte sich das Eigenkapital um genau diesen Betrag auf 12.448 T€ (Vorjahr: 10.248 T€). Es steht für Investitionen in die Treuhand- und WFG-Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten. Ein Betrag von 403 T€ ist durch die Finanzbeteiligungen gebunden.

Der Finanzierungsbedarf für Gewerbepark-Projekte bei der WFG ist nach wie vor erheblich. Schließlich müssen seit mehreren Jahren schon 15 Projekte in unterschiedlichen Phasen parallel bewirtschaftet werden. Während bei den Treuhandprojekten jeweils kommunale Bürgschaften für Fremddarlehen durch die Belegenheitskommunen gewährt werden, muss die Finanzierung für die WFG-eigenen Projekte bislang durch das Eigenkapital gestemmt werden. Dies hat zur Folge, dass hier der Weiterverkauf möglichst schnell erfolgen muss, um eine langfristige Kapitalbildung zu verhindern.

Die Eigenkapitalquote ist durch die eingestellte Gewinnrücklage auf 22,2 % (Vorjahr: 17,2 %) gestiegen, die Fremdkapitalquote auf 77,8 % (Vorjahr 82,8 %) gesunken. Faktisch ist jedoch die zur Verfügung stehende Finanzmasse konstant geblieben, da die Erhöhung des Eigenkapitals lediglich durch den Passivtausch zustande gekommen ist.

Im Geschäftsjahr wurde ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von + 2.333 T€ (Vorjahr: - 7.183 T€) erwirtschaftet. Des Weiteren betrug der Cashflow aus Investitionstätigkeiten - 45 T€ (Vorjahr: - 34 T€) und aus Finanzierungstätigkeiten - 639 T€ (Vorjahr: + 7.253 T€).

Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Positionen „Grundstücke im Umlaufvermögen“ sowie „Forderungen aus Ansiedlungskosten“ bestimmt. Hier finden in der Regel die großen Bewegungen statt.

Der Bestand an WFG-Grundstücken umfasste im Geschäftsjahr 5.469 T€ (Vorjahr: 5.484 T€) und die darauf aktivierten Erschließungskosten 886 T€ (Vorjahr: 600 T€). Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG wurden mit 17.583 T€ (Vorjahr: 19.865 T€) bewertet und die Forderungen aus Ansiedlungen mit 27.029 T€ (Vorjahr: 29.633 T€). Diese Positionen sind maßgeblich für die Höhe der Bilanzsumme der WFG verantwortlich. Seit 2008 lässt sich nunmehr ein Trend erkennen, wonach sich die Struktur des Umlaufvermögens sukzessive von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten verschiebt. Damit wird der Zeitpunkt näher kommen, dass die WFG für diese Projekte auch auf Fremddarlehen zurückgreifen muss und die Projekte auch faktische Zinsaufwendungen mit verdienen müssen.

Der Kassenbestand belief sich auf 3.889 T€ (Vorjahr: 2.240 T€). Unter dem Strich hat sich die Bilanzsumme um 3.240 T€ im Vergleich zum Vorjahr vermindert und beträgt nun 56.212 T€.

Fazit zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Zusammenfassend lässt sich daher die Geschäftssituation der WFG im Vergleich zum Wirtschaftsplan als nahezu planmäßig umschreiben. Der hohe Jahresfehlbetrag ist als nicht zufriedenstellend zu bewerten. Diesem stehen jedoch insgesamt erfolgreiche Wirtschaftsförderungsaktivitäten gegenüber, die jeden Euro rechtfertigen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Chancen- und Risikobericht

Durch die gesellschaftsrechtliche Regelung des Verlustausgleichs durch den Kreis Unna ist sichergestellt, dass die Gesellschaft den beschriebenen Aufgabenbereich langfristig wahrnehmen kann. Darüber hinaus verfügt die Gesellschaft über ein Liquiditäts-, Finanzierungs- und Finanzplanungssystem, das gewährleistet, dass mit den zur Verfügung stehenden Mitteln optimal und sparsam gewirtschaftet wird. Notwendige Anpassungs- und Verbesserungsvorschläge werden laufend in das System integriert.

Das 2009 eingeführte Risikomanagementsystem wurde 2010 auf der Basis des geprüften Standardprogramms der DATEV weiter überarbeitet und verfeinert. Den mehr als 60 Einzelrisiken in 7 Risikokategorien (wie z. B. finanzwirtschaftliche Risiken oder Marktrisiken) wurden geeignete Gegenmaßnahmen und Überwachungsinstrumente

gegenübergestellt. Sie wurden regelmäßig überprüft und bewertet, um die Eintrittswahrscheinlichkeit möglichst gering zu halten. Risiken, die sich im Rahmen der Analyse als besonders bedeutsam herausgestellt hatten, stehen vor allem im engen Zusammenhang mit dem neuen Geschäftsmodell der WFG-Projekte. Hierbei wird die Geschäftsführung in Zukunft auf Zinsänderungsrisiken, die Liquiditätsreserven, die Risiken aus der Grundstücksbevorratung und die Preisabhängigkeit bei Grundstücken zu achten haben. Damit ist die WFG im Bereich der Risikoanalyse bestens aufgestellt und sorgt somit dafür, dass unliebsame Überraschungen weitestgehend vermieden werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde seitens der Kreisverwaltung Unna ein externer Berater mit der Haushaltskonsolidierung beauftragt. Im Rahmen der daraus resultierenden Konsolidierungsstrategie legte dieser für die WFG strategische Ziele fest, wonach sich die WFG zukünftig (nahezu) selbst tragen und einen dauerhaften Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 500 T€ erwirtschaften soll. Dieser Effekt müsse im Wesentlichen durch Gewinne im Rahmen der WFG-Grundstücksgeschäfte erzielt werden. Zudem soll die WFG im Bereich der Unternehmensbetreuung die erbrachten Dienstleistungen durch „verstärkte Fakturierung“ der tatsächlichen Kosten“ (zuzüglich 19 % Mehrwertsteuer) bei den Kommunen refinanzieren.

Die Geschäftsführung sieht für den Fall, dass diese Strategie beschlossen werden sollte, ein nicht kalkulierbares Risiko für den Fortbestand der WFG. Denn die Rücknahme der Verlustübernahmeerklärung des Kreises im Gesellschaftsvertrag zu Lasten eines risikobehafteten Geschäftsmodells und der Direktleistungen der Kommunen würden zur Auflösung des Solidarprinzips bei der WFG führen. Das Ausscheiden einzelner Gesellschafter/Kommunen wäre vermutlich nicht mehr auszuschließen. Die Geschäftsführung der WFG wird alle politischen Parteien im Kreistag über die drohenden Konsequenzen informieren und rechnet fest mit der Ablehnung des Gutachtervorschlages im Kreistag.

Andernfalls resultierten daraus wirtschaftliche oder rechtliche Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

Prognosebericht

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt, sofern die im Risikobericht dargestellte Selbstfinanzierung nicht beschlossen wird. Die Gewerbeflächenpotenziale müssen durch entsprechende Grunderwerbsverhandlungen marktfähig gemacht werden. Die wirtschaftlichen Rahmendaten lassen darauf schließen, dass neben den so genannten „harten“ Wirtschaftsförderungsmaßnahmen Aktivitäten wie Existenzgründungsförderung, Bildung, Qualifizierung und Bestandsentwicklung in Zukunft von zunehmender Bedeutung sein werden. Hierzu wird die WFG ihre Aktivitäten weiter ausbauen. Dazu gehören vor allem auch weitere Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Umsatzsteigerungen sind jedoch nicht zu erwarten.

Der Kreis Unna hat durch die Aufstockung der Kapitalrücklage die Handlungsfähigkeit der WFG erheblich verbessert. Damit ist die Liquidität der WFG, bestehend aus dem Stammkapital, der Gewinn- und der Kapitalrücklage, gestärkt worden, auch wenn eine hohe Kapitalbildung durch die WFG-Projekte zu verzeichnen ist. Die Verbesserung der

Kapitalstruktur diene zu einem Teil der Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit und bietet zu einem weiteren Teil die Möglichkeit, die Kapazitäten in Form von Projekten auszuweiten.

Für das Wirtschaftsjahr 2011 wird laut Wirtschaftsplan, welcher vom Aufsichtsrat genehmigt worden ist, ein Jahresfehlbetrag von 657 T€ erwartet.

Bilanz zum 31. Dezember 2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2010	2009	2008
A) Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital	0	0	0
B) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11	21	15
II. Sachanlagen	35	32	39
III. Finanzanlagen	403	375	360
C) Umlaufvermögen			
I. Grundstücke	24.107	26.130	20.017
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.766	30.654	27.658
III. Wertpapiere/Vorräte	0	0	0
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.890	2.240	2.204
D) Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
Bilanzsumme	56.212	59.452	50.691

Passivseite	2010	2009	2008
A) Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	12.448	10.248	3.033
B) Ausgleichsposten zu Grundstücken, Beteiligungen und Forderungen	17.944	20.225	17.673
C) Rückstellungen	329	2.312	2.564
D) Verbindlichkeiten	25.478	26.667	21.705
E) Rechnungsabgrenzungsposten	13	0	0
Bilanzsumme	56.212	59.452	50.691

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

	2010	2009	2008
1. Sonstige betriebliche Erträge	1.820	6.524	1.119
2. Personalaufwand	- 1.213	- 1.313	- 817
3. Materialaufwand	- 839	- 5.487	- 329
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 23	- 21	- 11
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 610	- 552	- 877
6. Zinserträge	163	218	472
7. Zinsen u. ä. Aufwendungen	- 3	- 13	- 41
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 705	- 644	- 485
9. Erträge aus Verlustübernahmen	705	644	485
10. Jahresfehlbetrag	0	0	0
11. Gewinn aus dem Vorjahr	0	0	0
12. Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen	2010	2009	2008
Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	22	17	17

4.5 TECHNOPARK KAMEN GmbH

TECHNOPARK KAMEN GmbH

Lünener Str. 211
59174 Kamen
Telefon: 02307/91206-0
Telefax : 02307/91206-66
Internet: www.technopark-kamen.de

Die Gesellschaft wurde am 04.03.1994 gegründet und am 01.12.1994 im Handelsregister beim Amtsgericht Kamen, Abt. B, Nr. 0758, eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 24.04.1995.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Gründer- und Technologiezentrums sowie die Errichtung und Betreuung der angeschlossenen Technologieparks.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gemäß § 107 Abs. 2 Nr. 3 der Gemeindeordnung NRW – Wirtschaftsförderung – zulässig.

Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 105.000,00 €. Auf dieses Stammkapital haben die Gesellschafter folgende Stammeinlagen geleistet:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Stadt Kamen	53.550,00	51 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	25.200,00	24 %
Städt. Sparkasse Kamen	8.400,00	8 %
Gemeinschaftsstadtwerke GSW	8.400,00	8 %
Stadt Bergkamen	6.300,00	6 %
Gemeinde Bönen	3.150,00 €	3 %

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dipl.-Betriebswirt Hubertus Ebbers

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Hermann Hupe Bürgermeister Stadt Kamen

1. stellv. Vorsitzender

Manfred Turk Fachdezernent Innere Verwaltung, **Stadt Bergkamen**

2. stellv. Vorsitzender

Dr. Michael Dannebom Geschäftsführer WFG, Unna

Gesellschafterversammlung

Für die Stadt Bergkamen ist in die Gesellschafterversammlung entsandt:

Radtke, Uwe, Stadtverordneter
(Vertreter: Volker Weirich, Stadtverordneter)

Lagebericht

Die TECHNO PARK KAMEN GmbH ist seit 1994 als Betreibergesellschaft des Technologiezentrums und des Gründerzentrums im Technologiepark Kamen ein wesentliches Instrument der Struktur- und Technologieförderung. Insbesondere durch die Akquisition und Förderung von innovativen Existenzgründern und technologieorientierten Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) gehen positive wirtschaftsstrukturelle und arbeitsmarktrelevante Impulse am Wirtschaftsstandort Kamen, Bergkamen und Bönen aus. Nach erfolgreicher Auditierung durch den ADT-Bundesverband Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren e. V. im April 2007 wurde der TECHNO PARK KAMEN GmbH das Prädikat „Anerkanntes Innovationszentrum“ verliehen.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme ist um 23 T€ auf 2.676 T€ gesunken. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt lediglich 4 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens wegen Investitionszuschüssen haben die Eigenmittel einen Anteil von 66 % an der Bilanzsumme. Das langfristig gebundene Vermögen ist am Bilanzstichtag in voller Höhe durch zeitgleiche Mittel finanziert.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2010 durch die Abschlagszahlungen der Stadt Kamen auf die Verlustübernahme gesichert.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2010 wurden Betriebserträge in Höhe von 726 T€ erzielt, die um 78 T€ unter dem Vorjahreswert liegen. Die Gesamtaufwendungen sind mit 977 T€ auf Vorjahresniveau geblieben.

Insgesamt wurden 580 T€ Umsatzerlöse erzielt; diese liegen um 23 T€ unter dem Vorjahresbetrag. Von den Umsatzerlösen entfallen 530 T€ auf die Vermietung von Büroräumen und Werkstätten einschließlich Service- und Betriebskostenumlagen, 25 T€ auf die Vermietung von Seminarräumen, medientechnischer Ausstattung u. a., 14 T€ auf Bewirtschaftungsleistungen, 6 T€ auf Grundstücksvermarktung und Projektentwicklung sowie 5 T€ auf erbrachte Dienstleistungen für den Verein Wissenschaft vor Ort e. V.

Die sonstigen betrieblichen Erträge (146 T€) resultieren im Wesentlichen aus der Auflösung des Sonderpostens wegen Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen (126 T€), aus Kostenerstattungen (8 T€), Auflösung von Rückstellungen (7 T€), Erträgen aus abgeschriebenen Forderungen (2 T€) sowie Versicherungsentschädigungen (3 T€).

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme hat sich gegenüber dem Vorjahr um 74 T€ auf - 251 T€ erhöht. Nach Einzahlungen der Stadt Kamen zur Verlustabdeckung (251 T€) wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

Geschäftsverlauf

Die deutliche Konjunkturabschwächung im Zuge der Finanzkrise im Jahr 2009 wirkte sich mit einem Time-Lag von einem Jahr auf das Kerngeschäft - Vermietung von Büro- und Werkstattflächen an Existenzgründer und junge Unternehmen - erst Jahr 2010 erfolgsmindernd aus. Bei einer Gesamtjahresbetrachtung der Entwicklung des Technologie- und des Gründerzentrums für das Jahr 2010 sind in der Summe zum Stichtag 31.12.2010 56 Unternehmen inkl. assoziierter Mieter mit 367 Arbeitsplätzen, davon 84 Teilzeit-Arbeitsplätze, angesiedelt. Die Quote der Existenzgründer beträgt hierbei ca. 64 %. Im Berichtszeitraum konnten 12 Unternehmen neu angesiedelt werden; dem standen 12 Auszüge gegenüber.

Zum Bilanzstichtag betrug die Vermarktungsquote des Technologiezentrums 95 %, die des Gründerzentrums 73 %.

Die Ansiedlung neuer Unternehmen bestätigt das diversifizierte Spektrum technologieorientierter Entwickler und Dienstleister im Technologie- und Gründerzentrum. Schwerpunktmäßig lassen sich die Unternehmen im Technologiezentrum in die Branchensegmente Software und I+K-Technologien, Maschinenbau / Logistik / Anlagentechnik, E-Technik / Messtechnik und Sensorik, Umwelttechnik sowie andere produktions- und technologieorientierte Dienstleister differenzieren.

Für den Seminarbetrieb im Technologie- und Gründerzentrum wurden Fachveranstaltungen von und für KMUs an 1.025 gebuchten Seminartagen akquiriert. Anlässlich dieser Veranstaltungen wurden 6.143 Teilnehmer im Technologie- und im Gründerzentrum registriert. Die Auslastung der Seminarräumlichkeiten konnte damit auf hohem Niveau ausgebaut werden.

Risikobericht

Auch im 18. Jahr des Bestehens der TECHNOPARK KAMEN GmbH existiert im Hauptgeschäftsfeld „Vermietung“ grundsätzlich die Gefahr eines Umsatzrückganges, da die Hauptzielgruppe der (technologieorientierten) Existenzgründer hinsichtlich des realisierbaren Erfolgs ihrer Geschäftsentwicklung schwer einzuschätzen ist. Mit insgesamt 4 vorliegenden Kündigungen, die im laufenden Jahr 2011 wirksam werden, sowie 15 auslaufenden Mietverträgen in 2011, können kurzfristig auch größere Leerstände nicht ausgeschlossen werden.

Zudem ist die Nachfrage potenzieller geeigneter Existenzgründer zurzeit äußerst verhalten.

Das Risikomanagementsystem der TECHNOPARK KAMEN GmbH wurde auch im Jahr 2010 den Anforderungen entsprechend überprüft. Der Einsatz dieses Systems bietet qualifizierte Hilfestellung, insbesondere bei der Formulierung kurz- und mittelfristiger Problemlösungen. Weiterhin unterstützt dieses System eine langfristig auf Risikominimierung hin ausgerichtete Sicht- und Entscheidungsweise.

Eine Überprüfung der gegenwärtigen Lage der Gesellschaft hat ergeben, dass keine den Fortbestand gefährdenden Risiken vorliegen.

Ausblick

Die Geschäftsführung geht aufgrund der anhaltend positiven Konjunktur davon aus, dass der hohe Vermarktungsstand des Technologiezentrums zum Ende des IV. Quartals 2010 auch im Jahr 2011 fortgeführt werden kann. Aufgrund der vorliegenden Kündigungen und auslaufender, nicht verlängerbarer Mietverträge für das Gründerzentrum wird das Hauptaugenmerk der Aktivitäten auch im Jahr 2011 auf die Akquisition, Beratung und Ansiedlung betrieblicher Existenzgründer für das Gründerzentrum gelegt. Durch den Auszug „großer Mieter“ ging der Vermarktungsstand im I. Quartal 2011 gegenüber dem Bilanzstichtag von 73 % auf 51 % zurück. Es wird daher im Jahr 2011 mit einer Vermarktung des Gründerzentrums von ca. 60 % kalkuliert. Neben der Vermarktung des Flächenangebots im Technologie- und Gründerzentrum wird die Vermarktung der bebaubaren Gewerbeflächen im Technologiepark Kamen forciert.

Die TECHNOPARK KAMEN GmbH wird in enger Kooperation mit dem im Technologiezentrum ansässigen Verein „Der Innovationsstandort e. V.“ (vorher WvO e. V.) weiterhin für kleine und mittlere Unternehmen in der Region Kamen/Bergkamen/Bönen Beratungsdienstleistungen zum Wissens- und Technologietransfer anbieten.

Zusätzlich wird die TECHNOPARK KAMEN GmbH zusammen mit den anderen regional ansässigen Technologiezentren („TECH5plus“) auch im Jahr 2011 das Angebot „Pre-Incubator-Center“ im Gründerzentrum Kamen für Ausgründungen aus Hochschulen einsetzen.

Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2011 einen Verlust, der von der Stadt Kamen auszugleichen ist.

Berichtspflichtige Vorgänge nach Abschluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Personalbestand

Im Jahresdurchschnitt waren 4 Mitarbeiter beschäftigt (davon 1 Teilzeitbeschäftigte).

Bilanz zum 31. Dezember 2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2010	2009	2008
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände, Konzessionen u. ä. Rechte	0	3	3
II. Sachanlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	2.351	2.535	2.713
III. Beteiligungen	0	0	0
B) Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	8	44	39
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	300	303	279
C) Rechnungsabgrenzungsposten	17	18	6
Summe Aktivseite	2.676	2.899	3.037

Passivseite	2010	2009	2008
A) Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	105	105	105
B) Sonderposten wegen Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	1.663	1.789	1.918
C) Sonderposten mit Rücklageanteil	0	0	0
D) Rückstellungen	668	203	209
E) Verbindlichkeiten	238	799	802
F) Rechnungsabgrenzungsposten	2	4	3
Summe Passivseite	2.676	2.899	3.037

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

	2010	2009	2008
1. Umsatzerlöse	580	602	550
2. Sonstige betriebliche Erträge	146	201	192
3. Materialaufwand	- 266	- 274	- 287
4. Personalaufwand	- 291	- 305	- 294
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	- 186	- 186	- 191
6. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	- 199	- 175	- 204
8. Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	5	11	13
9. Zinsen u. ä. Aufwendungen	- 32	- 42	- 46
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 243	- 169	- 266
11. Sonstige Steuern	- 8	- 8	- 8
12. Erträge aus Verlustübernahme	251	177	274
13. Jahresergebnis	0	0	0

Kennzahlen	2010	2009	2008
1. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	87,86	87,55	89,43
2. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	4,4	4,1	3,8
3. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	3,9	3,6	3,4

4.6 Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Westenhellweg 86 - 88
44137 Dortmund
Telefon: 0231/9059-1170
Telefax: 0231/9059-8140
E-Mail: marco.morocutti@mdhl.de

Betriebsstätte:

Antenne Unna
Radio und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Mozartstr. 1
59425 Unna

Die Gesellschaft ist mit Gesellschaftsvertrag vom 17.01.1991 unter der Firma Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG gegründet und am 15.01.1991 im Handelsregister beim Amtsgericht Dortmund, Abteilung A, Nr. 12756, eingetragen worden.

Die Gesellschaft hat die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft in der Sonderform der GmbH & Co. KG. Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 17.01.1991.

Die rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft haben sich seit dem 01.01.2007 wie folgt geändert:

Die Gesellschafterversammlung hat am 23.04.2007 einstimmig die Änderung der Firma von „Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG“ in „Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG“ beschlossen; die Änderung der Firma wurde am 23.10.2007 ins Handelsregister eingetragen.

Die Gesellschafterversammlung der Komplementärin hat am 28.06.2007 einstimmig die Änderung der Firma von „Radio U Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH“ in „Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH“ beschlossen; die Änderung der Firma der Komplementärin wurde am 19.09.2007 ins Handelsregister eingetragen.

Gesellschaftszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen,
- der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem

Umfang zur Verfügung zu stellen,

- für die Veranstaltergemeinschaft den in § 74 des Landesmediengesetzes genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen,
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.

Durch die Förderung des Betriebs lokalen Rundfunks erfüllt das Unternehmen den öffentlichen Zweck.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gemäß § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW - Kulturförderung - zulässig.

Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 250.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
A) Kommanditisten		
Ruhr-Nachrichten Verlag & Co. KG	85.500,00	32,20
Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co. KG	48.600,00	19,44
Graphische Betriebe F. W. Rubens GmbH & Co. KG	44.825,00	17,93
Westfälischer Anzeiger Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG	13.575,00	5,43
Kreis Unna	12.362,63	4,95
Gemeinde Holzwickede	3.434,06	1,37
Gemeinde Bönen	3.434,06	1,37
Stadt Schwerte	6.181,33	2,47
Stadt Bergkamen	6.181,33	2,47
Stadt Lünen	8.928,57	3,58
Stadt Kamen	6.181,33	2,47
Stadt Fröndenberg	3.434,06	1,37
Verkehrsbetriebe Unna GmbH	12.362,63	4,95
B) Komplementärin		
Radio U Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	ohne Einlage	

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Die Geschäfte der Gesellschaft werden durch die Komplementärin, die Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH, wahrgenommen.

Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Komplementärin ist Marco Morocutti.

Gesellschafterversammlung

Für die Stadt Bergkamen ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Wilfried Overhage, Kämmererleiter
(Vertreter: Volker Marquardt, stellv. Kämmererleiter)

Personalbestand

1 angestellter Verkäufer
2 freie Handelsvertreter

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushaltsplan der Stadt Bergkamen

Gemäß § 6 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter entsprechend ihrer Beteiligungsquote der Betriebsgesellschaft Darlehen zur Verfügung gestellt. Die Gesellschafterversammlung hat den Gesellschaftern grundsätzlich die Möglichkeit eröffnet, ihre Darlehensanteile mit Verlusten der Antenne Unna Betriebsgesellschaft verrechnen zu können. Die einzelnen privaten Kommanditisten haben davon Gebrauch gemacht. Ihre Darlehenskonten wurden aufgelöst, und in Höhe der aufgelösten Darlehenskonten wurden Kapitalrücklagen gebildet. Die zum Zeitpunkt der Bildung der Kapitalrücklagen auf den Verlustvortragskonten der privaten Gesellschafter gebuchten Beträge und alle Verluste, die nach dem Zeitpunkt der Bildung der Kapitalrücklagen auf diese Gesellschafter entfallen, werden mit den Kapitalrücklagen verrechnet. Zukünftige Gewinnanteile werden den Kapitalrücklagen zugeführt.

Bei den übrigen Gesellschaftern wird der Anteil am jeweiligen Jahresabschluss wie bisher auf den Verlustvortragskonten verbucht.

Durch Beschluss der Beteiligten in 1998 ist der Gesellschaftsvertrag somit dahingehend verändert worden, dass dem jeweiligen Gesellschafter eine Umwandlung seines Darlehensanteils in eine Kapitalrücklage ermöglicht wird. Diesen Weg haben die privaten Verlagsgesellschaften ab dem Jahr 1998 gewählt, um steuerrechtliche Vorteile ausschöpfen zu können.

Der Darlehensstand der **Stadt Bergkamen** zum 31.12.2010 beträgt **7.939,80 €**.

Gemäß § 9 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages wurden die Darlehen bis einschließlich 1997 mit 5 % p. a. verzinst. Entsprechend der Neuregelung des Umgangs mit den Gesellschafterdarlehen ist die Verzinsung ab 1998 dahingehend angepasst worden, dass zukünftig nur die Differenz zwischen Darlehens- und Verlustvortragskonto verzinst wird. Im Jahr 2010 haben sich für die **Stadt Bergkamen** Zinsen in Höhe von **496,68 €** ergeben.

Die Privatkonten der Gesellschafter wurden im Haben mit 5 % p. a. verzinst. Der Privatkontenstand der **Stadt Bergkamen** zum 31.12.2010 beträgt **8.604,46 €**.

Im Jahr 2009 sind Zinsen in Höhe von **31,68 €** angefallen.

Gemäß § 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages werden Verluste auf einem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto gebucht und dort mit Gewinnen der folgenden Jahre verrechnet, soweit sie nicht nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages auf anderen Konten gebucht werden müssen.

Die Verlustvortragskonten der Kommanditisten sind zum 31.12.2010 durch Zuführungen von Gewinnen vollständig ausgeglichen worden.

Die von den Guthaben gezahlte Zinsabschlagsteuer wird entsprechend ihrer Beteiligungsquote auf die Gesellschafter verteilt. Als inländische juristische Person des öffentlichen Rechts ist die Stadt Bergkamen gemäß § 44 a Abs. 4 EStG vom Steuerabzug befreit. Die Zinsabschlagsteuer sowie der Solidaritätszuschlag der **Stadt Bergkamen** für 2010 belaufen sich auf **233,44 €**.

Der Jahresabschluss der Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG ist von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Treuhand mbH, Dortmund, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Gesellschafterversammlung wird am 17.11.2011 den Jahresabschluss zum 31.12.2010 feststellen und der Geschäftsführung Entlastung erteilen.

Die Gesellschaft wird für das Geschäftsjahr 2010 einen Jahresüberschuss in Höhe von 339.379,03 € ausweisen. Da die Gesellschaft derzeit über ausreichende liquide Mittel verfügt und die aktuelle Geschäftsentwicklung dies ebenfalls zulässt, wurde von der Gesellschafterversammlung beschlossen, den Jahresüberschuss in Höhe von 339.379,03 € aus den Kapitalrücklagen bzw. den Rangrücktrittsdarlehen entsprechend den Beteiligungsquoten an die Kommanditisten auszuschütten.

Die Gewinnausschüttung für die **Stadt Bergkamen** beträgt **8.391,15 €**.

Lagebericht

Entwicklung der Branche

Laut Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft konnten die 13 vom ZAW statistisch erfassten Medien im Jahr 2010 Nettowerbeeinnahmen (ohne Rabatte und Mittlergebühren) in Höhe von 18,75 Mrd. € erzielen, ein Plus von 2,1 % (Investitionen in Werbung gesamt 2010: 29,53 Mrd. €, Vorjahr: 28,84 Mrd. €). Im volkswirtschaftlichen Krisenjahr 2009 waren die Netto-Werbebeeinnahmen der Medien noch um drastische 9,8 % auf 18,37 Mrd. € gefallen, ein Verlust von fast 2 Mrd. €, von dem fast alle Werbeträger betroffen waren. Der ökonomische Wiederaufbau in 2010 bilanziert sich nun in einem Netto-Plus im Werbegeschäft von 0,38 Mrd. €.

Nach der aktuellen Erhebung der Nielsen Media Research GmbH verteilten sich die gesamten Bruttowerbeaufwendungen in den Above-the-line-Medien im Jahr 2010 wie folgt auf die einzelnen Mediengattungen: Die Fernsehwerbung verbuchte 10,9 Mrd. €. Dies entspricht einem Wachstum von 16,2 % gegenüber dem Vorjahr. Das Werbevolumen der Tageszeitungen steigerte sich in diesem Zeitraum um 1,1 % auf 5,4 Mrd. €, wobei Rubrikanzeigen in der Nielsen-Statistik nicht mit einbezogen werden. Publikumszeitschriften verzeichneten bei einem Werbeumsatz von 36 Mrd. € ein Plus von 4,3 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Werbeeinnahmen mit Plakaten steigerten sich um 6,4 % auf 970 Mio. €. Fachzeitschriften verzeichneten ein leichtes Plus von 1,3 % auf knapp 400 Mio. €. Das Medium Kino verbuchte ein Wachstum seiner Bruttowerbeerlöse in Höhe von 12,2 % auf 81 Mio. €. In 2010 erzielte das Medium Online Werbeeinnahmen in Höhe von 2,4 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies ein Wachstum von 34,8 %.

Das Medium Radio erwirtschaftete Werbeerlöse in Höhe von 1,4 Mrd. €, was ein Plus von 5,2 % im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Der ausgewiesene Anstieg der Bruttowerbesätze im Hörfunkmarkt lag vorrangig im öffentlich-rechtlichen Hörfunk, der im Vergleich zum Vorjahr um 9,3 % zugelegt hat. Die privaten Hörfunksender hingegen weisen ein Plus von 3,6 % aus.

Die Bruttowerbesätze von radio NRW sind im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 % zurückgegangen. In Nielsen II ist der Marktanteil von 40,8 % auf 39,5 % gesunken. Das verteilbare Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 ist bei dem für die Gesellschaft relevanten Rahmenprogrammanbieter radio NRW im Vergleich zum Vorjahr von 25,2 Mio. € auf 26,6 Mio. € gestiegen. Die von radio NRW daraus an die Lokalstationen auszuzahlende Gesamtvergütungssumme (85 % des Jahresüberschusses) stieg entsprechend leicht von 21,4 Mio. € auf 22,6 Mio. €. Dies entspricht einem Anstieg von 5,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die im Berichtszeitraum von der Betriebsgesellschaft erzielten Umsatzerlöse verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Erlösarten:

	2010 T€	2009 T€	Differenz T
Lokale Spoterlöse	576	457	119
Erlöse Verbundwerbung	493	547	- 54
Erlöse radio NRW	526	523	3
Sponsoringenerlöse	154	131	23
Erlöse Spotproduktion	37	31	6
Internetenerlöse	1	1	0
	1.787	1.690	97

Die Umsatzerlöse sind insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 97 T€ (+ 5,7 %) gestiegen. Die Erlöse aus der Ausschüttung von radio NRW sind dabei mit einem leichten Plus von 3 T€ in etwa stabil geblieben. Sowohl das Ergebnis von radio NRW als auch die für die Ausschüttungshöhe relevante durchschnittliche Stundenreichweite (2009: 7,0 %, 2010: 6,9 %) waren 2010 in etwa auf dem gleichen Niveau.

Verantwortlich für die Umsatzsteigerung waren vor allem die lokalen Spoterlöse mit einem Wachstum von 119 T€ + 26,0 %) sowie die um 23 T€ (+ 17,6 %) gesteigerten Sponsoringenerlöse. Rückläufig im Vergleich zum Vorjahr waren lediglich die Erlöse aus Verbundwerbung mit - 54 T€ (- 9,9 %).

Investitionen

Die Investitionen des Geschäftsjahres beliefen sich auf 52 T€ für technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie geleistete Anzahlungen. Die Abschreibungen betrugen 21 T€ im Geschäftsjahr; wesentliche Anlagenabgänge waren nicht zu verzeichnen.

Personal- und Sozialbereich

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2010 einen angestellten Verkäufer und zwei freie Handelsvertreter. Weiteres Personal (Verkauf, Marketing, Disposition/Verwaltung) wurde von der Lokalfunk Dortmund Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG an die Berichtsgesellschaft weiterberechnet.

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich in den vergangenen Geschäftsjahren deutlich verbessert. Zu einem geringen Anteil finanziert sich die Gesellschaft noch über Darlehen der Gesellschafter.

Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens ist zufriedenstellend. Es standen im Geschäftsjahr jederzeit ausreichende Finanzmittel zur Verfügung, Zahlungsbereitschaft und -fähigkeit waren ständig gegeben. Der einfache cash flow (Summe aus Jahresüberschuss und Abschreibungen) ist von 208 T€ in 2009 auf 360 T€ in 2010 gestiegen. Die Liquidität II.

Grades (Summe aus liquiden Mitteln und kurzfristigen Forderungen, bezogen auf die kurzfristigen Verbindlichkeiten) ist geringfügig von 240,7 % auf 170,1 % im Berichtsjahr gesunken.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss ist von 184 T€ in 2009 auf 339 T€ in 2010 gestiegen. Die Verbesserung des Jahresergebnisses ist verursacht durch die beschriebene Steigerung der Umsatzerlöse um 97 T€. Des Weiteren wurden auf Vorschlag der Geschäftsführung aus der Komplementär-GmbH Beteiligungserträge in Höhe von 30 T€ an die Berichtsgesellschaft ausgeschüttet.

Darüber hinaus konnten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 79 T€ reduziert werden, was im Wesentlichen auf einen geringeren Sponsoringaufwand (- 46 T€) und niedrigere Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen ist. Demgegenüber steht die Steigerung der Kostenerstattungen an die Veranstaltergemeinschaft um 24 T€, die ausschließlich durch die Zahlung einer Abfindung im Geschäftsjahr 2010 zustande gekommen ist.

Zukünftige Entwicklung

Das Geschäftsjahr 2010 war für den Rahmenprogrammanbieter radio NRW mit einer leichten Ergebnisverbesserung und damit mit einer um 1,2 Mio. € höheren Gesamtausschüttungssumme abgeschlossen. Die mit 6,9 % im Vergleich zum Vorjahr (7,0 %) in etwa stabile Stundenreichweite von Antenne Unna hatte zur Folge, dass die an die Gesellschaft ausgezahlte Vertriebsprovision gegenüber dem Vorjahr mit einem leichten Plus von 3 T€ annähernd gleich geblieben ist. In die Planung für das Geschäftsjahr 2011 hat radio NRW eine Vertriebsprovision in Höhe von 19,2 Mio. € eingestellt. Das ist im Vergleich zur Planzahl 2010 eine Steigerung um 2,1 Mio. €, im Vergleich zum Ist 2010 allerdings ein um 3,4 Mio. € niedrigerer Ansatz. Dies dokumentiert eine vorsichtig optimistische Einschätzung für das Geschäftsjahr 2011. Aufgrund der Stabilisierung des Wirtschaftsklimas wird für den Werbemarkt mit einer positiven Entwicklung gerechnet.

Nach wie vor befindet sich radio NRW allerdings in einer verschärften Wettbewerbssituation mit dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk. Der Anteil von Antenne Unna an der Gesamtausschüttungssumme wird sich 2011 verbessern, da laut E.M.A. 2011/I die für die Ausschüttung maßgebliche durchschnittliche Stundenreichweite von Antenne Unna von 6,9 % auf 7,7 % gestiegen ist.

In der lokalen Hörfunkvermarktung wird es trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Herausforderung sein, an das sehr gute Vorjahresergebnis anzuknüpfen. Realistisch ist als Planzahl ein Rückgang der Erlöse im Vergleich zum Vorjahr um etwa 3 %. Auf der Kostenseite wird der im Mai durchgeführte Umzug von Antenne Unna einschließlich der damit verbundenen, dringend notwendigen Sendermodernisierung die Liquidität, aber auch das Betriebsergebnis über Abschreibungs- und Aufwandbuchungen in starkem Maße belasten. Dennoch wird es auch im Geschäftsjahr 2011 möglich sein, einen Jahresüberschuss zu erwirtschaften.

Die geschilderte Situation des Rahmenprogrammanbieters radio NRW und der Wettbewerb mit dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk stellt insofern derzeit für die Berichtsgesellschaft die größte wirtschaftliche Unsicherheit dar.

Nach wie vor ist auch die Entwicklung digitaler Verbreitungswege von Antenne Unna zu verfolgen. Das Internet sowie mobile Endgeräte wie das iPhone werden zunehmend als Verbreitungswege genutzt. Hier ist es von Bedeutung, die Sendermarke auch auf den digital zur Verfügung stehenden Übertragungswegen zu verbreiten. So wurde im Geschäftsjahr 2010 eine iPhone-App programmiert sowie der neuerliche Relaunch des Internetauftritts entwickelt.

Restliche Gefährdungspotenziale sind aus heutiger Sicht für 2011 nicht erkennbar.

Bilanz zum 31. Dezember 2010

(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2010	2009	2008
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	4	5	0
II. Sachanlagen	82	48	50
III. Finanzanlagen	27	26	26
B) Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	254	240	254
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	998	900	1.135
III. Rechnungsabgrenzungsposten	7	6	0
Bilanzsumme	1.372	1.219	1.465

Passivseite	2010	2009	2008
A) Eigenkapital	250	599	673
B) Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	297	26	26
C) Rückstellungen	95	171	177
D) Verbindlichkeiten	730	422	598
Bilanzsumme	1.372	1.219	1.465

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

		2010	2009	2008
1.	Umsatzerlöse	1.788	1.690	1.985
2.	Sonstige betriebliche Erträge	67	73	46
3.	Aufwendungen aus Kostenerstattungen	629	605	719
4.	Personalaufwand	73	50	59
5.	Abschreibungen	20	24	39
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	743	822	809
7.	Erträge aus Beteiligungen	30	0	0
8.	Sonstige Zinsen u. ä. Erträge	5	11	30
9.	Zinsen u. ä. Aufwendungen	26	26	25
10.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	399	217	410
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	60	33	66
12.	Jahresüberschuss	339	184	344
13.	Gutschrift auf den Gesellschafterkonten	339	184	344
14.	Bilanzgewinn	0	0	0

Kennzahlen	2010	2009	2008
1. Gesamtkapitalrentabilität - Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100 : Eigenkapital)	39,87	30,72	51,1
2. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	8,07	6,48	3,4
3. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	50,03	49,14	45,9

4.7 Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG

Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG

Pelkumer Platz 3
59077 Hamm
Telefon: 02381/99130-0
Telefax : 02381/99130-20

Die Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Hamm eG wurde im Jahr 1948 gegründet.

Gegenstand des Unternehmens

Der öffentliche Zweck der Genossenschaft besteht in der Errichtung und Bewirtschaftung von Kleinwohnungen in eigenem Namen.

Stammkapital der Gesellschaft

Das Stammkapital der Genossenschaft beträgt 271.288,37 €.

Beteiligung der **Stadt Bergkamen** am Gesamtunternehmen:
18 Anteile a 260,00 € = 4.680,00 €

Organe der Gesellschaft

- Aufsichtsrat
- Vorstand
- Mitgliederversammlung

Vertreter der Stadt Bergkamen in der Mitgliederversammlung:

Hartmut Ramin, Stadtverordneter

Personalbestand

Die Zahl der im Geschäftsjahr beschäftigten Arbeitnehmer betrug 6 Vollbeschäftigte, 29 Teilzeitbeschäftigte, 0 Auszubildende.

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Allgemeine wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft hat 2010 nach dem globalen Konjunktureinbruch im Zuge der internationalen Krise auf den Finanzmärkten wieder deutlich an Fahrt gewonnen und einen Gutteil des Produktionsrückganges bereits wieder wettgemacht. Dennoch ist nach dem Abklingen kräftiger Aufholeffekte eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik erkennbar. Die wirtschaftliche Entwicklung des Euroraumes wurde durch drastische Sparmaßnahmen der betroffenen Mitgliedsstaaten zunehmend belastet. Dies betrifft vor allem auch die Exporte aus Deutschland.

Die Wohnungswirtschaft in Deutschland war bislang nur indirekt von den Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise betroffen. Bereits in der Wirtschaftskrise hat sich der deutsche Arbeitsmarkt sehr robust gezeigt. Seit dem Frühjahr deutet sich zunehmend ein Aufschwung am Arbeitsmarkt an. Im Jahresdurchschnitt 2010 erreichte die Zahl der Beschäftigten erneut einen Höchststand. Die Experten rechnen damit, dass sich die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt 2011 mit abflachender Dynamik fortsetzt.

Die Bauinvestitionen tragen deutlich zur Erholung der Gesamtwirtschaft und Überwindung der Rezession in Deutschland bei. Den positiven Trend beim Wohnungsbau beflügelt u. a. das derzeit äußerst niedrige Niveau der Hypothekenzinsen.

Regionaler Wohnungsmarkt

Die Angebots- und Nachfragesituation in den Regionen Hamm und Bergkamen, in denen die Genossenschaft tätig ist, war im abgelaufenen Geschäftsjahr durch einen Angebotsüberhang aufgrund des Rückganges der Bevölkerungszahlen gekennzeichnet. Die Region Bönen dagegen wurde durch die positive Entwicklung des Umfeldes weiterhin stark nachgefragt. Die Vermietungssituation für die Genossenschaft hat sich in 2010 gegenüber dem Vorjahr weiterhin erheblich verbessert. In 2011 aber ist die Nachfrage rückläufig und damit auch die Vermietungssituation der Genossenschaft. Kleine und altengerechte Wohnungen wurden besonders stark nachgefragt. Auch im Bereich Bergkamen-Innenstadt und Heessen-Gartenstadt hat sich der Leerstand vermindert. Der Einsatz eines zusätzlichen Mitarbeiters im Bereich der Vermietung und Kundenbetreuung seit 2009 war ein positiver Schritt für die Genossenschaft.

Haus- und Wohnungsbestand

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung des Wohnungsbestandes weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten. Am 31.12.2010 wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr insgesamt 456 Mietwohnungen und 131 Garagen (davon 9 Garagen eigengenutzt) und 1 Einstellplatz bewirtschaftet, die wie im Vorjahr eine Wohn-/Nutzfläche von 30.011 qm umfassen. Von den 456 Wohnungen sind 171 Wohnungen = 35,53 % frei finanziert (Vorjahr: 162 Wohnungen = 35,53 %) und 285 Wohnungen = 65,5 % öffentlich gefördert (Vorjahr: 294 Wohnungen

= 64,47 %). Der Wohnungsbestand befindet sich in Hamm-Heessen, Hamm-Herringen, Hamm-Pelkum, Bergkamen, Rünthe und Bönen.

Entwicklung der Sollmieten

2010 T€	2009 T€	2008 T€	2007 T€	2006 T€
1.466	1.453	1.456	1.433	1.429

Das entspricht einer durchschnittlichen Sollmiete pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche von monatlich:

2010 €	2009 €	2008 €	2007 €	2006 €
4,07	4,03	4,04	3,98	3,98

Entwicklung der Erlösschmälerungen:

2010 T€	2009 T€	2008 T€	2007 T€	2006 T€
225	273	272	233	218

Bezogen auf die gesamte Wohn- und Nutzfläche entspricht dies einem durchschnittlichen monatlichen Minderbetrag je qm Wohn- und Nutzfläche von:

2010 €	2009 €	2008 €	2007 €	2006 €
0,62	0,76	0,76	0,65	0,61

An Erlösschmälerungen sind entstanden:

	2010 T€	2009 T€	Veränderung T€
Erlösschmälerungen Sollmieten	147	194	- 47
Erlösschmälerungen Umlagen	78	79	- 1
Gesamt	225	273	- 48

Der Schwerpunkt der Leerstandsobjekte betrifft - wie auch schon in den Vorjahren - die Bereiche Bergkamen-Innenstadt und Hamm/Heessen-Gartenstadt. Die schwierige Vermietungssituation in diesen Bereichen bleibt weiterhin ein Thema. Zusätzliche Anstrengungen in diesem Bereich und eine verbesserte Außendarstellung sowie Werbemaßnahmen zeigen Erfolge. Der Leerstand für 2011 ist zurzeit stagnierend bzw. leicht anziehend.

Modernisierungstätigkeit

Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine aktivierungspflichtigen Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt.

Instandhaltung des Hausbestandes

Die zur Sicherung der Vermietbarkeit des Gebäudebestandes aufgewandten Fremdkosten für die Instandhaltung des Hausbestandes beliefen sich in 2010 auf 506 T€ (Vorjahr 518 T€). In diesem Betrag sind 25 T€ (Vorjahr 24 T€) Versicherungsentschädigungen enthalten. Die wesentlichen Ausgaben der Instandhaltungen waren die Ausstattung von zahlreichen Wohnungen mit zeitgemäßen Bädern und Fenstern. Bei Anschlussvermietung wurden in den Wohnungen Heizkörper, Elektroinstallationen, Fußböden, Zimmer- und Wohnungseingangstüren erneuert. In der Fritz-Steinhoff-Straße 3 - 6 wurde eine Flachdachsanierung vorgenommen. Im Objekt „Markweg 25“ waren umfangreiche Kanalarbeiten erforderlich. An der Moltkestraße wurde die vorhandene SAT-Anlage erweitert und in der Overberger Straße wurde in einem Hauseingang die Heizungsanlage erneuert.

In den vergangenen Jahren waren umfassende Instandhaltungen erforderlich, um dem altersbedingten Zustand der Häuser Rechnung zu tragen. Aufgrund der derzeitigen Finanz- und Ertragslage ist eine strikte Ausgabenkontrolle weiterhin unumgänglich, d. h. dass hinsichtlich der Modernisierungstätigkeit Prioritäten gesetzt werden müssen. Den hohen notwendigen Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen stehen nur geringe Mieterhöhungsmöglichkeiten gegenüber.

An Fremdkosten wurden für die Instandhaltung verausgabt:

2010 T€	2009 T€	2008 T€	2007 T€	2006 T€
506	518	439	522	371

An Instandhaltungsaufwendungen (einschließlich Regiebetrieb und abzüglich Versicherungserstattungen) sind angefallen:

2010 T€	2009 T€	2008 T€	2007 T€	2006 T€
696	691	574	578	454

Dies entspricht einem Aufwand pro Quadratmeter Wohn- und Nutzfläche p. a. von:

2010 €	2009 €	2008 €	2007 €	2006 €
23,19	23,04	19,13	19,34	15,24

Vermögensstruktur

	31.12.2010		31.12.2009		Veränd.
	T€	%	T€	%	T€
Anlagevermögen	7.416	88,9	7.621	90,1	- 205
Umlaufvermögen	923	11,1	842	9,9	+ 81
Bilanzsumme	8.339	100,0	8.463	100,00	- 277

Das Anlagevermögen hat sich um 205 T€ vermindert. Den Investitionen in Höhe von 14 T€ stehen im Berichtsjahr Abschreibungen von 219 T€ gegenüber. Das Umlaufvermögen hat sich aufgrund von stichtagsbedingten Einflüssen verändert.

Kapitalstruktur

	30.12.2010		31.12.2009		Veränd.
	T€	%	T€	%	T€
Eigenkapital (langfristig)	4.149	49,8	4.117	48,7	+ 32
Fremdkapital					
- langfristig	3.077	36,9	3.295	38,9	- 218
- kurzfristig *)	1.113	13,3	1.051	12,4	+ 62
Bilanzsumme	8.339	100,0	8.463	100,0	- 124

*) einschl. Abflüsse aus dem Eigenkapital 2011

Das Eigenkapital hat sich aufgrund der Entnahme aus den Rücklagen und einer Erhöhung der verbleibenden Mitglieder um 32 T€ erhöht, d. h. um 1,1 % auf 49,8 % der Bilanzsumme. Das langfristige Fremdkapital hat sich durch Tilgungen im Bereich der Dauerfinanzierung gegenüber Kreditinstituten um insgesamt 218 T€ vermindert. Das kurzfristige Fremdkapital war stichtagsbedingt Veränderungen unterworfen.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr **2010** schließt mit einem **Jahresüberschuss** von **36.255,47 €** ab. Das Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€	Veränd. T€
Hausbewirtschaftung	- 29	- 80	+ 512
Betreuungstätigkeit	0	0	0
Sonst. Geschäftsbetrieb und neutraler Bereich	+ 65	+ 34	+ 31
Jahresüberschuss	+ 36	- 46	+ 82

Die Verwaltungskosten der Hausbewirtschaftung betragen 466,67 € je Vermietungseinheit (7 Garagen = 1 Vermietungseinheit).

Das wirtschaftliche Ergebnis 2010 ist insbesondere wegen geringerer Erlösschmälerungen und der Vereinnahmung von Verbindlichkeiten um 72 T€ höher als in 2009.

Finanzlage

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Kurzfristige Aktive	922.742,48	841.880,92
Kurzfristige Passiva	1.112.480,76	1.050.795,20
Unterdeckung	- 189.738,28	- 208.914,28

Die Zahlungsbereitschaft ist durch Kreditlinien gesichert. Beleihungsspielräume sind vorhanden.

Die folgende Kapitalflussrechnung zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes in 2010 und 2009:

	2010 T€	2009 T€
Jahresergebnis	+ 36	- 46
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	219	218
Cashflow	255	172
Zunahme sonstiger Aktiva	- 15	+ 13
Zunahme sonstiger Passiva	+ 59	+ 4
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	299	189
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	- 15	- 7
Cashflow aus Investitionstätigkeit	- 15	- 7
Valutierung aus Darlehen	0	447
Planmäßige und außerplanmäßige Tilgungen	- 213	- 673
Abnahme der Geschäftsguthaben der verbleibenden MG	+ 6	- 23
Dividendenzahlung	- 11	- 11
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	- 218	- 260

	2010 T€	2009 T€
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	+ 66	- 78
Finanzmittelbestand am 01.01.2010/2009	+ 84	+ 162
Finanzmittelbestand am 31.12.2010/2009	+ 150	+ 84

Zum Zwecke der frühzeitigen Feststellung liquiditätsbelastender Risiken wertet der Vorstand in regelmäßigen Abständen verschiedene, aus internen Quellen stammende Kennzahlen und Analysen aus. Eine Dokumentation liegt vor.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Bestehende und zukünftige Risiken für das Unternehmen werden insbesondere in folgenden Bereichen gesehen:

- Schlechte Vermietbarkeit einiger Objekte, die auch zukünftig hohe Erlösschmälerungen verursachen werden,
- steigende Instandhaltungskosten durch alternden Wohnungsbestand und Instandhaltungsstau,
- zusätzliche Mietausfälle und Instandhaltungskosten durch hohe Fluktuation,
- steigende Verwaltungskosten durch neue und immer umfänglichere gesetzliche Vorgaben und organisatorische Notwendigkeiten.

Durch die Einstellung zusätzlicher Regiehandwerker wird versucht, die Kostenstruktur weiter zu verbessern und die Abhängigkeit von externen Firmen weiter zu verringern sowie Kosten einzusparen. Für das Jahr 2011 wurde von der Hausbank der Genos-

senschaft ein Darlehen bewilligt. Mit diesen Mitteln soll eine weitere Verbesserung der Wohnqualität erreicht werden.

Voraussichtliche Entwicklung

Ziel der Geschäftsführung ist es weiterhin, durch kostenbewusste Modernisierungen die Wohnqualität an die Bedürfnisse der Mieter anzupassen und hierdurch die Vermietbarkeit der Wohnungen zu steigern. Nur durch die Verbesserung der Qualität und Attraktivität des Bestandes ist zukünftig eine höhere Vermietungsquote gewährleistet.

Eine Portfolioanalyse zur gezielten Weiterentwicklung des Objektbestandes wurde in 2011 in Auftrag gegeben.

Prognosebericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung im Bereich der Wohnungsverwaltung sind nach dem 31.12.2010 nicht eingetreten.

Bilanz zum 31. Dezember 2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

Aktivseite	2010	2009	2008
A) Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5	8	12
II. Sachanlagen	7.409	7.611	7.820
III. Finanzanlagen	2	2	2
B) Umlaufvermögen			
I. Grundstücke	739	700	709
II. Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	31	54	30
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	150	84	162
C) Rechnungsabgrenzungsposten	3	4	5
Summe Aktivseite	8.339	8.463	8.740

Passivseite	2010	2009	2008
A) Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	262	284	276
II. Gewinnrücklagen	3.897	3.872	3.930
III. Bilanzgewinn	13	12	11
B) Rückstellungen	23	15	25
C) Verbindlichkeiten	4.144	4.280	4.498
Summe Passivseite	8.339	8.463	8.740

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2010 bis 31.12.2010
(Zusammengefasste Positionen in T€)

	2010	2009	2008
Umsatzerlöse	2.027	1.973	1.963
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	37	- 4	11
Sonstige betriebliche Erträge	123	103	61
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.248	1.225	1.137
Rohergebnis	939	848	899
Personalaufwand	395	375	306
Abschreibungen	219	218	209
Sonstige betriebliche Aufwendungen	106	112	120
Erträge	1	2	4
Zinsen u. ä. Aufwendungen	122	132	140
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	98	12	129
Sonstige Steuern	62	57	56
Jahresüberschuss	36	- 45	73
Einstellung aus dem Jahresüberschuss in die gesetzliche Rücklage	4	+ 58	7
Einstellung aus dem Jahresüberschuss in die Bauerneuerungsrücklage	20	0	55
Bilanzgewinn	13	12	11

Kennzahlen	2010	2009	2008
1. Vermögensaufbau - Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100 : Gesamtvermögen)	88,93	90,05	89,63
2. Anlagenfinanzierung - Anlagendeckung (Eigenkapital x 100 : Anlagevermögen)	56,26	54,69	53,83
3. Kapitalausstattung - Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100 : Gesamtkapital)	50,03	49,25	48,25

5. Darstellung der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

5.1 Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB)

Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB)

Rathausplatz 1
59192 Bergkamen
Telefon: 02307/965-0
Telefax : 02307/69299
E-Mail: h.mecklenbrauck@bergkamen.de
Internet: www.bergkamen.de

In Ausführung des Ratsbeschlusses der Stadt Bergkamen vom 24.10.1996 wurde zum 01.01.1997 der Stadtbetrieb Entwässerung gegründet.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des Stadtbetriebes Entwässerung ist die Erfüllung der der Stadt obliegenden Pflicht zur Abwasserbeseitigung mit Hilfe bestehender bzw. noch zu schaffender Einrichtungen.

Stammkapital der Gesellschaft

Gemäß § 12 der Betriebssatzung vom 01.01.2002 wurde das Stammkapital des Stadtbetriebes Entwässerung auf 6.000.000,00 € festgesetzt.

Beteiligung der Stadt Bergkamen am Gesamtunternehmen

Mit Wirkung vom 01.01.1997 wurde die Abwasserbeseitigung als Sondervermögen ausgegliedert und wird seitdem als Stadtbetrieb Entwässerung Bergkamen (SEB) geführt. Die eigenbetriebsähnliche Einrichtung (§ 107 Abs. 2 GO NRW) wird gemäß § 1 der Betriebssatzung entsprechend den für Eigenbetriebe geltenden gesetzlichen Vorschriften geführt.

Organe der Gesellschaft

Die Organe des Stadtbetriebes Entwässerung Bergkamen sind:

- Betriebsleitung
(Betriebsleiter: Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer Horst Mecklenbrauck)
- Betriebsausschuss
- Rat der Stadt Bergkamen

Der Rat der Stadt Bergkamen hat Herrn Horst Mecklenbrauck (Erster Beigeordneter und Kämmerer) zum **Betriebsleiter** bestellt.

Die **Betriebsleitung** handelt grundsätzlich in eigener Verantwortung (§ 114 Abs. 2 GO NRW). Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat sich die Betriebsleitung jedoch im Rahmen der Aufgaben der Gemeinde zu bewegen und ist insoweit von den Entscheidungen der Gemeindeverwaltung und insbesondere von den Entscheidungen der Gemeindevertretung (Organ der Gemeindevertretung: Betriebsausschuss) abhängig.

Der gemeinsame **Betriebsausschuss** für den SEB und den EBB besteht aus 19 Mitgliedern, davon 2 tariflich Beschäftigte der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen.

Vorsitzender des Betriebsausschusses ist Herr Volker Weirich.

Die Zuständigkeiten des Rates der Gemeinde ergeben sich aus der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowie aus der Betriebssatzung des SEB.

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Die Stadt Bergkamen ist gemäß § 53 des Landeswassergesetzes Nordrhein-Westfalen (LWG NRW) verpflichtet, das im Stadtgebiet anfallende Abwasser zu entsorgen, soweit nicht andere zur Abwasserbeseitigung herangezogen werden.

Die Zuständigkeit zur Übernahme, Rückhaltung, Reinigung der Abwässer der Stadt und anschließender Einleitung in ein Fließgewässer nach § 54 LWG NRW obliegt im Einzugsbereich der Lippe dem Lippeverband.

Soweit erforderlich, haben die Gemeinden die notwendigen Abwasseranlagen in angemessenen Zeiträumen zu errichten, zu erweitern und den Anforderungen der einschlägigen Gesetzgebung anzupassen. Die Gemeinden legen der Oberen Wasserbehörde eine Übersicht über den Stand der öffentlichen Abwasserbeseitigung in einem Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) vor. Das ABK ist jeweils im Abstand von 6 Jahren fortzuschreiben.

Der SEB hat auch im Geschäftsjahr 2010 kontinuierlich an der planmäßigen Umsetzung der im Abwasserbeseitigungskonzept vorgesehenen Projekte gearbeitet, die teilweise in Kooperation mit der Ruhrkohle AG durchgeführt wurden.

Die Baumaßnahmen wurden sowohl in offener als auch in geschlossener Bauweise durchgeführt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beteiligungsberichtes befinden sich einige der Projekte noch in der Ausführungsphase.

Anlagevermögen

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2010 rd. 8.080 m Abwasseranlagen erneuert, renoviert, repariert, neu gebaut bzw. durch unentgeltliche Übernahme von Dritten in das städtische Eigentum übernommen.

Hiervon wurden

- 4.790 m in offener Bauweise mit anschließender Wiederherstellung des Straßenoberbaus,
- 1.820 m in geschlossener Bauweise (Renovation und Reparatur) sowie
- 1.470 m in offener Bauweise als Netzerweiterung

errichtet.

Die insgesamt aufgewendeten Projektkosten belaufen sich in 2010 auf rd. 3,9 Mio. €.

Häufig nutzte das örtliche Versorgungsunternehmen GSW Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH, aber auch andere öffentliche Dienstleistungsunternehmen, wie z. B. die Telekom, die Gelegenheit, im Zuge der öffentlichen Kanalbaumaßnahmen des SEB Gas-, Wasser-, Strom- und Telefonleitungen zu erneuern oder neu zu verlegen.

Verbandsaufgaben

Verbandsleistungen, die der Lippeverband wahrnimmt, werden über den Verbandsbeitrag finanziert.

In 2010 waren an Verbandsbeiträgen 5.145.123,00 € zu entrichten. Die Abwasserabgabe betrug 250.396,00 €.

Kanalunterhaltung

Aufgrund der regelmäßigen Berichtspflicht gegenüber den Aufsichtsbehörden im Rahmen der Selbstüberwachungsverordnung Kanal werden die Abwasserbeseitigungsanlagen turnusmäßig untersucht.

Festgestellte Probleme und Schäden werden entsprechend lokalisiert, dokumentiert und behoben.

Die für Unterhaltungs- und Reparaturmaßnahmen aufgelaufenen Kosten betrugen in 2010 157.213,27 €,

Anlagennetz

Bedingt durch die in 2010 durchgeführten Kanalsanierungen und Netzerweiterungen hat sich das Anlagennetz zwangsläufig verändert.

Zum 31.12.2010 ergeben sich folgende Kanallängen:

Kanalart	System	Länge
Druckrohrleitung	Mischwasser	2.164,29 m
Druckrohrleitung	Regenwasser	696,65 m
Druckrohrleitung	Schmutzwasser	4.612,46 m
Freispiegelleitung	Mischwasser	183.351,14 m
Freispiegelleitung	Regenwasser	17.015,53 m
Freispiegelleitung	Schmutzwasser	9.797,34 m

5.2 EntsorgungsbetriebBergkamen (EBB)

EntsorgungsbetriebBergkamen (EBB)

Bambergstr. 66
59192 Bergkamen
Telefon: 02307/28503-0
Telefax : 02307/28503-295
E-Mail: entsorgungsbetrieb@bergkamen.de
Internet: www.bergkamen.de (Amtlich/Bürgerdienste/Ämter A - F)

Durch Beschluss des Rates der Stadt Bergkamen wurde der EntsorgungsbetriebBergkamen am 16.11.2005 als eigenbetriebsähnliche Einrichtung gegründet.

Gegenstand des Unternehmens

Zweck des EBB ist die Durchführung des operativen Fuhrparkgeschäftes, bestehend aus Einsammeln und Transportieren der Fraktionen Hausmüll, Biomüll und Papier. Des Weiteren sind die Bereiche Sperrmüll und Grünschnittabfuhr sowie Abfuhr der Weihnachtsbäume und das dazugehörige Abfallgemäßmanagement Aufgabe des Betriebes. Ebenfalls ist der EBB mit der Durchführung der maschinellen Straßenreinigung und des Winterdienstes betraut. Zu den originären Aufgaben gehören zusätzlich die Reinigung der Containerstandorte und die Abwicklung organisatorischer und verwaltungstechnischer Aufgaben, die mit der vorgenannten Leistungserbringung zusammenhängen (u. a. Abrechnung mit den Systembetreibern „Der Grüne Punkt“).

Stammkapital der Gesellschaft

Gemäß § 11 der Betriebssatzung der Stadt Bergkamen für den EntsorgungsbetriebBergkamen vom 16.11.2005 in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 25.09.2006 wird das Stammkapital des EBB auf 25.000,00 € festgesetzt.

Beteiligung der Stadt Bergkamen am Gesamtunternehmen

Als eigenbetriebsähnliche Einrichtung der Stadt Bergkamen ohne eigene Rechtspersönlichkeit ist der EBB ein Sondervermögen der Stadt Bergkamen, das sich vollständig in dessen Eigentum befindet.

Organe der Gesellschaft

Die Organe des EBB sind:

- § Rat der Stadt Bergkamen
- § Betriebsausschuss
- § Betriebsleitung

In der Ratssitzung vom 29.10.2009 wurde ein gemeinsamer **Betriebsausschuss** für den EBB und den SEB gebildet. Der gemeinsame Betriebsausschuss besteht aus 19 Mitgliedern, von denen zwei Mitglieder Beschäftigte der Betriebe sind. Den Vorsitz im Betriebsausschuss führt der Stadtverordnete Volker Weirich. Vertreter ist der Stadtverordnete Marco Morten Pufke.

Die Zuständigkeiten des Rates der Gemeinde ergeben sich aus der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sowie aus der Betriebssatzung des EBB.

Der vom Rat der Stadt Bergkamen ernannten **Betriebsleitung** gehören an:

Betriebsleiter:

Dr.-Ing. Hans-Joachim Peters, Techn. Beigeordneter

Stellv. Betriebsleiter:

Stephan Polplatz, Amtsleiter Baubetriebshof

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Gemäß Beschluss des Verwaltungsvorstandes wurde der EBB mit der eigenständigen Aufstellung der Gebührenkalkulation für das Jahr 2009 und die Folgejahre beauftragt. Diese wurde in enger Abstimmung mit dem Amt für Finanzen und Steuern aufgestellt.

Der Rat der Stadt Bergkamen hat in seiner Sitzung am 16.12.2010 den Jahresabschluss 2008 des EBB festgestellt. Der Jahresüberschuss 2008 in Höhe von 151.603,07 € wurde gemäß Ratsbeschluss vom 16.12.2010 an die Stadt Bergkamen abgeführt. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young AG, Niederlassung Dortmund, hat die Prüfung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 weitgehend abgeschlossen; diese sollen im Oktober 2011 dem Betriebsausschuss zugeleitet werden.

Die Gebühren für die Abfallentsorgung blieben im Restmüllbereich im Jahr 2011 konstant. Im Biomüllbereich war eine Erhöhung um 1,91 % unumgänglich. Die Kostensteigerung beim Biomüll ist bedingt durch die Erhöhung der Umlagekosten des Kreises Unna für Kompostierung etc.

Die Gebühren für Straßenreinigung und Winterdienst stiegen aufgrund der Mehrkosten im Winterdienst um rd. 16 %.

Zurzeit laufen die vorbereitenden Tätigkeiten zur Aufstellung des Winterdienst-Silos.

6. Darstellung der Kreditinstitute und Verbände

6.1 Sparkasse Bergkamen-Bönen

Sparkasse Bergkamen-Bönen

Hauptstelle:
In der City 133
59192 Bergkamen
Telefon: 02307/821-0
Telefax : 02307/821-178
Internet: www.spk-bergkamen-boenen.de

Die Sparkasse Bergkamen-Bönen mit Sitz in Bergkamen wurde im Jahr 1884 gegründet.

Die Sparkasse ist beim Amtsgericht Hamm unter der Nr. A 2765 im Handelsregister eingetragen.

Gesellschaftszweck

Bei der Beziehung der Stadt Bergkamen zur Sparkasse Bergkamen handelt es sich nicht um ein Beteiligungsverhältnis im Sinne der Gemeindeordnung NRW. Zur weitergehenden Information werden die Daten des Kreditinstitutes dennoch im Beteiligungsbericht abgebildet.

Nach § 2 des Sparkassengesetzes NRW dienen die Sparkassen der kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Gewährträgers. Zu ihren Aufgaben gehört es vor allem, den Sparsinn und die Vermögensbildung zu fördern. Die Kreditversorgung dient vornehmlich der Kreditausstattung des Mittelstandes sowie der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.

Das Sparkassenrecht gehört zum öffentlichen Recht, d. h., es ist in seinen wesentlichen Teilen aus Gründen des allgemeinen öffentlichen Interesses absolut bindend und grundsätzlich einer vom Gesetz abweichenden Regelung oder freien Vereinbarung entzogen. Aufgrund ihrer Rechtsstellung als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts gehören die Sparkassen in Verbindung mit ihren öffentlichen Aufgaben zur öffentlichen, kommunalen Wirtschaftsverwaltung.

Träger

Sparkassenzweckverband Bergkamen-Bönen

Für die **Stadt Bergkamen** sind in der Verbandsversammlung vertreten:

Rosemarie Degenhardt, Stadtverordnete
(Vertreter: Thomas Heinzel, Stadtverordneter)
Gerhard Kampmeyer, Stadtverordneter
(Vertreter: Klaus Gilla, Stadtverordneter)
Wolfgang Kerner, Stadtverordneter
(Vertreterin: Helga Popeck, Stadtverordnete)
Herbert Korte, Stadtverordneter
(Vertreter: Uwe Radtke, Stadtverordneter)
Christel Löbbbe, Stadtverordnete
(Vertreter: Rüdiger Weiß, Stadtverordneter)
Anita Neumann, Stadtverordnete
(Vertreterin: Dr. Edith Kirsch, Stadtverordnete)
Roland Schäfer, Bürgermeister
(Vertreter: Bernd Wenske, Beigeordneter)

Organe des Unternehmens

Die Organe des Unternehmens sind:

- Vorstand
- Verwaltungsrat

Zusammensetzung der Organe

1. Vorstand

Beate Brumberg, Vorsitzende des Vorstandes
Martin Weber, weiteres Vorstandsmitglied

2. Verwaltungsrat

Vorsitzender:

Gerhard Kampmeyer

1. stellv. Vorsitzender:

Klaus Herbst

2. stellv. Vorsitzender:

Franz Herdring

Weiterhin sind für die **Stadt Bergkamen** im Verwaltungsrat der Sparkasse Bergkamen-Bönen vertreten:

Franz Herdring, Stadtverordneter
(Vertreter: Thomas Semmelmann, Stadtverordneter)
Wolfgang Kerak, Stadtverordneter
(Vertreter: Dirk Haverkamp, Stadtverordneter)
Heinz Mathwig, Stadtverordneter
(Vertreter: Dieter Mittmann, Stadtverordneter)
Kay Schulte, Stadtverordneter
(Vertreter: Anita Neumann, Stadtverordnete)
Elke Middendorf, Stadtverordnete
(Vertreter: Thomas Heinzel, Stadtverordneter)
Harald Sparringa, Stadtverordneter
(Vertreter: Hans-Joachim Wehmann, Stadtverordneter)

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die erst in der zweiten Jahreshälfte 2010 anziehende Konjunkturlage in Westfalen-Lippe bildete das Umfeld für die geschäftliche Entwicklung der Sparkasse. Die Geschäftsentwicklung ist angesichts der herrschenden Marktbedingungen insgesamt gut.

Erfreulich verlief die Entwicklung im Kundenkreditgeschäft. Da die Tilgungen im Kreditgeschäft nicht so hoch wie erwartet ausfielen, konnten die Neuausleihungen die Tilgungen deutlich übertreffen. Während sich die Spareinlagen und Termingelder leicht verminderten, haben sich die Sparkassenbriefe und Sichteinlagen deutlich erhöht, wodurch sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden insgesamt deutlich erhöhten.

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2010 von 573,2 Mio. € um 3,6 Mio. € auf 576,8 Mio. €. Das Avalkreditvolumen erhöhte sich von 3,1 Mio. € um 0,4 Mio. € auf 3,5 Mio. €, so dass sich das aus der Bilanzsumme und den Eventualverbindlichkeiten zusammensetzende Geschäftsvolumen von 576,31 Mio. € um 4,0 Mio. € auf 580,3 Mio. € entwickelte.

Kreditgeschäft

Im Vergleich der Jahresendbestände hat die Veränderung im Kreditgeschäft (Kundensforderungen, Treuhandkonten und Avale) im Jahr 2010 mit + 8,7 % das Ergebnis des Vorjahres (- 2,9 %) deutlich übertroffen. Hierbei ist die Umwidmung eines Schuldscheindarlehens über 50,0 Mio. € aus dem Interbankengeschäft in das Kommunalkreditgeschäft bereits herausgerechnet. Diese Entwicklung liegt insgesamt über den Erwartungen zu Jahresbeginn.

Die Kundenkreditbestände zum Bilanzstichtag zeigen dabei eine differenzierte Entwicklung. Während die Firmenkundenkredite und Kommunalkredite sowie die Ausleihungen an Privatkunden entgegen den Erwartungen zu Jahresbeginn zurückgingen, konnte das Volumen der Weiterleitungsdarlehen und Kommunaldarlehen über die Prognose hinaus ausgeweitet werden.

Das Kreditneugeschäft zeigt einen deutlichen Rückgang von Valutierungen. Insgesamt wurden im Jahr 2010 Darlehen in Höhe von 51,5 Mio. € (Vorjahr 64,3 Mio. €) ausbezahlt.

Mit einem Volumen von 49,2 Mio. € (Vorjahr 65,4 Mio. €) haben auch die Darlehenszusagen spürbar zugenommen.

Sowohl die Darlehenszusagen als auch die Darlehensauszahlungen wurden durch die Neubewilligung von Kommunaldarlehen und kommunal verbürgten Darlehen in Höhe von 25,7 Mio. € (Vorjahr 41,1 Mio. €) beeinflusst.

Der Anteil der Forderungen an Kunden an der Stichtagsbilanzsumme ist mit 60,3 % gegenüber dem Vorjahr (47,6 %) gestiegen. Im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme haben die Forderungen an Kunden ebenfalls von 48,7 % auf 59,9 % zugenommen.

Aus den Anteilswerten geht hervor, dass das Kreditgeschäft weiterhin den größten Bereich der Sparkasse im zinstragenden Geschäft ausmacht.

Wertpapierbestand

Der Bestand an eigenen Wertpapieranlagen wurde im Stichtagsvergleich um 2,9 Mio. € auf 97,2 Mio. € ermäßigt.

Beteiligungen

Die Beteiligungen entfallen mit 5,9 Mio. € auf die Pflichtbeteiligung der Sparkasse Bergkamen-Bönen am Stammkapital des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe. Mit 3,5 Mio. € ist die Sparkasse an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG für den gemeinschaftlichen Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG beteiligt. Bei der Erwerbsgesellschaft wurde eine Abschreibung in Höhe von 0,2 Mio. € auf den Zeitwert vorgenommen.

Einlagengeschäft

Die Kundeneinlagen haben sich von 325,5 Mio. € um 6,0 Mio. € auf 331,5 Mio. € erhöht. Dabei entwickelten sich die einzelnen Einlagearten sehr unterschiedlich.

Die Spareinlagen reduzierten sich um 2,5 Mio. €. Hingegen konnte der Gesamtbestand der Sparkassenbriefe von 40,3 Mio. € um 5,4 Mio. € auf 45,7 Mio. € erhöht werden.

Die Sichteinlagen und Termingelder sind stark von der Anlagedisposition von gewerblichen Anlegern wie auch der öffentlichen Haushalte bestimmt und unterliegen erfahrungsgemäß starken Schwankungen. Sie erhöhten sich von 112,8 Mio. € um 3,1 Mio. € auf 115,9 Mio. €.

Die Erwartungen zu Beginn des Geschäftsjahres an die Entwicklung der Volumina im Kundeneinlagengeschäft wurden im Bereich der Spar- und Termineinlagen nicht erreicht. Hier kam es zu einem Rückgang. Die Entwicklung der Sparkassenbriefe sowie der Sichteinlagen haben die Erwartungen deutlich übertroffen und den Rückgang bei den Spareinlagen und Termineinlagen überkompensiert. Insgesamt wurden die Erwartungen an die Einlagenentwicklung annähernd erfüllt.

Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute ermäßigten sich von 172,8 Mio. € um 66,2 Mio. € auf 106,6 Mio. €. Der Bestand besteht aus Anlagen in Schuldscheindarlehen zur Verbesserung der Rentabilität. (Im Rückgang enthalten ist die Übertragung von 50,0 Mio. € Schuldscheindarlehen auf die Erste Abwicklungsanstalt (EAA). Diese Darlehen sind als Kommunaldarlehen zu führen und nicht als Forderungen an Kreditinstitute).

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen von 200,2 Mio. € um 2,4 Mio. € auf 202,6 Mio. € zu. Es handelt sich bei diesen Verbindlichkeiten zu einem erheblichen Teil um langfristige Sparkassenbriefe, die zur Refinanzierung von langfristigen Kundenkrediten und Eigenanlagen verkauft wurden. Das Volumen dieser Refinanzierungsgeschäfte hat sich gegenüber dem Vorjahr durch fällige Sparkassenbriefe und Neuaufnahmen von 133,1 Mio. € um 2,1 Mio. € auf 135,2 Mio. € erhöht. Darüber hinaus handelt es sich um über den Bilanzstichtag aufgenommene Tages- und Termingelder und um Weiterleitungsdarlehen.

Dienstleistungsgeschäft

Das Dienstleistungsgeschäft der Sparkasse zeigt im Jahr 2010 eine differenzierte Entwicklung. Die Erwartungen zu Jahresbeginn wurden insgesamt erreicht.

Die Gesamtumsätze der Kunden im Wertpapierbereich lagen mit 13,1 Mio. € moderat über dem Vorjahresniveau. Während die Aktienumsätze der Kunden zunahmen, nahm der Umsatz mit Investmentanteilen leicht ab. Das Volumen der verwalteten Wertpapiere sank infolge der Verkäufe durch Kunden von 17,0 Mio. € um 0,4 Mio. € auf 16,6 Mio. € per Jahresende.

Das Geschäft mit Lebensversicherungen sowie der Vermittlung von Immobilien und das Bauspargeschäft entwickelten sich oberhalb des Vorjahresniveaus.

Personalbericht

Am 31.12.2010 beschäftigte die Sparkasse einschließlich der Aushilfen 116 Mitarbeiter (31.12.2009 = 121 Mitarbeiter), davon 33 Teilzeitkräfte und 6 Auszubildende. Die Sparkasse setzt in ihrer Personalpolitik auf größtmögliche Kontinuität. Ein geringfügiger

Rückgang der Beschäftigtenzahlen ist auf auslaufende Altersteilzeitvereinbarungen zurückzuführen, bei denen die dabei frei werdenden Stellen nicht immer neu besetzt wurden.

Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2009. Insgesamt verfügt die Sparkasse über Gewinnrücklagen von 29,0 Mio. € (Vorjahreswert: 28,7 Mio. €).

Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile im Sinne des KWG. Die Eigenkapitalanforderungen des KWG wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen, überschreitet am 31.12.2010 den in der Solvabilitätsverordnung vorgeschriebenen Mindestwert von 8 %. Die Sparkasse verfügt damit über eine gute Kapitalbasis für ein weiteres Geschäftswachstum.

Mit der Bildung von Wertberichtigungen wurde den Risiken im Kreditgeschäft entsprechend den strengen Bewertungsmaßstäben der Sparkasse angemessen Rechnung getragen. Die Bewertung des Wertpapierbestandes erfolgte unter Anwendung des strengen Niederstwertprinzips. Die übrigen Vermögensgegenstände wurden ebenfalls vorsichtig bewertet.

Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden stets eingehalten. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank in erforderlicher Höhe geführt.

Die eingeräumten Kredit- und Dispositionslinien bei Kreditinstituten wurden teilweise in Anspruch genommen.

Das Angebot der Deutschen Bundesbank zu Refinanzierungsgeschäften in der Form von Offenmarktgeschäften (Hauptrefinanzierungsgeschäften) wurde genutzt.

Ertragslage

In einem insgesamt schwierigen regionalen wirtschaftlichen Umfeld konnte die Sparkasse dank des anhaltend niedrigen Zinsniveaus bei der Ertragslage der Sparkasse - gemessen am Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge (GuV-Posten 1 bis 12) - ein gutes Ergebnis erreichen. Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung entwickelten sich wie folgt:

Zinsüberschuss

Die wichtigste Ertragsquelle der Sparkasse ist weiterhin der Zinsüberschuss (GuV-Posten 1 bis 4). Dieser ist über die ursprünglichen Planungen im vergangenen Geschäftsjahr hinaus von 9,5 Mio. € um 3,4 Mio. € auf 12,9 Mio. € gestiegen.

Provisionsüberschuss

Beim Provisionsüberschuss (GuV-Posten 5 und 6) konnte die Sparkasse mit 3,7 Mio. € das Ergebnis des Vorjahres (3,6 Mio. €) und somit die Prognose für das Geschäftsjahr erreichen.

Personalaufwand und andere Verwaltungsaufwendungen

Die Personalaufwendungen sanken von 6,5 Mio. € um 0,7 Mio. € auf 5,8 Mio. €. Der Vorjahreswert ist durch BilMoG-Sondereffekte im Bereich der Pensionsverpflichtungen heraus sowie aufgrund von vorweggenommenen Jubiläumsaufwendungen mit dem aktuellen Wert nicht vergleichbar. Unter Herausrechnung dieser Effekte wurde die Vorjahresplanung eingehalten. Die anderen Verwaltungsaufwendungen verblieben dank eines kontinuierlichen Kostenmanagements bei 3,0 Mio. €. Die Aufwendungen waren somit geringer als prognostiziert.

Zur weitergehenden Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses im Verhältnis zur Durchschnittsbilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die in der Gewinn- und Verlustrechnung aufgeführten Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten berichtigt, die in der internen Darstellung einem Neutralen Ergebnis zugerechnet werden.

Cost-Income-Ratio

Das Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen hat sich im Jahr 2010 nach den berichtigten Werten der Erfolgsrechnung auf der Grundlage des Betriebsvergleichs von 63,4 % um 7,6 % auf 55,8 % verbessert.

Die Sparkasse liegt damit sowohl unter dem prognostizierten Wert als auch unter dem Durchschnittswert von Sparkassen vergleichbarer Größe in Westfalen-Lippe (60,5 %).

Entwicklung des Betriebsergebnisses als Steuerungsgröße für die Sparkasse

Für das Betriebsergebnis vor Bewertung, das nach Berichtigungen um periodenfremde und außergewöhnliche Beträge für den Betriebsvergleich ermittelt wird, zeigt sich in absoluten Werten ein Anstieg um 1,7 Mio. € von 5,6 Mio. € auf 7,3 Mio. €. Der Wert liegt damit deutlich über dem zu Beginn des Berichtsjahres prognostizierten Rahmen.

Erläuterungen des Ergebnisses aus Bewertungen und Risikovorsorge

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere (Bewertung und Risikovorsorge, GuV-Posten 13 bis

16) werden nach der gemäß § 340 f Abs. 3 HGB zulässigen Verrechnung mit Erträgen in Höhe von 4,6 Mio. € (2009 2,2 Mio. €) ausgewiesen.

Steueraufwand

Der Steueraufwand ist auf 1,89 Mio. € gestiegen. Darin enthalten sind Nachzahlungen aufgrund der steuerlichen Nichtanerkennung einer Rückstellung für Risiken aus einer Nachschussverpflichtung an einen regionalen Reservefonds zur Deckung von Risiken bei der WestLB AG in Höhe von 0,4 Mio. € als Folge einer steuerlichen Betriebsprüfung.

Entwicklung und Verwendung des Jahresüberschusses

Der Jahresüberschuss beträgt 0,3 Mio. € und liegt auf Vorjahresniveau. Über die Verwendung des Jahresüberschusses entscheidet gemäß § 8 Abs. 2 Buchst. g) SpkG i. V. m. § 25 SpkG die Vertretung des Trägers der Sparkasse.

Gesamtbeurteilung der Ertragslage

Das Betriebsergebnis vor Bewertung als Maßgröße der Ertragskraft liegt leicht über dem Durchschnitt von Sparkassen vergleichbarer Größe in Westfalen-Lippe. Es ermöglicht auch nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses eine angemessene Aufstockung des Eigenkapitals als Grundlage für die künftige Geschäftsausweitung.

Prognosebericht

Ertragslage

Die derzeitige Steilheit der Zinsstrukturkurve im kurzfristigen Bereich sieht die Sparkasse als für das Jahr 2011 nicht mehr dauerhaft an. Aus diesem Grund wird eine Zinsspanne für das Jahr 2011 erwartet, die unter dem Niveau des Vorjahres liegt. In 2012 wird dann eine gleichbleibende Zinsspanne erwartet. Dieser Prognose liegt die Annahme eines stärkeren Zinsanstiegs im kurzfristigen Bereich und eines mäßigen Zinsanstiegs im langfristigen Bereich zugrunde. Insgesamt wird eine Abflachung der Zinsstrukturkurve erwartet. Ein stärkerer Zinsanstieg würde die Ertragslage der Sparkasse negativ beeinflussen. Eine Verringerung des Zinsniveaus würde das Zinsergebnis entsprechend positiv beeinflussen.

Im Provisionsüberschuss erwartet die Sparkasse in den beiden Folgejahren einen mit dem Vorjahr vergleichbaren Ertrag.

Die Verwaltungsaufwendungen der nächsten beiden Jahre werden plangemäß leicht ansteigen. Während die Zunahme bei den Personalaufwendungen von den Ergebnissen zukünftiger Tarifrunden abhängt, geht die Sparkasse von einem moderaten Anstieg des Sachaufwandes aus.

Zusammengefasst wird für das Jahr 2011 ein verringertes Betriebsergebnis vor Bewertung erwartet, das mit dem Ergebnis des Jahres 2009 vergleichbar ist. In 2012 ist mit einer gleichbleibenden Entwicklung zu rechnen. Diese Vorhersage ist im Wesentlichen abhängig von der Zinsentwicklung.

Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft wird durch die erwartete Erhöhung des Zinsniveaus in den Folgejahren beeinflusst. Eine stärkere Erhöhung des Zinsniveaus, die die Zinsspanne wie zuvor erläutert deutlich belasten würde, hätte auch auf die Kurswerte der festverzinslichen Wertpapiere sowie auf die Rücknahmepreise der Wertpapier-Spezialfonds einen vergleichbaren Einfluss.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist nur mit gewissen Unsicherheiten zu prognostizieren. Durch ihr Kreditrisikomanagement ist die Sparkasse bemüht, die erkannten Risiken zu vermindern und neue Risiken zu vermeiden. Die Ertragslage der Jahre 2011 und 2012 wird voraussichtlich nicht wesentlich durch Risikovorsorgemaßnahmen belastet.

Derzeit nicht vorhersehbare negative Entwicklungen einzelner Kreditnehmer können dennoch zu einem nennenswerten Risikovorsorgebedarf im Prognosezeitraum bis zum Jahr 2012 führen. Eine Quantifizierung dieser Risiken ist derzeit nicht möglich. Umgekehrt kann eine positive Entwicklung bereits wertberichteter Kreditnehmer das Bewertungsergebnis positiv beeinflussen.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die Abwicklungsanstalt der WestLB AG nach aktuellem Kenntnisstand in den nächsten Jahren voraussichtlich durchschnittlich mit 0,4 Mio. € pro Jahr belastet.

Die Ertragsteuerquote wird im Prognosezeitraum bis zum Jahr 2012 voraussichtlich unverändert bleiben.

Der Jahresüberschuss nach Steuern wird unter Zugrundelegung der vorgenannten Erläuterungen in 2011 und 2012 über dem Niveau des Vorjahres liegen.

Insgesamt erwartet die Sparkasse für die Jahre 2011 und 2012 eine Entwicklung des Geschäftsumfangs im Rahmen ihrer Planungen. Die Ertragslage wird sich entsprechend den Erwartungen entwickeln.

6.2 Lippeverband

Lippeverband

Kronprinzenstr. 24
45128 Essen
Telefon: 0201/104-0
Telefax : 0201/2277
E-Mail: info@eglv.de
Internet: www.lippeverband.de

Gegenstand des Unternehmens

Der Lippeverband ist ein Wasserwirtschaftsverband für das Einzugsgebiet der unteren und mittleren Lippe und ihrer Nebenläufe zwischen Lippetal-Lippborg und der Lippe-mündung in den Rhein. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung. Grundlage ist das Lippeverbandsgesetz vom 19.01.1926 in der Fas-sung vom 07.02.1990.

Gebiet, Aufgaben und Mitglieder des Lippeverbandes sind im Lippeverbandsgesetz festgelegt. Der Lippeverband hat innerhalb seines Gebietes im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- Regelung des Wasserabflusses, Ausgleich der Wasserführung und Hochwasser-schutz,
- Unterhaltung der Gewässer,
- naturnahe Umgestaltung ausgebauter Gewässer,
- Regelung des Grundwasserstandes,
- Ausgleich von wasserwirtschaftlich und ökologisch nachteiligen Auswirkungen des Steinkohlebergbaus und insbesondere
- die Abwasserbeseitigung und Entsorgung der dabei anfallenden Abfälle als für die Stadt Bergkamen wichtigster Bereich.

Der Lippeverband plant, baut und betreibt die dafür notwendigen Anlagen, insbesonde-re Gewässer, Kläranlagen, Pumpwerke, Deiche, Abwasserkanäle und Regenbecken.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Vorstand

Für die Geschäftsleitung des Verbandes war der Vorstand in folgender Zusammenstellung verantwortlich:

Vorstandsbereich Strategie und kaufmännische Services:

Dr. Jochen Stemplewski
Vorsitzender

Vorstandsbereich Wassermanagement und Technische Services:

Dr. Emanuel Grün

Vorstandsbereich Personelle und Soziale Services:

Raimund Echterhoff

Verbandsrat

Vorsitzender:

Bernd Tönjes, Vorstandsvorsitzender Deutsche Steinkohle AG

Stellv. Vorsitzender:

Wolfgang Kerak, Mitglied des Kreistages, Kreis Unna

Verbandsversammlung

Für die **Stadt Bergkamen** sind in die Verbandsversammlung entsandt:

Wolfgang Kerner
Uwe Radtke
Hartmut Ramin
Thomas Grziwotz
Mecklenbrauck, Horst

Wesentliches aus dem Geschäftsbericht

Mitarbeiter (Stand 31.12.2009)

Unbefristet Beschäftigte (mit Emschergenossenschaft):	1.543
---	-------

Mitglieder und Gebiet (Stand 31.12.2009)	
Mitglieder	137
Gebietsgröße	3.280 km ²
Einwohner	1.401.274

Wasserläufe und Anlagen (Stand 30.06.2010)	
Wasserläufe	409 km
davon - Lippe	147 km
- Reinwasserläufe	206 km
- Schmutzwassersammler	56 km
Abwasserkanäle	100 km
Entwässerungs- und Vorflutpumpwerke	82
Anteil der durch Pumpwerke entwässerten Fläche	15,7 %
Hochwasserrückhaltebecken	29
Regenrückhaltebecken	24
Regenwasserbehandlungsanlagen	114
Regenüberläufe	12
Kläranlagen	53
Abwasserpumpwerke	40

Finanzen	2009 T€	2008 T€
Jahresabschluss		
Bilanzsumme	1.170.601	1.158.825
Anlagevermögen	1.148.269	1.136.559
Umlaufvermögen	22.332	22.266
Eigenkapital	257.572	257.636
Fremdkapital	913.029	901.189
Umsatzerlöse	143.272	144.811

Veranlagung zur Lippeverbandsumlage

Zur Finanzierung der Aufgaben des Lippeverbandes, unterteilt nach laufendem Aufwand, Ertrag des Erfolgsplanes sowie des Vermögensplanes, leisten die Mitglieder Beiträge, soweit andere Einnahmen nicht ausreichen.

Für das Berichtsjahr belaufen sich die Beiträge für den Erfolgsplan auf 145,3 Mio. € (Vorjahr: 144,3 Mio. €), für den Vermögensplan auf 16,8 Mio. € (Vorjahr: 18,6 Mio. €). Ergänzt werden die Beiträge um die Abwasserabgabe in Höhe von 6,1 Mio. € (Vorjahr: 6,7 Mio. €).

Der Anteil der **Stadt Bergkamen** beläuft sich auf

§	Erfolgsplan	5.145 T€	(Vorjahr: 5.437 T€)
§	Vermögensplan	0 T€	(Vorjahr: 0 T€)
§	Abwasserabgabe	250 T€	(Vorjahr: 210 T€)

In der Gebührenkalkulation der **Stadt Bergkamen** für die Abwasserbeseitigung 2010 stellen die Umlage und die Abwasserabgabe einen Anteil von 36 % der Kosten dar.

Die gebührenrelevanten Kosten der Abwasserbeseitigung bei der **Stadt Bergkamen** (ab 01.01.1997 Stadtbetrieb Entwässerung) stellen sich wie folgt dar:

Kostenart	T€	%
A) Personalkosten	535	3,6
B) Sachkosten		
- ohne Lippeverbandsumlage	775	5,2
- Lippeverbandsumlage einschl. Abwasserabgabe	5.385	36,0
C) Kalkulatorische Kosten	8.268	55,2
	14.963	100,0

7. Sonstiges

7.1 Projektgesellschaft Haus Aden mbH Bergkamen

Projektgesellschaft Haus Aden mbH Bergkamen

Geschäftsführung und Vertretung

Christiane Reumke, Stadtplanerin (Stadt Bergkamen)
Borris J. Paul, Stadtplaner (RAG Montan Immobilien GmbH)

Gesellschaftsversammlung

Gerhard Kampmeyer, Vorsitzender (Stadt Bergkamen)
Heinz-Jürgen Ruthert, stellv. Vorsitzender (RAG Montan Immobilien GmbH)

Mitarbeiter

Für die Gesellschaft sind insgesamt vier Beschäftigte tätig (Geschäftsführer und Prokuristen), deren Vergütung jedoch über die Gesellschafter direkt erfolgt.

Gegenstand des Unternehmens

Die Projektgesellschaft Haus Aden mbH ist mit Vertrag vom 18.05.2006 gegründet worden. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000,00 €. Gesellschafter sind die Stadt Bergkamen mit 51 % und die Montan Grundstücksgesellschaft mbH (MGG) mit einem Anteil von 49 %.

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, die Fläche der ehemaligen Zeche Haus Aden in Bergkamen planerisch zu entwickeln. Gegenstand des Unternehmens ist es, die Flächen der ehemaligen Schachtanlage Haus Aden in Bergkamen-Oberaden für eine höherwertige Folgenutzung, der Wasserstadt Aden, zu überplanen. Zu diesem Zweck führt die Gesellschaft insbesondere folgende Maßnahmen durch:

- Erstellung der städtebaulichen Rahmenplanung
- Planung von Erschließungs- und Freianlagen
- Vergabe von Gutachten und Planungsaufträgen
- Standortgutachten
- Öffentlichkeitsarbeit und Akquisition von Investoren, Nutzern und Betreibern
- Projektmanagement und Projektsteuerung

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die im Zusammenhang mit dem Gesellschaftszweck stehen. Eine Gewinnerzielung wird nicht verfolgt. Sollten sich dennoch Überschüsse ergeben, so werden diese für den Gesellschaftszweck eingesetzt (Gewinnthesaurierung).

Die Gesellschaft wurde von der Stadt Bergkamen und der Montan Grundstücksgesellschaft mbH, seit Juli 2008 RAG Montan-Immobilien-gesellschaft, als Public-Privat-Partnership gegründet. Die Gründung der Projektgesellschaft erfolgte aufgrund einer Auflage des Wirtschaftsministeriums für die Inanspruchnahme von Fördermitteln, die zuvor die Stadt Bergkamen und die Montan Grundstücksgesellschaft gemeinschaftlich beantragt hatten.

Die Förderung war im April 2005 beim Städtebauministerium und beim Wirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen beantragt und mit der Zuschusszusage der NRW-Bank vom 22.06.2005 sowie der Zuwendungsbescheide der Bezirksregierung Arnsberg Nr. 02/011/05 vom 28.08.2005 und Nr. 02/123/05 vom 21.12.2005 bewilligt worden.

Im Durchführungszeitraum werden sämtliche Maßnahmen, die dem Gesellschaftszweck dienen, mit 80 % der Bruttoaufwendungen durch das Land NRW bzw. die EU gefördert. Davon entfielen ein Anteil von 59 % auf die Förderung im Rahmen des „Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramms“, Ziel-2-Programm, Phase V, und ein Anteil von 41 % auf Stadterneuerungsmittel. 20 % Eigenanteil werden zu jeweils gleichen Teilen von den beiden Gesellschaftern aufgebracht.

Wegen der Erfüllung von Auflagen u. a. zur Gründung der Projektgesellschaft wurde zunächst eine Verlängerung des Durchführungszeitraumes im März 2006 beantragt und mit Bewilligung der NRW-Bank vom 21.06.2006 bis zum 30.09.2007 verlängert. Eine weitere Verlängerung des Durchführungszeitraumes bis zum 31.12.2007 wurde mit Schreiben der NRW-Bank vom 12.09.2007 bewilligt. Die Städtebauförderungsmittel konnten nach Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom 15.05.2008 noch für eine Kosten-Nutzen-Analyse im Jahr 2009 verwendet werden.

Ziel dieser ersten Planungsphase ist die Erarbeitung und Prüfung von Rahmenbedingungen für eine „Wasserstadt Aden“ und die Schaffung der Voraussetzung zur Einleitung der notwendigen Planungsverfahren.

Lagebericht

Geschäftsverlauf 2010

Im Jahr 2010 wurde im Wesentlichen die Kosten-Nutzen-Analyse bewertet und die Beantragung von Fördermitteln durch die Stadt von der Projektgesellschaft begleitet. Ein vorläufiger Endbericht der Kosten-Nutzen-Analyse vom 15.12.2009 musste in Details noch korrigiert werden. Der endgültige Abschlussbericht wurde am 02.02.2010 per Mail zugesandt.

Da die Projektgesellschaft die Ergebnisse des Gutachtens nicht in Gänze akzeptiert, wurde eine umfassende Stellungnahme dazu erstellt und dem potenziellen Fördergeber zur Prüfung übergeben. Am 06.05.2010 wurden die Förderungsmöglichkeiten für das Projekt vor dem Hintergrund der Kosten-Nutzen-Analyse und der Stellungnahme den zuständigen Ministerien erörtert. Danach wurden von der Stadt Bergkamen mit Beteiligung der RAG Montan Immobilien GmbH ein Ergänzungsgutachten zum Thema

Gewerbe sowie Planungsaufträge zur Umplanung des Wasserstadtkonzeptes mit dem Ziel der Kostenoptimierung vergeben.

Zur Finanzierung dieser Gutachten wurde eine Teilrückzahlung aus dem nicht verbrauchten Eigenanteil an die Stadt Bergkamen in Höhe von 13.977,74 € geleistet. Die Ergebnisse haben dann zu einem überarbeiteten Förderantrag mit reduzierten Kosten geführt, der von der Stadt Bergkamen am 30.08.2010 eingereicht wurde. Derzeit dauern die Gespräche mit dem Land und der Bezirksregierung zu den Fördermöglichkeiten noch an.

Mit Überprüfung und Optimierung des Planungs- und Finanzierungskonzeptes sowie der Überarbeitung des Förderantrages hat die Stadt Bergkamen 2011 im Einvernehmen mit der RAG Montan Immobilien GmbH und dem Fördergeber das Unternehmen NRW.Urban beauftragt. Die Ergebnisse werden im April 2011 vorliegen und Basis der weiteren Projektentwicklung werden.

Ansonsten beschränkten sich die Geschäfte der Gesellschaft auf die Vorbereitung einer Förderung, der Öffentlichkeitsarbeit und der Akquisition von Nutzern und Investoren.

Lage der Gesellschaft

Die notwendigen Finanzmittel wurden gemäß dem Weiterleitungsvertrag und der Finanzmittelpflichtung rechtzeitig zur Verfügung gestellt. Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 wurde von der Gesellschafterversammlung im Dezember 2010 im Umlaufverfahren genehmigt. Die Finanzmittel werden gemäß dem Wirtschaftsplan von den Gesellschaftern bereitgestellt.

Die Geschäftsführer können ihre Tätigkeit für die Gesellschaft nebenamtlich ausüben.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine weiteren Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Mit Abschluss der ersten Planungsphase i. S. der o. g. Förderanträge hat die Gesellschaft den Gesellschaftszweck i. S. d. § 2 des Gesellschaftsvertrages weitgehend erfüllt. Risiken für die künftige Entwicklung der Projektgesellschaft Haus Aden sind nicht vorhanden, da die Finanzierung der verbliebenen Aufgaben durch die Zahlungen der Gesellschafter sichergestellt ist. Damit ist die Gesellschaft in der Lage, ihren Gesellschaftszweck zu erfüllen.

Voraussichtliche Entwicklung

Die Projektgesellschaft wird bis zu einer Entscheidung über eine weitere öffentliche Förderung des Projektes keine weiteren Planungsschritte einleiten. Eine Entscheidung zur Förderung wird im Laufe des Jahres 2011 erwartet. Von dieser Entscheidung hängt mittelfristig das Fortbestehen der operativen Tätigkeit der Gesellschaft ab.

Die Projektgesellschaft wird weiterhin Öffentlichkeitsarbeit und die Akquisition von Nutzern und Betreibern der Einrichtung der Wasserstadt Aden betreiben. Es wird für das laufende Geschäftsjahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis gerechnet.